D 1600 E
Offenbach Nr. 227 März 1989 21. Jahrgang DM 6,—

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Aufbruch

der Ränder

HANS-GERD JASCHKE
CARL-WILHELM MACKE

Einbruch

der „Volksparteien"

JOACHIM HIRSCH

Umbruch

des „rechten Lagers"

BENNO HAFENEGER
THORSTEN BROMMER

STUDENTENPROTESTE

HELMUT MÜLLER—ENBERGS
Hinter dem Aufruhr stand ein Lächeln

STARTBAHNPROZESSE

BUNTE HILFE
„Wir hatten ja zwei Morde aufzuklären. . ."

MAFIA

PETRA BONAVITA-LINDLOFF
Frauen gegen die Mafia

NORBERT NEUMANN
„Mafia Business"

Liebe Leserinnen und Leser,

in den letzten Jahren hat sich ,,das rechte Lager" zum Teil erheblich verändert. Insbesondere konnten die parlamentarisch orientierten Gruppierungen ein politisches Comeback feiern (vgl. ,,links", Nr. 208/209, 1987), das Erinnerungen an die sechziger Jahre weckt, als die NPD in sechs Landesparlamenten mit insgesamt 57 Abgeordneten vertreten war. Die Wahlerfolge der DVU-Liste D in Bremen und der ,,Republikaner" jüngst in Berlin haben die Redaktion veranlaßt, die Schwerpunktplanung für diese Ausgabe der ,,links" zu ändern und unmittelbar vor den Kommunalwahlen in Hessen und den Wahlen zum Europaparlament statt des angekündigten Themas ,,Stadtentwicklung" die aktuelle Diskussion um ,,die neue Rechte" in den Mittelpunkt des Heftes zu stellen:

Um Probleme der Stadtentwicklung West-Berlins geht es gleichwohl in dem Beitrag von Hans Claussen. In einer Nachbetrachtung geht er den lokalen Ursachen für die Stimmengewinne der ,,Republikaner" nach. Joachim Hirsch macht deutlich, daß es sich dabei nicht um einen neuen ,,Rechtsruck" handelt, sondern um Reaktionen auf soziale und ökonomische Umwälzungsprozesse, auf die die ,,Volksparteien" keine Antworten mehr zu bieten haben. Und der CDU/CSU sind die Richtungskämpfe erneut offen ausgebrochen. Während jedoch in Bonn um den künftigen (Rechts-)Kurs der ,,Unionsparteien" noch gerungen wird, haben die hessischen Christdemokraten bereits Nägel mit Köpfen geschmiedet: Per Inserat machten sie den LeserInnen der Tageszeitungen zwischen Kassel und Darmstadt unmißverständlich klar, wer die wahren Rechten in Hessen sind. In schlimmster ,,Republikaner"-Manier geht es gegen den ,,Mißbrauch des Asylrechts" und ,,Scheinasylanten", werden Initiativen zu einer drastischen Kürzung der Asylverfahren angekündigt, um diese zu ,,stoppen". So will die CDU auf der Welle niederster Stimmungen mitschwimmen, die die rechtsextremen Parteien hochgespült hat.

Gegen Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß und Rassismus ist der eilfertige Ruf nach einem Verbot hilflos (vgl. Micha Brumlik), zumal die ,,Republikaner", wie Hans-Gerd Jaschke zeigt, schwerlich in einen Topf mit den Neonazis passen. Deren Kandidatur wurde in Hessen mit dem Verbot der NS/FAP vorerst verhindert. Nicht unerheblichen Anteil daran hatten die mutigen Aktivitäten in Langen, die Thorsten Brommer beschreibt. Daß das Problem damit keineswegs von dem berühmten Tisch ist, lassen die europäischen Initiativen befürchten, von denen Benno Hafenegers Bericht handelt.

Rechtsextremistische Aktivitäten sind auch ein Thema der Studentenproteste, jedenfalls in Berlin. Ein programmatisches Papier des ,,Inhaltsrates" an der FU, das wir dokumentieren, enthält u.a. auch die Forderung, solchen Umtrieben und insbesondere der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit entgegenzuwirken. Überhaupt macht dieses Papier eindrucksvoll deutlich, daß die Studentenproteste alles andere als ,,unpolitisch" sind, wie es die veröffentlichte Meinung gern suggeriert. Helmut Müller-Enbergs beschreibt die Reaktionen der StudentInnen, die inhaltlichen Schwerpunkte ihres Protests, ihre Aktionsformen und nicht zuletzt auch ihre Abgrenzungsversuche gegenüber dem Mythos '68, zu dessen Entstehen manche ,,Achtundsechziger" selbst keinen geringen Teil beigetragen haben. Die StudentInnenproteste in der BRD und West-Berlin haben die Hochschulen wieder zu einem Ort gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung gemacht. Jetzt muß es darum gehen, politische und theoretische Traditionen in die Diskussionen einzubringen, die für die Weiterentwicklung und ,,Vergesellschaftung" des Protests unverzichtbar sind. Die ,,links" wird auch in den folgenden Nummern weiter über die Entwicklungen und Auseinandersetzungen an den Hochschulen berichten.

In der nächsten Ausgabe sind u.a. Beiträge zum 20. Geburtstag der ,,links" geplant. Redaktionsschluß ist am 15.3.1989

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Postfach 102 062, 6050 Offenbach 1, Telefon 069/88 50 06

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Diethard Behrens, Petra Bonavita-Lindloff, Micha Brumlik, Helmut Burgwinkel, Detlev Claussen, Dan Diner, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Andreas Werle.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier (Notizen aus Frankreich), Carl-Wilhelm Macke (Notizen aus Italien), ,,Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRE: Gerhard Krum, Axel Stolzenwaldt (V.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH

GESCHÄFTSFÜHRER: Wieland Stützel

SATZ: Marion Michell, Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELGESTALTUNG UND LAYOUT:
Gerhard Krum, Birgit Letsch, Axel Stolzenwaldt

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich, 11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die April-Ausgabe ist der 15.3.1989

BEZUGSBEDINGUNGEN: Einzelexemplar DM 6,—, Jahresabonnement DM 59,— incl. Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALTE: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Micha Brumlik
Geburtswehen Europas **5**

AKTUELL

Hans Claussen
Dritte Chance für Rot-Grün? **6**

Bunte Hilfe Frankfurt
Wir hatten ja zwei Morde aufzuklären **8**

Helmut Müller-Enbergs
Hinter dem Lächeln stand der Aufruhr **10**

HINTERGRUND

Hubertus Knabe
Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus **12**

Andreas Buro
Westeuropäisches Großmachtstreben blockiert europäische Abrüstung **15**

THEMA

Joachim Hirsch
Es bröckelt nicht mehr nur am Rand **19**

Mit 7,5 Stimmenprozenten sind die Republikaner ins Berliner Abgeordnetenhaus und elf von zwölf Bezirksparlamente eingezogen. Besonders auffällig sind, wie die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen herausfand, überdurchschnittliche Anteile bei Jungwählern zwischen 18 und 25 Jahren und Schwerpunkte in den Arbeiterwohngebieten. Nicht der hohe Ausländer-Anteil dort war maßgeblich — in Kreuzberg konnte die AL um 3 auf 27,3 % zulegen — sondern, wie es die Mannheimer beschreiben, ,,ein politisches Kleinklima, das durch soziale Verunsicherung und Angst vor Statusverlusten gekennzeichnet ist'' (in: Die Zeit, 3.2.89). Solche sozialen Bewußtseinsformen müssen sich nicht erst zum Großklima ausweiten — es ist längst da, bundesweit.

Hans-Gerd Jaschke
Mehr als dumpfes Ressentiment? **21**

Carl-Wilhelm Macke
,,Guten Morgen, Deutschland'' **27**

,,Europa'' ist für die exteme Rechte zum neuen Aktionsfeld geworden. Trotz unterschiedlicher Traditionen, trotz organisatorischer Zersplitterung und ideologischer Gegensätze entstehen gegenwärtig neue bzw. werden alte Netzwerke und Bündnisse (re-)aktiviert. Ziel dieser Aktivitäten ist es, eine neue ,,Europäische Rechte'' als ,,Bewegung'' zu formieren und als politische Kraft zu etablieren.

Benno Hafeneger
Europäisierung der extremen Rechten **28**

Thorsten Brommer
Das Beispiel Langen **30**

INTERNATIONAL

Erwin Rittmeyer
Sri Lanka — 6000 Morde und kein Ende **32**

Norbert Neumann
,,Mafia-Business'' **33**

Petra Bonavita-Lindloff
Frauen gegen die Mafia **35**

KONGRESS

Diethard Behrens/Kornelia Hafner
,,Ist die Technik beherrschbar?'' **38**

GESCHICHTE

Helmut Reinicke
Das blaue Ätherreich der Deutschen **40**

COSA NOSTRA

Editorial **2**
Forum **4**
Schlüsselloch **18**
Sovieticus —
Moskau spaltet die deutsche Rechte **31**
Internationale Pressestimmen **37**
Lektüre **43**
Szenarium —
Weiter gegen den Zeitgeist **44**
Termine **45**
Rückblick —
Lektion Afghanistan **46**
Lebendige Arbeit — Freie Zeit **47**

LESERBRIEFE

Betr.: ,,links" Nr. 225

Fehler!

Die neugestaltete ,,links" gefällt mir gut, auch inhaltlich war sie abwechslungsreich und interessant. Um eine Sache möchte ich Euch aber dennoch dringend bitten: Sorgfältig Korrektur lesen! Z.T. werden durch entsprechende Fehler die Artikel sinnentstellt.

Außerdem ist Euch ein kleiner Fehler unterlaufen: Detlev Hensche ist nicht Vorsitzender der IG Druck & Papier, sondern einer von zwei Stellvertretern. Vorsitzender der IG Druck & Papier ist Erwin Ferlemann, der andere Stellvertreter heißt Heinz Müller. Richtig ist allerdings, daß Hensche die starke Persönlichkeit in diesem Triumvirat ist und als kommender Vorsitzender der IG Medien gehandelt wird. Stellt das bitte richtig!

Ulrich Maaz

Ein erster Schritt

Im Frühjahr 1946 übergab ich Hermann Lücke und Franz Cavier, die nach dem Kriege der Redaktion des ,,Weser-Kuriers" angehörten und mit denen ich lange befreundet war, einige Aufsätze zum Abdruck im ,,WK". Das unterblieb aber. Darunter war auch der folgende Artikel, der vielleicht auch nach mehr als vierzig Jahren noch von Interesse sein kann:

Die Weltkrise der 30er Jahre wurde nicht durch eine sozialistische Lösung überwunden. Die Folge war der Weg in die Barbarei: Faschismus, Rassenwahn, Aufrüstung und die Schrecken des Zweiten Weltkriegs. Angesichts der Ruinen stehen wir vor einer grundsätzlichen Frage: Wiederaufbau des Kapitalismus oder Sozialismus, d.h. die Übernahme der Produktionsmittel, der Betriebe durch die arbeitenden Menschen und die Zusammenfassung der Produktion in einer demokratischen Planwirtschaft. Wenn auch vorübergehend noch andere bei uns entscheiden, so darf die geschichtliche Aufgabe nicht noch einmal aus dem Auge verloren gehen.

Warum Sozialismus? Wir leben nicht mehr in einer Gesellschaft von Handwerkern, Bauern, selbständigen Gewerbetreibenden. Durch die technisch-industrielle Entwicklung sind die Produktivkräfte weitgehend ,,vergesellschaftet" worden, d.h. durch die moderne Produktionsweise werden unzählige arbeitende Menschen zu einer gemeinsamen, vereinten Tätigkeit zusammengeführt. Die fortschreitende Arbeitsteilung aufgrund des technischen Fortschritts bringt die Produzenten in eine wechselseitige Abhängigkeit. Das Privateigentum an diesen Produktionsmitteln ist aber bisher bestehen geblieben. Dadurch ist die längst fällige gesellschaftliche Kontrolle der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung verhindert worden. Die Arbeiterbewegung, der die Aufgabe geschichtlich zufiel, diese notwendigen sozialen Veränderungen durchzuführen, versagte aber völlig. Wie bereits eingangs festgestellt wurde, waren die Barbarei, der Faschismus und der Zweite Weltkrieg das Ergebnis dieses Versagens.

Aus dem Kern-Widerspruch — arbeitsteilige, engverzweigte Produktionsbeziehungen auf der einen Seite und Privateigentum an den Produktionsmitteln andererseits — ergeben sich immer wiederkehrende Krisen in der Wirtschaft mit den verheerenden sozialen Folgen (Arbeitslosigkeit. . .) und politischen Folgen (innen- und außenpolitische Konflikte; Faschismus; Krieg). Heute die Wirtschaft auf der Basis der ,,Privatinitiative" wieder aufzubauen, bedeutet Wiederaufbau des Kapitalismus, also in der weiteren Folge neue Krisen, soziale Existenznot, politische Verwicklungen, Aufrüstung, neue Kriegsgefahr. Sozialismus aber ist der Weg in eine fortschrittliche, menschlichere Zukunft. Solange wir heute nicht frei und entschieden diesen Weg beschreiten können, ist er umso hartnäckiger als Ziel ins Auge zu fassen. Die erkannte Aufgabe muß diskutiert und vorbereitet werden, die erzwungene Zeit muß zur geistigen Vorbereitung genutzt werden. Wollen die Arbeiter die Betriebe in ihre eigene Verwaltung übernehmen, müssen sie sich auch schulen für diese Aufgabe. Wissen und Kenntnisse sind zu erwerben, Fähigkeiten für die gemeinschaftliche Verwaltung sind zu entwickeln. Sobald die Aufgabe bewußt wird, beginnt sie auch Begeisterung zu wecken, ist es doch ein erster Schritt aus entfremdeter Abhängigkeit und Passivität zu gemeinsamer eigenaktiver Verwaltung. Also beschäftigen wir uns heute schon mit der Praxis des Gesamtbetriebes, mit dem Neben- und Miteinander der einzelnen Abläufe. Organisieren wir Studiengruppen, Gesprächskreise, ziehen wir Fachleute heran! Diese Arbeitsgemeinschaften zum Studium des Betriebslebens werden auch die überbetrieblichen, gesamtwirtschaftlichen Probleme zu behandeln haben.

Überlassen wir alles den staatlichen Instanzen, den bürokratischen Apparaten, die beim erneuten Versagen der Arbeiterbewegung eventuell die Aufgabe der Ablösung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zu übernehmen haben, dann sind wir später von diesen Staatsorganen wieder genau so abhängig wie heute vom Privatkapital, von unseren privaten Unternehmern und Arbeitgebern. Sozialismus ist nach Rosa Luxemburg, wie sie im Spartakusprogramm geschrieben hat, seinem Wesen nach eine Gesellschaft, in der ,,die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter, freier Selbstbestimmung lenkt."

Soweit diese Gedanken 1946 unter SPD- und KPD-Genossen vorgetragen wurden, fanden sie wenig Zustimmung und Verständnis. Die Erinnerung an die Lehren Anton Pannekoeks, der bekanntlich langjährig in Bremen tätig war, hatte mich dazu angeregt, obwohl Literatur von ihm 1946 nicht vorhanden war. Nach Pannekoek waren die Arbeiter sowohl im Kapitalismus wie auch in einer verbürokratisierten staatswirtschaftlichen Ordnung abhängig Untergebene. Sozialismus auf Arbeiterdemokratie aufbauend heißt aber nach Pannekoek, daß die Arbeiter selbst Herren in der Fabrik sind, daß sie durch gemeinsame Beschlüsse der Belegschaft ihre Arbeit und darüber hinaus den gesamten Produktionsprozeß beherrschen, leiten und regeln.

Bei allen sozialen Bewegungen im verbürokratisierten Sozialismus — sowohl 1956 oder 1968 usw. — ging es stets um diese selbständige Rolle der Arbeiter im Betrieb: in Jugoslawien, Ungarn, Polen und der CSSR. Kuron und Modzelewski hatten bereits 1956 Gefängnisstrafen erhalten. Sie äußerten sich aber auch 1968 wieder in Polen mit einem Programm, das u.a. forderte: ,,Arbeiterdemokratie im Betrieb durch Bildung von Arbeiterräten zur Leitung der Betriebe. . . Arbeiterdemokratie im Staat durch ein System von Arbeiterdelegierten-Räten. . . Die Arbeiterklasse kann über den Gesamtwirtschaftsplan entscheiden und in jedem Augenblick die Verwirklichung des Plans kontrollieren." Absolut unabhängige Gewerkschaften seien dazu nötig.

Unter dem Druck der unbefriedigenden Verhältnisse hat im ,,realen Sozialismus" die Politik Gorbatschows begonnen, die die notwendigen demokratischen Reformen anstrebt. Angesichts der großen Schwierigkeiten und Widersprüche sind voreilige Erwartungen nicht angebracht, wohl aber kritische Solidarität. Wenn schon reale Demokratie und Sozialismus ihrem innersten Wesen nach identisch sind, wie schon Rosa Luxemburg sagte, dann kann wahre Demokratie nur eine aktive sein, d.h., sie muß von der tätigen, bewußten Teilnahme der arbeitenden Menschen erfüllt sein als tätige Teilnahme aller an Entscheidungen und Verantwortung. Darin liegt der revolutionäre Sinn der Arbeiterräte.

Albert Flachmann

In eigener Sache

In der Februar-Ausgabe der ,,links" ist uns ein Fehler unterlaufen, der den ursprünglich vom Autor intendierten Sinn eines Satzes in sein Gegenteil verkehrte. Abgedruckt wurde in dem Artikel von Felix Schneider ,,Rückblick auf den 9. November" auf Seite 36 in bezug auf ,,Jüngers gewalttätige Sprache" (Schneider): ,,Aber sie ist Sprache der bundesrepublikanischen Würdenträger, . . ." Bundesrepublikanische Würdenträger enthalten sich aber gerade des gewalttätigen Sprachgestus eines Ernst Jünger, so daß der Satz richtig hätte lauten müssen: ,,Aber sie ist **nicht** *die Sprache der bundesrepublikanischen Würdenträger, . . . "*

Ein weiterer Fehler ist uns in dem Artikel von Ulrich Stadler ,,Ein später Nachruf: Zum Tod von Erich Fried" unterlaufen. Dort heißt es auf Seite 40 ,,. . ., (Fried) scheute . . . auch nicht vor krassen Positionen zurück." Dies muß durch den folgenden Nebensatz ,,. . . **die ihm vielerorts, nicht nur in der BRD, offene Feindschaft eintrugen***" ergänzt werden.*

Wir bitten in beiden Fällen die Autoren und die LeserInnen um Entschuldigung.

MICHA BRUMLIK

Geburtswehen Europas

Die NS, die neonazistische Gruppierung Michael Kühnens, ist vom Bundesinnenminster verboten worden, womit der Linken eine schmerzhafte Diskussion über ihr radikaldemokratisches Grundverständnis erspart geblieben ist. Nach dem Verbot drängt sich nun umso unabweisbarer die Frage auf, wie es die Linke mit der NPD bzw. der DVU-Liste D und den ,,Republikanern'' halten soll.

Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht für die Linke die Frage, ob sie bereit ist, von der Vorstellung Abschied zu nehmen, es könne der Niedergang der Weimarer Republik in Berlin, Frankfurt oder München im Jahre 1989 nachträglich verhindert werden.

Kein Zweifel kann daran bestehen, daß der bundesdeutsche Rechtsextremismus deutschnationaler und nazistischer Spielart personelle und ideologische Kontinuitäten zum Nationalsozialismus aufweist. Und dennoch gilt: Bonn ist nicht Weimar!

Spätestens seit Stalingrad ist die noch ständisch gegliederte, im Osten großagrarisch und autoritär geprägte, politisch in Weltanschauungsgruppen zerklüftete und in weiten Bereichen **antidemokratisch** verfaßte politische Kultur des Deutschen Reichs zugrunde gegangen. Die dem Nationalsozialismus eigenen Modernisierungs- und Nivellierungsschübe haben in Verbindung mit der Teilung Deutschlands, der Abtrennung der Ostgebiete, der Flucht und der durch sie bewirkten konfessionellen und schichtenmäßigen Integration der deutschen Bevölkerung den Boden einer neuen kapitalistischen Sozialstruktur geschaffen. Die Westbindung der Bundesrepublik hat dann über Reeducation und Kalten Krieg zu einer politischen Kultur geführt, die auf der Basis der neuen Sozialstruktur einen Staat und eine Gesellschaft hervorbrachte, die schließlich durch die Studentenrevolte von 1968 auch den noch fehlenden Schritt in die kulturelle Moderne taten und seither — sozialstrukturell betrachtet — von ,,normalem'' westlich-kapitalistischem Zuschnitt sind.

Der heutige Rechtsextremismus kann daher nicht als Spätausläufer des Nationalsozialismus gelten, sondern muß als ein der Sozialstruktur der Bundesrepublik eigenes Phänomen betrachtet werden.

Man wird sich zunächst damit abzufinden haben, daß — nicht nur — kapitalistische Gesellschaften über Wählerpotentiale verfügen, die aus unterschiedlichen Gründen in Zeiten krisenhafter Umbrüche zu autoritären, antidemokratischen und rassistischen Optionen neigen. Zumal heute, wo durch die europäische Integration, die über die Mikroelektronik ausgelöste dritte technische Revolution und die ihr folgenden Individualisierungs- und Vereinsamungsschübe die angestammten Lebenswelten der Menschen sich aufzulösen beginnen, wird der Wunsch nach festen Identitäten nur zunehmen. Zudem haben internationale Arbeitsteilung und europäische Integration die westeuropäischen Staaten unwiderruflich und irreversibel zu Einwanderungsgesellschaften werden lassen. So ist es nur plausibel, daß sozial absteigende Schichten ihre Misere den Einwanderern zuschreiben, ohne dabei zu sehen, daß es vor allem komplexe, der Veränderung der Produktion, des Wertewandels und eines immobilen politischen Systems geschuldete Prozesse sind,denen sie ihren Abstieg verdanken.

Der Rechtsextremismus, der heute in Frankreich ebensogut wie in Großbritannien, in den Beneluxstaaten wie in Skandinavien und endlich in der Bundesrepublik Deutschland wieder eine gewisse Renaissance erlebt, ist **nichts anderes als die Begleiterscheinung eines tiefgreifenden Strukturwandels, der alle westeuropäischen Gesellschaften ergriffen hat und sich anläßlich, nicht aufgrund der Einwanderung artikuliert!**

Der Aufstieg der ,,Republikaner'' beweist zunächst lediglich, daß die Bundesrepublik Deutschland keinen Sonderweg mehr geht, sondern auf europäisches Normalniveau eingeschwenkt ist.

Die Anormalität, daß ein rechtsextremer Machtpolitiker wie Franz Josef Strauß sich selbst domestiziert hat, um überhaupt Einfluß zu gewinnen und zu erhalten, war eine Konsequenz aus der Desavouierung der Deutschnationalen im Nationalsozialismus. Eine parlamentarische Rechtspartei konnte im nachnationalsozialistischen Deutschland nur in Gestalt eines honorigen, christlichen Konservatismus auftreten. In dem Ausmaß, in dem die Zeit des Nationalsozialismus — aller Erinnerungsarbeit zum Trotz — in ihren sozialstrukturellen Auswirkungen vergeht, schwindet auch die Desavouierung des Rechtsextremismus und seine Einbindung in den honorigen Konservativismus. Diesen Prozeß mag man beklagen — zuallererst aber ist er zur Kenntnis zu nehmen! Die bisherige Strategie, den Rechtsextremismus mit dem Hinweis auf den Nationalsozialismus öffentlich zu diskreditieren, wird in diesem Jahr, dem Jahr der fünfzigsten Wiederkehr des Beginns des Zweiten Weltkrieges ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen und dann veraltet sein.

So ungeheuerlich es auch klingen mag: In Zukunft wird es nicht mehr zureichen, sich mit dem Rechtsextremismus nur durch den Hinweis auf Auschwitz auseinanderzusetzen! Vielmehr wird es unabdingbar sein, jenen Teilen der Bevölkerung, die aufgrund sozialer Nöte wie Armut, Krankheit, Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit den menschenfeindlichen und rassistischen Parolen der Rechten nachlaufen, zu zeigen, daß eine sozial sensible und an Verteilungsgerechtigkeit orientierte Sozial-, Gesundheits-, Wohnungs-und Arbeitspolitik ihre Probleme lösen kann.

Kein Zweifel darf die Linke freilich daran lassen, daß sie in der Frage der Menschenrechte alle Flüchtlinge und der BürgerInnenrechte der Einwanderer zu keinerlei Konzessionen an den neuesten Ungeist willens ist.

Denn dort, wo die universalistischen Bürger- und Menschenrechte angetastet werden, hört das politische Tagesgeschäft auf und fängt die Moral an!

Wenn SPD-Innenpolitiker heute beginnen, über die ,,Straffung'' der Asylverfahren zu diskutieren, tragen sie zu genau jenem Rechtsruck der Gesamtgesellschaft bei, den sie vergeblich verhindern wollen.

Aber auch die gebetsmühlenhafte Forderung des bundesdeutschen ,,Antifaschismus'' nach Verboten ist nichts anderes als hilflos. Die Linke, die trotz allem in der Tradition der Aufklärung steht, weiß, daß politischer Fortschritt — wenn überhaupt — nur in offener Diskussion und kontroverser Auseinandersetzung möglich ist. Denn die Köpfe der Menschen lassen sich über innenministerielle Dekrete zuallerletzt beeinflussen. Und gegen jene Institution, in der heute am massivsten und brutalsten eine reaktionäre ausländerfeindliche Politik betrieben wird, das Bundesinnenministerium, erübrigt sich die Verbotsforderung aus trivialen Gründen.

Zudem sind Verbote von NPD, DVU und Republikanern gar nicht absehbar: Denn wer will es schon riskieren, sich beim Bundesverfassungsgericht eine Abfuhr einzuhandeln und damit jenen Gruppen den Persilschein der Legitimität zuzuschustern?

So traurig es also ist: Einstmals verlorene Schlachten und vergangene Niederlagen können mehr als fünfzig Jahre später nicht mehr gewonnen werden und die Fehler der Linken am Ende der Weimarer Republik sind durch eine falsche Politik heute nicht mehr gutzumachen. *

HANS CLAUSSEN

Dritte Chance für Rot-Grün?

Zwei Wochen vor der Wahl in Berlin schien das Rennen gelaufen. Die Regierenden waren siegesgewiß, die Opposition ohne jede Zuversicht. Doch am Wahltag ereignete sich ein politisches Erdbeben: Die konservativ-liberale Mehrheit hinweggefegt, eine rot-grüne Koalition möglich, die Republikaner zum ersten Mal in einem Landesparlament. Alle Wahlpropheten waren durchgefallen bis auf einen. Wolfgang Neuss hatte vorher orakelt: ,,Der Berliner ist hinterlistig.“

Am Wahlabend waren sich die Parteien nur in einem einig: den Krokodilstränen über den Erfolg der Republikaner. Dabei hatten sie gemeinsam ihn erst ermöglicht. Mit einem Schlafwagenwahlkampf sondersohne hatten die Parteien das Wahlvolk gelangweilt. ,,Ihn braucht Berlin“ (Eberhard Diepgen) frohlockte die CDU, ,,Berlin ist Freiheit“ hatte die SPD entdeckt. Nur die AL hatte ganz zum Schluß eine vage Ahnung, was des Bürgers Herz bewegte: ,,Abwählen.“ Das tat er dann auch, wenn er nicht ganz zu Hause blieb.

Themen hätte es zuhauf gegeben:

— Arbeitslosigkeit. Erstmals seit über 30 Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen auf 100.000 gestiegen.

— Wohnungsbau und Mieten. Der Soziale Wohnungsbau geht immer mehr zurück. Ein erstes Ergebnis der Volkszählung ist, daß die Stadt fast 100.000 Einwohner mehr

und 60.000 Wohnungen weniger hat als vermutet — Belege für die neue Wohnungsnot. Die Aufhebung der Mietpreisbindung basiert auf falschen Voraussetzungen.

— Stadtentwicklung und Ökologie. Berlin holt in den letzten Jahren mit einer rasanten Motorisierungswelle den Rückstand im Bundesgebiet auf. Im neuen Flächennutzungsplan, gegen den es über 300.000 Einsprüche gab, werden umstrittene Stadtautobahnprojekte wie die Westtangente quer durch den Tiergarten festgeschrieben. Insgesamt sollen zusätzliche 700 Hektar Grün- und Freiflächen überbaut werden.

— Innere Sicherheit. Polizeiübergriffe gegenüber Demonstranten und Presse bei politischen Großveranstaltungen (Reagan-Besuch, IWF-Tagung) häufen sich. Dabei spielen Sondereinheiten wie die sogenannte EbLT eine tragende Rolle. Der Verfassungsschutz hat jahrelang kritische Journalisten insbesondere der taz ausgeforscht.

— Bildung. An Hochschulen herrschen aufgrund verfehlter Sparmaßnahmen katastrophale Zustände. Studenten- und Schülerstreiks waren denn auch der eigentliche Wahlkampf auf den Straßen.

Dies ist nur eine kleine Auswahl. Nicht einmal die Skandale der letzten Jahre — Baukorruption, Verfassungsschutz —, deren Folgen vom Senat nur mühsam eingegrenzt werden konnten, sorgten für Zündstoff. Die Opposition hielt selbst die CDU-Politik für erfolgreich und hatte nur zum Ziel, ein klein bißchen stärker zu werden. So waren die beiden Koalitionsangebote der AL nur durchsichtige wahltaktische Manöver, die von Momper zuletzt am Tag vor der Wahl schroff zurückgewiesen wurden.

Worauf gründete sich die scheinbar allseitige Faszination der Politik des konservativ-liberalen Senats? Nach Weizsäckers Gang nach Bonn geriert sich die CDU als moderne Großstadtpartei. Die Senatspolitik will Metropolenpolitik sein. Ökonomisch reicht es zwar nicht. Seit Jahren wird die West-Berliner City konsequent zerschmückt, aber die verschiedenen Hochhausprojekte kommen nicht so recht in die Gänge. Wo kein Nutzungsdruck ist, da muß man die Investoren zum Jagen tragen. So setzte man denn auf die Abteilung Kultur und Massenspektakel: B 750 (der fiktive Berlin-Geburtstag), E 88 (Kulturstadt Europas), Kirchentage, Turnfest, IWF-Tagung, alle Jahre wieder Bundesgartenschau. Die Touristenströme mit großer und mit kleiner Münze fließen, die Einheimischen hängen gelangweilt oder erschöpft im Sessel. Die Zukunft der Stadt bleibt im Dunkel. In der Ost-West-Politik ist Berlin allenfalls Trittbrettfahrer. Zur geopolitischen Lage fiel dem Senat nur ein: Luftkreuz, Anbindung an das westdeutsche Intercity-Netz.

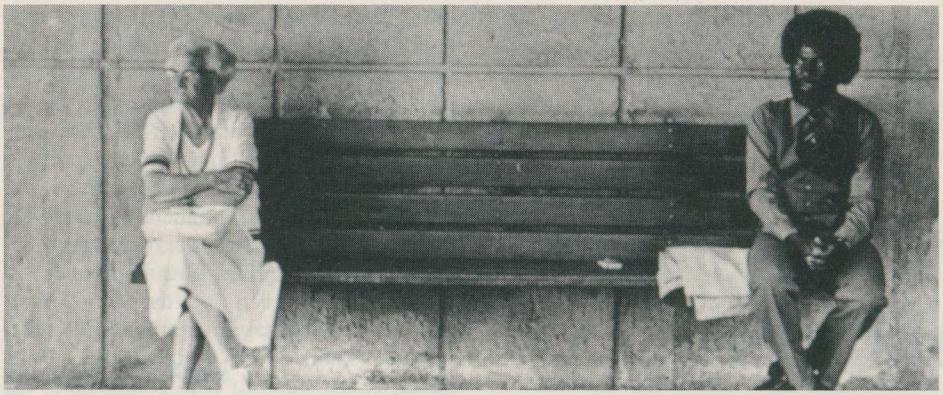
Hinter der geschniegelten Oberfläche findet das Übliche statt:

— ein Milliardenprojekt neues zweites Universitätsklinikum, dafür Verschlechterung der Gesundheitsversorgung,

— Hightech-Förderung für eine winzige Klientel, dafür haben im Bereich der Selbsthilfemaßnahmen längst andere Großstädte im Bundesgebiet Berlin den Rang abgelaufen,

— eine liberal wirkende Ausländerbeauftragte, dagegen Behinderung multikultureller Schulprojekte und Abschiebungspraxis von Asylanten.

Und noch eine Schicht tiefer kommt das wahre Gesicht zum Vorschein. Schließlich hatte mit Diepgen und Co. die Betonfraktion der CDU die Macht ergriffen, eine rechte Riege, die nur Kreide gefressen hat. Deutlich wird dies bei der Justiz, der Polizei, dem Verfassungsschutz. Aber auch im Medienbereich. Nach acht Jahren CDU-



Politik ist der SFB ein bankrotter Laden, das Personal demoralisiert. Selbst in die Springerpresse wurde reinkujoniert, von dort schlägt man heute zurück. Zu alldem bildete die FDP nur konturlose Staffage, also überflüssig.

Die Wähler urteilten über diese Vorstellung anders als von der Opposition vermutet. Sie reagierten politisch auf dieses unpolitische Schauspiel. Es wurde nicht gewählt, abgewählt, ein bißchen halblinks und rechts gewählt.

Für die Republikaner hat sich ein Teil der Otto Normalberliner entschieden, ein auslaufendes Modell, eine 20 %-Minderheit, deren Größenwahn und Überheblichkeit im Widerspruch steht zu ihrer tatsächlichen sozialen Lage. Für ihn sind Gesundheits- und Rentenreform, Mieten- und Wohnungsbaupolitik sowie Sicherung der Arbeitsplätze wichtiger als Spektakel auf dem Kurfürstendamm. Hauptstadt ja — Kulturschickerias rauschende Feste nein. Bei Brot und Spielen wurde die Hälfe vergessen. Hochburgen der Republikaner sind nicht die Viertel mit hohen Ausländer- oder Arbeitslosenanteilen, sondern die Großsiedlungen sozialdemokratischer Beglückungspolitik. Dort wohnen entwurzelte Arbeiter und Kleinbürger, die Angst haben und glauben, noch etwas verlieren zu können. Sie haben noch in den siebziger Jahren SPD gewählt und sind dann zur CDU abgewandert und auch da enttäuscht. Zukünftig wichtiger sind ihre Kinder, heute perspektivlose Jugendliche, ohne Aufstiegschancen in Ausbildung und Beruf.

Berlin war auch immer eine fremdenfreundliche Stadt. Die Ausländerintegration war staatlich verordnet: Hugenotten, Böhmen u.a. waren aus preußischer Sicht als qualifizierte Arbeitskräfte interessant. In der Bevölkerung überwog der Fremdenhaß. Heute treten die Aussiedler als unmittelbare Konkurrenten auf. Sie werden zum Beispiel gegenüber Berliner Familien mit Wohnberechtigungsschein bevorrechtigt mit Wohnungen versorgt. Von der Opposition Sendepause zu diesem Thema. Nur ein AL-Stratege stellte mal locker in den Raum, der Zustrom der vielen Aussiedler würde einen ökologischen Stadtumbau verhindern.

Aber nun zur Mehrheitsbildung. Drei regierungsunfähige Parteien stehen sich gegenüber, eine abgewirtschaftet, zwei unvorbereitet. SPD-Momper, erst seit dem Wahlabend einer breiten Öffentlichkeit präsentiert, brauchte zwei Tage, um sich von dem Ergebnis zu erholen, nämlich, daß ohne ihn gar nichts geht. Seitdem müht er sich im großen Spreizschritt, große und rotgrüne Koalition offenzuhalten, obwohl seine Partei derzeit nur rot-grün mitmacht. Die AL, bisher immer fundamentalistisch eingeschätzt und nur in Kreuzberg mit der harten Realität mehrheitsbildender Politik konfrontiert, wirft sich diskussions- und bewußtlos der SPD an den Hals. Die CDU verhält sich nur taktisch und hofft auf ein rot-grünes Dilemma. Das ist groß genug.

Die dritte Chance für Rot-Grün nach Hessen und Hamburg ist denkbar schlecht vorbereitet. Vier Jahre Vorbereitungszeit wurden auf beiden Seiten verschlafen. Personelles Mittelmaß und Programmeintopf beherrschen in beiden Parteien die Szene. Eine Vision für die Stadt oder für die Koalition entfällt sowieso. Was bleibt, ist Klein-Klein. Gegenwärtig werden zwölf (!) Arbeitsgruppen eingerichtet, um Gemeinsamkeiten herauszufinden. Zwei Schülergruppen holen gemeinsam versäumte Hausaufgaben nach. Rauskommen soll dabei ,,SPD-Politik mit grünen Einsprengseln". Gesonderte Busspuren, Umweltkarte bei der BVG, Tempo 30 in Wohnstraßen — das soll es dann gewesen sein? Gefordert ist vor allem die AL. Die Vorab-Essentials der SPD — Übernahme der Bundesgesetze, alliierte Präsenz in West-Berlin und eindeutige Stellung zur Gewaltfrage — sind in Berlin unabdingbare Voraussetzungen einer Regierungsbeteiligung. Viel spannender ist die Entwicklung von Zukunftsperspektiven — große Ratschläge tun Not. Im Moment ist nach dem Motto ,,Herr Lehrer, ich weiß was" bei jedem ALer der Mund zollfrei. Locker in die Debatte geworfen wurde eine Begrenzung der Berlin-Zulage auf 250 DM. Peinlicherweise wäre davon mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer betroffen. Am nächsten Tag war dieser Vorschlag wieder vom Tisch.

Das Störfeuer bietet interessanterweise die CDU allein. Keiner hilft ihr, die Drohung mit dem Investitionsstreik zu verifizieren. IHK und Unternehmensverbände halten sich bedeckt. So mußte CDU-Generalsekretär Landowsky schon mal alleine die Sau rauslassen. Er warnte vor dem Bündnis von ,,Sozialdemokraten, Kommunisten, Chaoten und Sozial-Anarchisten."

Gegenwärtig verkehren SPD und CDU nur schriftlich miteinander. *

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

Für die Hälfte des Himmels — nur ein Stückchen Erwerbsarbeit?

„Wenn Eltern in der Arbeitszeit privilegiert werden sollen, dann ist zunächst an ein gesetzlich verbrieftes Recht auf Teilzeitarbeit zu denken, in dem die Fortdauer des Beschäftigungsverhältnisses garantiert ist und der Zeitraum und der Zeitpunkt der Rückkehr sowie der Schutz vor erheblichen Verschlechterungen der Arbeitssituation nach der Rückkehr geregelt ist."

Birgit Geissler zur Teilzeitarbeit

Außerdem in der
März-Ausgabe:

FIAT — Gegenwehr von neuen Beschäftigtengruppen ● Nullsummenspiel? — Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst ● Angestellte — das unbekannte Wesen — SOFI-Forschung für die IGM ● Angestelltenkonferenz der IG Metall ● Gewerkschaftsspiegel ● Buchbesprechungen ● Initiative Lebendige Arbeit — Freie Zeit und vieles mehr. . .

Einzelheft DM 5,—
Abonnement DM 52,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

BUNTE HILFE FRANKFURT

„. . . Wir hatten ja zwei Morde aufzuklären . . .“

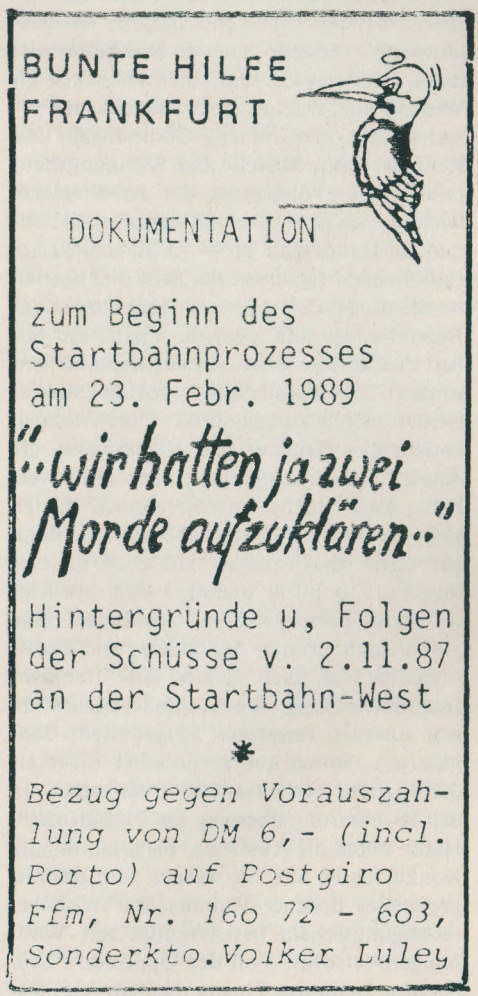
Am 2. November 1987 wurden während einer Demonstration an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens zwei Polizisten erschossen. Über die Hintergründe und die näheren Umstände herrscht bis heute Unklarheit. Insbesondere ist nach wie vor ungewiß, wer die Schüsse damals abgegeben hat. Gleichwohl hat im Februar vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt der Prozeß gegen neun Personen begonnen, denen eine direkte oder indirekte Beteiligung vorgeworfen wird. Die Tatsache, daß erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik aus einer Demonstration heraus geschossen wurde, bedeutete für die Protestbewegungen in der Bundesrepublik insgesamt eine Zäsur. Anhaltende Ratlosigkeit und kurzschlüssige Reaktionen haben eine politische Aufarbeitung der Ereignisse und ihrer Folgen bisher verhindert.

Diese politische Aufarbeitung kann und will die Broschüre, die die Bunte Hilfe Frankfurt anläßlich des Prozeßbeginns herausgibt, nicht leisten. Sie hat jedoch dokumentiert, was auch eine Folge des 2. November 1987 war: eine neue Form der Überwachung, Durchleuchtung, Kriminalisierung und Spaltung der Protestbewegung(en).

Die Reaktion der Staatsgewalt auf die Schüsse vom 2. November zeichnete sich durch ein erstaunliches Maß an politischer Zurückhaltung und kühler Geschäftsmäßigkeit aus. Viele hatten zunächst damit gerechnet, die Vorfälle würden dazu ausgenutzt, einen zweiten ,,Deutschen Herbst“, diesmal einen hessischen, zu inszenieren, mit den bekannten Begleiterscheinungen von Massenpolizeieinsätzen, Medienhetze, dem Erzeugen von Pogromstimmungen usw. Es kam anders. Offenbar war den Politikern daran gelegen, den Startbahnkonflikt nicht noch einmal zu politisieren, sondern den Schlag gegen die Oppositionsbewegung und ihre ,,Sympathisanten“ aus der öffentlichen Debatte herauszunehmen und auf die kriminaltechnische Ebene zu verlagern. Mit dem Instrumentarium der neugefaßten Strafvorschriften der §§ 129, 129 a StGB (,,kriminelle“ bzw. ,,terroristische Vereinigung“) ist dies außerordentlich gut gelungen.

Insbesondere der seit 1.1.87 erweiterte § 129 a StGB, der nunmehr auch Sachbeschädigung, z.B. die Zerstörung von Strommasten, zum terroristischen Delikt macht, schuf diese Möglichkeit. Die Schüsse vom 2. November boten den glänzenden Anlaß für eine großangelegte polizeiliche und staatsanwaltliche Aufräumaktion. Weit über die im Zusammenhang mit den Mordvorwürfen stehenden Ermittlungen hinaus und praktisch in ihrem öffentlichen Windschatten wurde eine ganze Protestszene zur potentiell terroristischen Vereinigung deklariert und entsprechend aufgemischt und durchleuchtet. Mit Hilfe des § 129 a StGB wurde es möglich, selbst dann Anklage zu erheben, wenn eine konkrete Tatbeteiligung nicht nachweisbar war: harmlose private Kontakte, Beziehungen oder weit zurückliegende Verbindungen reichten aus, den Vorwurf der Mitgliedschaft in einer solchen ,,Vereinigung“ zu begründen. Nicht mehr die konkrete Tat, sondern der politische und soziale Zusammenhang wurde zum Delikt. Innerhalb weniger Wochen sind Hunderte von Personen als Beschuldigte oder Zeugen vernommen und unter Druck gesetzt worden. Familienangehörige, Bekannte und Freunde gerieten in die Fahndungsraster; Häuser und Wohnungen wurden oft mehrfach durchsucht, die Betroffenen bei polizeilichen Vernehmungen mit Drohungen traktiert. Mehrere kamen in Untersuchungshaft. Gegen bisher neun Personen wurde Anklage erhoben; gegen sie wird ab dem 23. Februar 1989 vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgericht Frankfurt verhandelt.

Daß dieses Vorgehen so erfolgreich war, hängt allerdings auch mit dem Zustand zusammen, in dem sich die Reste der Anti-Startbahnbewegung befanden. Es war nicht gelungen, das Scheitern der Bewegung und die daraus zu ziehenden Konsequenzen in einem übergreifenden politischen Diskussionszusammenhang aufzuarbeiten. Die Bewegung spaltete sich und zerfiel. Teile davon zogen sich auf eine gewaltsame, öffentlich nicht mehr zu vermittelnde und letztlich aussichtslose Auseinandersetzung mit der übermächtigen Staatsgewalt zurück. Die Kehrseite einer quasi militärischen Konfrontationshaltung war die bemerkenswerte Unfähigkeit, sich gegenüber der real existierenden Staatsgewalt angemessen zu verhalten. Daß es für möglich gehalten wurde, die Schüsse seien aus den Reihen der Startbahngegner gekommen, vergrößerte die Verwirrung und Kopflosigkeit. Statt wenigstens die verfügbaren juristischen Mittel wahrzunehmen und auf immer noch bestehende Koordinations- und Unterstützungsmöglichkeiten zurückzugreifen, blieb gegenseitiges Mißtrauen, Vereinzelung und Hilflosigkeit gegenüber einer perfekt funktionierenden Polizei- und Justizmaschinerie, wurden allzu schnell Türen geöffnet und Aussagen gemacht. Statt nach den Schüssen



endlich die Entwicklung und den Zustand der Bewegung zu diskutieren und möglicherweise gemachte Fehler zu erkennen, kam es zu einer abstrusen Diskussion darüber, wer wen „verraten" habe. Die Strukturen und Fehleinschätzungen, die diese Verwirrung, das falsche Verhalten gegenüber dem Staatsapparat und die sinnlosen gegenseitigen Beschuldigungen erst möglich gemacht hatten, blieben weitgehend außerhalb der Diskussion.

Es geht uns nicht darum, diejenigen abzukanzeln, die den Widerstand gegen die Startbahn nicht aufgegeben haben. Schon deshalb nicht, weil die Entwicklung der Bewegung ohne die kompromißlose Brutalität, mit der der Bau der Startbahn gegen den massiven Widerstand der betroffenen Bevölkerung durchgesetzt wurde, und die permanenten Kriminalisierungsversuche von seiten des Staates nicht zu erklären ist. Es geht aber darum, zu erkennen, daß die Repressions- und Überwachungsstrategien des jahrelang aufgerüsteten und perfektionierten Sicherheitsstaates nur deshalb so gut greifen konnten, weil die Bewegung sich in einem politisch desolaten Zustand befunden hat und ihre einstigen Strukturen und Zusammenhänge weitgehend zerfallen waren.

Kontaktadresse:
Bunte Hilfe Frankfurt
c/o Club Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 069/28 39 48

„Hier dünsten profund erscheinende Detailkenntnisse aus wie langgetragene Socken"

Anders als die Bunte Hilfe versucht sich die Frankfurter Stadtzeitung „Pflasterstrand" an einer politischen Einschätzung der Ereignisse vom 2. November 1987. Bereits der Titel verrät, daß es über den Griff in die Trickkiste der Sensationspresse hinaus nicht reichte. Aus der Stellungnahme der Bunten Hilfe zu den beiden im „Pflasterstrand" erschienenen Artikeln drucken wir an dieser Stelle einige Auszüge ab, die sich auf den Beitrag von Redakteur Gerd Koenen beziehen und auf ein grundlegendes Dilemma der häufig vermißten, immer geforderten und selten stattfindenden politischen Auseinandersetzung verweisen:

Koenen entwickelt die These, daß die Schützen an der Startbahn in Wirklichkeit „den Abbruch des Kampfes" beabsichtigten. Um diese Aussage gruppiert er von ihm ausgewählte Fakten. Die „Selbstauflösung" oder „Lähmung" der militanten Protestszene erscheint als Resultat ihrer gestörten Wahrnehmung von Realität. Während in der parlamentarischen Demokratie „der Mehrheitswille der Millionen Urlauber und Geschäftsreisenden. . . stur, aber trotzdem demokratisch" verfolgt wird (der Autor vermißt hier „kultivierte Austragungsformen"), geben die Autonomen dem Startbahnkonflikt „mythologische Qualität". Der Kampf wird ihnen zum Mittel ihrer Identitätssuche. Ein brutales Vorgehen der Polizei oder drakonische Strafen am Ende des jetzt beginnenden Prozesses stärken die neurotischen Strukturen der Identitätssuche. Soweit die These. So psychiatrisiert man Leute, mit denen man sich nicht mehr politisch auseinandersetzen will: Mit ihren (militanten) Mitteln hätten sie den Abgang gemacht, den sie anderen vorwerfen, wird suggeriert.

Auch wenn Koenens These psychische Realität beschreiben mag — gefährlich ist der Verzicht auf politische Auseinandersetzung und die Beschränkung auf die Bewußtseinsfrage:

Warum hat der Autor — so könnte man psychologisierend zurückfragen — keinen anderen Weg der Entlastung gefunden? Der Niedergang der außerparlamentarischen Bewegung und der Zerfall der linken Öffentlichkeit haben unter anderem erst zur Isolierung solcher Bewegungen wie der Startbahn-BI geführt; dies läßt sich nicht umpsychologisieren als Wahrnehmungsstörung der Militanten.

Durch diesen Zerfall sind auch politische Klärungs- und Kontrollmechanismen entfallen. Eigene Enthaltsamkeit hat hieran ihren Anteil.

BUNTE HILFE FRANKFURT

HELMUT MÜLLER-ENBERGS

Hinter dem Lächeln stand der Aufruhr

November '88: In Bonn und Frankfurt wird an den Unis gestreikt, in West-Berlin ist alles ruhig. Die FU in Westberlin, Hochburg der Rebellion '68, hatte sich in einem zwanzigjährigen Prozeß Stück für Stück die Reformen abnehmen lassen und schien nun endgültig befriedet. Im November hatte das FU-Kuratorium Beschlüsse gefaßt, die für einige Restbestände querliegender Forschung und Lehre erhebliche Probleme gebracht hätten. Andererseits schienen die StudentInnen mittlerweile so angepaßt, daß die konservativen Strategen keinen Widerstand mehr befürchteten. Doch die Stimmung unter den StudentInnen war längst eine andere:

gierten sich meist in Stadtteilprojekten etc., also Gruppen außerhalb der Universität. Die Generation der Spontis, der Alternativen hatten zumeist die Uni enttäuscht sich selbst überlassen. Dennoch war eine neue Generation herangewachsen, zumeist geprägt von den Ausläufern der Friedensbewegung und enttäuscht vom politischen Leben an der FU Berlin. Zu Unrecht lastete der Mythos '68 auf den einstigen Stätten der Rebellion. Genau jener Mythos war denn auch '87/'88 Thema der Medien geworden. Seminare, Filme, Diskussionen, Ringvorlesungen und Bücher gab es zuhauf zum Thema APO. Und immer wieder die Frage: warum es denn bei den StudentInnen nicht losgehe, die Probleme an der Uni ähnelten denen von damals ungemein. Unbemerkt von den DozentInnen und ProfessorInnen, die längst nicht mehr über die Instrumentarien zur Messung des politischen Bewußtseins dieser StudentInnengeneration verfügten, stand hinter dem Lächeln der StudentInnen der Aufruhr, der Traum des anarchischen Umsetzens eines Anderen, und zwar hier und jetzt. Dieser kulturelle Bruch hatte genügend Signale gesetzt: Die Besetzungen des Kubat- und Heckelecks waren immer auch Versuche, eine andere Gesellschaft zu leben, Elemente einer öffentlichen Kommune, eines Überführens des Privaten in das Politische. Gewiß bildeten die Rationalisierungen, Streichungen, kaum akzeptable Studienbedingungen und die skandalöse Lehre allein eine solide Substanz des Protests, aber eben nur eine.

Gleichsam mit der 40-Jahrfeier entstand der Steppenbrand: Innerhalb von sechs Tagen standen allein 60.000 StudentInnen in der Besetzung, nicht im Streik! Einige Tage später alle Hochschulen in West-Berlin und dann eine Reihe von Schulen, zunächst als Begeisterung für die StudentInnen, dann jedoch mit einem gehörigen Abwasch sozialdemokratischer und konservativer Schulpolitik, gebündelt in dem Wort: Abideform.

Noch während die Herrschaften ohne studentische Beteiligung ihre Siege feierten, demonstrierten an diesem Sonntag um 9 Uhr morgens bei eisiger Kälte 3.000 StudentInnen für eine andere Universität, für Autonomie, Einheit von Forschung und Lehre und Rücknahme der Kuratoriumsbeschlüsse. In wenigen Stunden entstanden befreite Institute, selbstbestimmte Seminare, Cafés, Zeitungen und Versammlungen. Ein kollektiver Lernprozeß mit unbestimmtem Ausgang.

In einem produktiven Chaos setzte ein Selbstfindungsprozeß ein, der alle Erwartungen sprengte. Vorwiegend die ersten Semester bauten einen BesetzerInnenrat, einen Inhaltsrat, Presserat, eine ,,kultuRRevolutionäre'' Tageszeitung und eine tägliche Video-Streikzeitung. Erfahrungen wurden übernommen, die nicht aus Berkeley kamen, sondern von den französischen StudentInnen '86. Ähnlich dem Weiberrat von '68, wo es für die Frauen hieß, frau werde zunächst nur mit sich selbst diskutieren, um ein eigenes Profil zu gewinnen, Zusammenhänge und Ziele zu entwerfen, debattierten die StudentInnen unter Ausschluß der DozentInnen und ProfessorInnen. In einem komplizierten, aber augenfällig pluralistischen, gläsernen und für jeden partizipatorischen Prozeß auf Grundlage des Konsensprinzips, in einem Wort: basisdemokratisch, wurden Forderungen und Ziele abgesteckt (s. Kasten). Vollversammlungen mit 5—6.000 TeilnehmerInnen waren keine Seltenheit, Demonstrationen mit 30.000 kein Problem. Gereichte es der Kritischen Universität '68 zu 30 Seminaren, so wurden über Wochen allein an der nunmehr BeFreiten Universität über 300 selbstbestimmte Seminare durchgeführt.

Die Institution AStA stellte ihre Ressourcen zur Verfügung, die DruckerInnen leisteten Nachtschichten; den diversen politischen Gruppen und ihren ,,Kadern'' gelang es nicht mehr, die Hegemonie zu erringen, die Diskussionen wurden von allen geführt. Wirklich von allen? Eingeübt in einen professionellen Individualismus, den es aufzubrechen galt, den Lebensentwurf ausgetüftelt in der Tasche, gab es eine — allerdings kleine — Minderheit, die ihr ,,Recht auf Studium'' bei der Universitätsbürokratie einzuklagen versuchte, aber scheiterte. Die Besetzung der Universität läge im allgemeinen Interesse, so die Verwaltung. Allgemein gesprochen glich dies dem Rheinhausen-Effekt, ungehemmter, sanktionierter Verletzung staatlich gezogener Linien.

Das Echo

ProfessorInnen waren überrascht. Linke allemal und diese zudem entsetzt, daß sie als leibhaftige Träger eines ehemaligen Anspruchs so außerordentlich wenig Respekt erhielten, gar in ihre Schranken verwiesen wurden. Die Medien überstürzten sich vor Zustimmung für die Besetzungen, erkannten aber lediglich die materiellen Nöte an. Die politische Dimension war für sie kein Thema. Mehr noch: Die Medien wurden von den StudentInnen nicht genutzt wie '68 zur Schaustellung, als Transporteur der Provokation. Fernsehdiskussionen wurden nach Verlesen der Forderungen zum Entsetzen der ProfessorInnen und VeranstalterInnen verlassen. Dagegen wurde in den mehr oder weniger anerkannten Medien wie der

„tageszeitung" täglich eine ganze Lokalseite mit Infos gefüllt, linke Radiosender waren meist bei jeder Sache dabei. Bis heute wurde jede Verhandlung abgelehnt, solange, bis die Einstiegsforderungen erfüllt sind: Rücktritt politischer und universitärer Repräsentanten (sic!), Straffreiheit und Rücknahme der Kuratoriumsbeschlüsse. Der Diepgen-Senat organisierte nach einer Woche Besetzungen der Universität sowieso zustehende 20 Millionen DM, die als Befriedungsmittel durchschaut, aber nicht als ausreichend empfunden wurden.

Perspektiven

Viele Institute sind noch besetzt, aber auch: viele holen im Eiltempo ihre Scheine nach, jobben oder machen Urlaub. Der Elan der letzten Wochen hat gelitten, die Zwanzigstundentage verschlissen die Power ebenso wie der Kongress „Unimut. Alternativen zur Fremdbestimmung" Anfang Januar, die Abwehr von Polizei und von StreikbrecherInnen oder die unzähligen Versammlungen und Abstimmungen. Ein denkbares rot-grünes Bündnis im Abgeordnetenhaus verspricht ein neues Berliner Hochschulgesetz, mit deutlichem Akzent auf paritätische Mitbestimmung — eine der zentralen Forderungen. Der geforderte Rücktritt des Wissenschaftssenators Turner (CDU) erledigte sich durch den Stimmzettel. Nunmehr beginnen die „Mühen der Ebenen", die kleinen Verhandlungen in den Instituten um Viertelparität, um Strukturveränderungen etc. Teilerfolge gibt es allemal, die Kuratoriumsbeschlüsse wurden ausgesetzt bzw. z.T. zurückgenommen. Der Präsident dient den neu geschaffenen Strukturen, hier dem BesetzerInnenrat, Verhandlungen an. Es ist eine noch offenstehende Frage, ob nunmehr Verhandlungen durchgeführt werden, wie und mit wem. Auch unklar ist es, ob es gelingt, die in selbstbestimmten Seminaren oftmals durchgeführte Interdisziplinarität in Formen zu überführen, die zu anerkannten Institutionen werden. Hier wird ein zu schaffendes Bert Brecht-Institut diskutiert, welches über TutorInnen verfügen und selbstbestimmte Projekte koordinieren soll. Also die permanente Kritische Universität, die, materiell von der FU Berlin versorgt, ohne politische Einflußnahme gedacht ist. Geplant ist es, die Besetzungen wie schon während der Weihnachtsferien, was noch nie da war, auch über die Semesterferien aufrechtzuerhalten. Es sollen Seminare, Veranstaltungen, Diskussionen und ein Kulturprogramm durchgeführt werden, um dann im nächsten Semester ein Projektsemester an den einzelnen Instituten durchzuführen, um andere Strukturen und Inhalte zu schaffen. Eine Aufgabenstellung, die den ProfessorInnen nicht überall gleichmäßig gut schmeckt. Eine StudentInnenbewegung will nicht verpuffen, sondern in eine Kontinuität übergehen, Bedingungen schaffen, die angemessene Antworten und Impulse für diese Gesellschaft geben. *

Streikforderungen der StudentInnen der FU

PRÄAMBEL
Die unhaltbaren und undemokratischen Beschlüsse des Kuratoriums, die miserablen Studienbedingungen und die Verschärfung der sozialen Verhältnisse sind Auslöser unseres Protestes. Wir haben diese Universität besetzt, weil wir durch jahrelange Beschneidung studentischer Mitbestimmung kein anderes Mittel mehr zur Verfügung hatten, um auf unsere Misere aufmerksam zu machen. Wir warten jedoch nicht nur, bis unsere Forderungen von außen erfüllt werden, sondern wir entwickeln und erproben unsere Vorstellungen von Wissenschaft, Bildung und Gesellschaft. Es geht uns um die Herstellung der Autonomie der Universität zum Zweck einer problemorientierten sowie konfliktbereiten Wissenschaft, losgelöst von den Verwertungsinteressen der Wirtschaft und des Militärs. Dazu gehört die Unabhängigkeit universitärer Entscheidungsprozesse von politischen und wirtschaftlichen Macht- und Interessenstrukturen. Dies beinhaltet außerdem Interdisziplinarität im Sinne einer konstruktiv-kritischen Zusammenarbeit innerhalb und zwischen den einzelnen Instituten und Fachbereichen. Daraus ergeben sich vorläufig folgende Foprderungen:

A) BEFREITE UNIVERSITÄT
a) Erhaltung von Lateinamerikainstitut, Osteuropainstitut, Psychologischem Institut, Informationswissenschaft und anderen bedrohten Instituten, d.h.: Rücknahme der politisch beeinflußten und undemokratischen Beschlüsse des FU-Kuratoriums! b) Gleiches Mitbestimmungsrecht für StudentInnen, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, sonstige MitarbeiterInnen, ProfessorInnen (mindestens 1/4-Parität); c) Einrichtung von Frauenforschung und feministischer Forschung an allen Instituten; d) Quotierung an der ganzen Universität; e) Rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von AusländerInnen in allen Lebensbereichen; f) Anpassung der Universität an die Bedürfnisse von Behinderten; g) Faschismusforschung und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit an den einzelnen Instituten; h) Auseinandersetzung mit rechtsextremen Strömungen an der FU; i) Gleichstellung und materielle Absicherung autonomer Seminare.

Der beabsichtigte emanzipatorische Charakter unserer Bewegung benötigt zu seiner weiteren Konkretisierung die Fortsetzung der Diskussionen und der jetzt entstandenen selbstverwalteten Strukturen. Diese Konkretisierungsprozesse sind an folgenden in der Gesellschaft wie der Wissenschaft strittigen Punkten orientiert: a) Wie kann Transparenz und Kontrolle einer kritischen Wissenschaft aussehen, die gerade auch im Hinblick auf so sensible Bereiche wie Gen-, Nuklear- und Rüstungsforschung versucht, die ökologischen und gesellschaftlichen Folgen von Hochtechnologie zu reflektieren? b) Betrifft dies nicht gerade die Forschung in der Industrie und in Drittmittel-Instituten, die sich eher am ökonomischen Nutzen orientiert und zudem eine Abtrennung der Forschung von der Lehre ermöglicht? c) Wie können NaturwissenschaftlerInnen in einem fachübergreifenden Dialog (insbesondere mit den Geistes- und Sozialwissenschaften) zu einer an ethischen Fragestellungen orientierten Eigenverantwortlichkeit befähigt werden?

B) HOCHSCHULPOLITIK
a) Rücktritt von FU-Präsident Heckelmann und Wissenschaftssenator Turner; b) Änderung derjenigen gesetzlichen Bestimmungen, die unseren Forderungen entgegenstehen, z.B. BerlHG und HRG; c) Keine weitere Umschichtung von Finanzmitteln zu Lasten der Geistes- und Sozialwissenschaften und der Lehre; d) Insgesamt mehr staatliche Gelder, Sachmittel und Stellen für angemessene Studienbedingungen an allen Fachbereichen; e) Keine Repression gegenüber StudentInnen, MitarbeiterInnen und anderen funktionalen Gruppen aufgrund ihrer Beteiligung an den Protestaktionen

C) SOZIALE SITUATION DER STUDENTINNEN
a) Soziale Absicherung, um Bildung für alle zu ermöglichen, Ausweitung von BAFöG, BAFöG nicht als Darlehen; b) Beseitigung der allgemeinen Wohnungsnot, Schaffung und Erhaltung bezahlbaren Wohnraums. Wir fordern z.B., leerstehende Häuser den StudentInnen zur Verfügung zu stellen; c) Krankenversicherung für alle StudentInnen, wie bereits vor der Gesundheitsreform verwirklicht. Rücknahme der Gesundheitsreform d) Einrichtung von weiteren ganztägigen Kindergärten an der FU.

Vorlage des „Inhaltsrates" für „alle beschlußfassenden Gremien" der FU; aus: „Besetzt", Nr. 23, 19.1.89)

HUBERTUS KNABE

Neue soziale Bewegungen im Sozialismus

Alternative politische Orientierungen haben in der DDR in den letzten Jahren deutlich an Zulauf gewonnen. Diese sehen sich jedoch weitgehend verbannt in private Nischen oder in jenen bescheidenen Freiraum, den in der DDR die evangelischen Kirchen als einzige unabhängige Großorganisation bereithalten. (Der vorliegende Artikel von Hubertus Knabe beruht auf einer ausführlichen Darstellung, die in der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", Heft 3/1988 erschienen ist.)

Das Anwachsen einer kritischen Gegenkultur im Schutzraum der Kirchen hat seit etwa einem Jahr immer wieder zu heftigen Gegenreaktionen der DDR-Führung geführt, die die am 6. März 1978 in einem Spitzengespräch zwischen Staat und Kirche bekräftigte Verständigungspolitik zunehmend gefährden. Während die konkreten Konfliktverläufe auf immer neue Weise die Gruppen, die Kirchen, den Staat und nicht zuletzt die westliche Öffentlichkeit beschäftigen, gibt es kaum Versuche einer stärker theoretischen Analyse darüber, welche Faktoren zur Entstehung von alternativen Gruppen in der DDR geführt haben und welche Rolle sie im politischen System der DDR spielen bzw. in Zukunft spielen könnten. Ich möchte deshalb den Anstoß geben zur Entwicklung eines Interpretationsrahmens, der diese Erscheinungen als Ausdruck struktureller Tendenzen in hochentwickelten Industriegesellschaften und als Andeutung eines Paradigmenwechsels begreift, der durch die Krise der industriellen Lebensweise auch in sozialistischen Staaten an Bedeutung gewonnen hat — wenngleich mit teilweise anderen Brechungen. Den Zugang dazu habe ich über den Begriff der „Neuen Sozialen Bewegungen" (im weiteren NSB) gesucht, der in der sozialwissenschaftlichen Literatur zum Schlüsselbegriff geworden ist, um die Entstehung eines neuen Protestpotentials mit postmaterialistischen Orientierungen in hochentwickelten Industriegesellschaften zu erklären.

Eine Anwendung der NSB-Diskussion auf die DDR erscheint zunächst schon deshalb naheliegend, weil es dort zu nahezu allen Bewegungstypen in westlichen Ländern parallele Erscheinungen gibt. Im Bereich der **Friedensbewegung** stoßen wir auf eine große Zahl kontinuierlich arbeitender Friedensgruppen, die sich zum überwiegenden Teil innerhalb der Evangelischen Kirchen konstituiert haben. Solche Gruppen arbeiten in allen größeren Städten bzw. allen Universitätsstädten, aber auch in zahlreichen ländlichen Gemeinden. Ein ähnliches Bild ergibt sich im Bereich der **Ökologiebewegung**; unter dem Dach der DDR-Kirchen arbeiten inzwischen rund 80 verschiedene Umweltgruppen, deren Entstehung Anfang der achtziger Jahre, also etwas später als die der Friedensgruppen einsetzt. Die dritte deutlich auszumachende Strömung im Bereich der NSB wird von kirchlichen Gruppen markiert, die der **Dritte-Welt-Bewegung** zugeordnet werden können und deren Entstehung bis in die Mitte der siebziger Jahre zurückreicht. Rasche Ausbreitung haben in den vergangenen Jahren auch Gruppen aus dem Bereich der **Minderheitbewegung** (Homosexuelle, Lesben) sowie der **neuen Frauenbewegung** gefunden, deren Artikulierung in einer Gesellschaft (und einer Kirche) mit konservativer politischer Kultur auf besondere Hindernisse stößt. Zahlenmäßig weniger bedeutsam als in westlichen Staaten ist in der DDR die **Alternativbewegung**, insoweit diese die Verwirklichung eines alternativen Lebensstils in selbstverwalteten Wohn- und Arbeitsprojekten meint. Hier wirken sich in erster Linie die restriktiven Bedingungen des Arbeitsrechtes sowie die Bedingungen bei der Wohnungsvergabe bremsend aus, so daß die aus der Umweltdiskussion hervorgegangene Forderung nach einem neuen Lebensstil größtenteils innerhalb der traditionellen Arbeits- und Wohnverhältnisse realisiert werden muß.

Problemhorizont

Die Disposition zur Bildung von NSB und den ihnen zugrunde liegenden neuen Bewußtseinslagen hängt eng mit der Existenz bzw. Wahrnehmung eines spezifischen Problemhorizontes zusammen: Sicherheitspolitische Fragen, Umweltzerstörung, globale Probleme, mangelnde Möglichkeiten der Partizipation an politischen Entscheidungen, restriktive Reaktionen von Staat und Gesellschaft auf Minderheiten und emanzipatorische Bestrebungen, neuartige soziale und kulturelle Mangellagen sowie ein allgemeiner Verlust an traditioneller Lebenswelt und persönlichem Lebenssinn. Verantwortlich für diese Kombination von Problemen ist ein sich selbst als Fortschritt interpretierender Modernisierungsprozeß, dessen zeitliche Dynamik und geographische Ausdehnung eine in der Geschichte einzigartige Geschwindigkeit erreicht haben.

Auch die sozialistische Industriegesellschaft der DDR basiert nicht auf einem grundsätzlich anderen Zivilisationsmodell. Produktionsweise und favorisierte Technologien gleichen ebenso den in anderen Industriestaaten verwendeten wie die gesamte industriegesellschaftliche Lebensweise. Zwar gibt es gegenüber der Bundesrepublik Un-

terschiede und einen Zeitverzug bei der Ausstattung mit langlebigen Konsumgütern, doch langfristig nivellieren sich diese durch das Erreichen der Sättigungsgrenzen. Die Folge ist, daß die Ausgangsbedingungen bei den von den NSB thematisierten Problemfeldern in der DDR grundsätzlich ähnlich sind wie in westlichen Staaten, obgleich aufgrund des Modernisierungsverzuges und der vor-bürgerlichen Form des politischen Systems die ,,neuen" Problemfelder häufig noch von den ungelösten ,,alten" Problemen überlagert werden.

Allerdings fällt unter sozialistischen Bedingungen eine Reihe von Problemen als Motor von NSB aus. Zum einen ist die Sensibilität für Fragen des Nord-Süd-Konfliktes in den RGW-Staaten gemeinhin geringer, was vor allem auf ihre eigene periphäre Rolle in der Weltökonmie und auf ihr gegenüber den hochentwickelten westlichen Staaten niedrigeres Konsumniveau zurückgeführt werden kann. Zum anderen spielen die mit dem Zerfall der traditionellen Arbeitsgesellschaft zusammenhängenden Probleme der Arbeitslosigkeit und Zukunftsunsicherheit und ihre Auswirkungen auf die Lebensweise in der DDR (noch) keine bewußtseinsbestimmende Rolle. Staatsverschuldung, Rationalisierungszwänge und sinkende Wachstumsraten könnten aber auch in sozialistischen Ländern die traditionelle soziale Sicherheit auflockern und — wie etwa in Ungarn — zu einer Verschärfung der gesellschaftlichen Spannungen, zu Entlassungen und zu einem Überschuß hochqualifizierter Arbeitskräfte führen.

Wertewandel

Grundsätzlich gilt jedoch auch für sozialistische Staaten, daß die bloße Existenz des spezifischen Problemhorizontes des Modernisierungsprozesses nicht zur Herausbildung von NSB führt, sondern daß seine selektive Verarbeitung und eine generell erhöhte Sensibilität ihm gegenüber hinzukommen müssen. Diese korrelieren in westlichen Staaten mit bestimmten sozialstrukturellen Prozessen und Werteverschiebungen, die in ähnlicher Weise auch in der DDR beobachtet werden können. Der von der SED betriebene Modernisierungsprozeß hat nämlich zu einer für wachsende Industriegesellschaften typischen Umschichtung in der Beschäftigungs- und Produktionsstruktur geführt: die Zahl der Beschäftigten in Land- und Forstwirtschaft verringerte sich, während jene im Dienstleistungsbereich zunahm. Die Beschäftigtenzahl im produktiven Gewerbe blieb etwa konstant, doch Mechanisierung und Automatisierung haben zu einer Veränderung der Qualifikationsstruktur und zu einer Polarisierung in intellektuell anspruchsvolle und in monotone Routinearbeiten geführt. Die gestiegene Bedeutung von Planungs-, Steuerungs- und Dienstleistungsaufgaben führt zum Anwachsen einer ,,neuen Mittelschicht", während sich das klassische Industrieproletariat — z.B. im Bergbau — dezimiert hat und damit die Bedeutung des industriellen Typus der Arbeit mit wenig Möglichkeiten der Selbstbestimmung insgesamt zurückgeht. Die für den Modernisierungsprozeß erforderliche Erhöhung der allgemeinen Bildungsqualifikation bewirkt schließlich, daß der Eintritt ins Berufsleben hinausgeschoben und individuelle Selbstgestaltungs- und Partizipationsansprüche freigesetzt werden.

Auch im Reproduktionsbereich hat der Modernisierungsprozeß weitreichende Folgen: das Wohlstandsniveau ist in der DDR angestiegen, das Alltagsleben wurde durch die Massenmotorisierung und die Technisierung der Haushalte revolutioniert und vereinheitlicht. Dadurch wurden die differierenden sozialen und kulturellen Milieus eingeebnet, gleichzeitig kam es zu einer Individualisierung, die einerseits als Vereinzelung, andererseits als Freisetzung von individuellen Emanzipationschancen wirkt. Der Fonds diskretionaler Freizeit ist durch die Verkürzung der Arbeitszeit und die Reduzierung der für die Reproduktion erforderlichen Tätigkeiten angestiegen und korreliert mit einem generellen Wandel des Verhältnisses zur Arbeit. Allerdings begrenzen bislang die staatliche Berufslenkung, die Verschulung und zeitliche Begrenzung des Studiums, der größere Zwang zur vollen Integration in den Arbeitsprozeß, das Fehlen von Sozialleistungen für Nicht-Berufstätige, die längere Arbeitszeit usw. die Enstehung des aus westlichen Gesellschaften bekannten Typus der gebildeten Persönlichkeit mit viel Freizeit, hohen Ansprüchen gegenüber der Lebensqualität und Ambitionen für eine postmaterialistische Lebensweise.

Die genannten Veränderungen in Produktion und Reproduktion werden von Sozial-

Eine Zensur findet. . .

Mißliebige Autoren können auf verschiedene Art mundtot gemacht werden: durch Gewaltandrohung, durch juristische Zwangsmittel oder ganz elegant durch die Erzeugung wirtschaftlicher Notlagen. Wie die letzte der genannten Methoden funktioniert, kann am Fall der ,,Neuen Delmenhorster Rundschau", einem der wenigen noch mit einem politischen Anspruch auftretenden ,,Alternativblätter", studiert werden.

Im September vergangenen Jahres wurde im Zusammenhang mit der Abschiebung eines Ausländers dem Stadtdirektor Bramlage vorgeworfen, die Öffentlichkeit belogen zu haben. Der Vorwurf schien berechtigt und beweisbar: hatte Bramlage sich in seinen Aussagen zu dem Ausweisungsfall auf Auskünfte aus dem Innenministerium berufen, so hatte ein Redakteur der ,,Neuen Delmenhorster Rundschau" dagegen aus demselben Ministerium die Auskunft erhalten, daß die Stadt Delmenhorst zu keinem Zeitpunkt eine Anfrage an das Bundesinnenministerium

gestellt habe und prinzipiell keine Auskünfte an die Kommunen erteilt würden. Doch das letzte stimmte nicht: entgegen der Falschauskunft aus dem Bundesinnenministerium gab es einen Briefwechsel zwischen dem Ministerium und der Stadt Delmenhorst.

Daraufhin mußte die ,,Neue Delmenhorster Rundschau" einen Widerruf bringen, der dem Stadtdirektor Bramlage nicht paßte. Er bestand darauf, daß der Hinweis auf die falschen Auskünfte des Ministeriums aus diesem Widerruf entfernt werde und entfachte einen juristischen Kleinkrieg, der die ,,Neue Delmenhorster Rundschau" mindestens 15.000,— DM kosten wird. Da Alternativzeitungen in aller Regel nicht die Scheckbücher wie gewisse Illustrierte zur Verfügung haben, droht nun der ,,Neuen Delmenhorster Rundschau" das Ende.

Offensichtlich soll hier mit juristischen Kanonen auf unbotmäßige Spatzen geschossen werden. Wenn noch nicht einmal Auskünfte aus dem Innenministerium für wahr genommen werden können. . .

Weitere Informationen bei:
Neue Delmenhorster Rundschau
Postfach 1841
2870 Delmenhorst

Im Dritte-Welt Sonderheft 1/89
Ein Jahr **Intifada**
Die Proklamation des **Palästinenserstaates**
Die **US-Nahostpolitik** und die Haltung der EG
Die **bundesdeutsche Nahostpolitik** und ihr Sonderverhalten zu Israel
Weiterhin: **UNO-Resolutionen, Interviews, Kultur,** Aktions- und Materialspiegel u.a.

Ab **30.12.88** im **linken und alternativen Buchhandel** oder direkt bei
Dritte-Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51
33% Rabatt ab 10 Exemplaren

Coupon ausschneiden und absenden an: Dritte-Welt LeserInnenservice, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

Ich bestelle: ☐ ..... Ex. **Sonderheft 1/89** a 2,50 zzgl. 0,70 Porto
☐ 1 Ex. **kostenloses Probeheft**

Name
Straße
PLZ, Ort
Datum, Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angaben von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim DRITTE-WELT-LeserInnen-Service, Postfach 510868, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Ich bestätige dies durch meine Unterschrift.

Datum/Unterschrift

wissenschaftlern für einen tiefgreifenden Wandel von gesellschaftlichen Werten, Normen und Überzeugungen verantwortlich gemacht. Eine besondere Rolle spielt dabei der Generationenwechsel — ein Drittel der DDR-Bevölkerung wurde nach dem Mauerbau von 1961 geboren —, der auch in der DDR zu einer spürbaren Erosion tradierter Deutungs- und Wertsysteme (Disziplin, Fleiß, Arbeits- und Leistungsethos, Familie etc.) geführt hat. Während die ältere Generation von den Erfahrungen des Krieges und der entbehrungsreichen ,,Aufbaujahre'' geprägt wurde, ist die jüngere Generation in Verhältnissen materieller Sicherheit mit vergleichsweise hohem Lebensstandard groß geworden und tendiert partiell zu anti-modernistischen Stimmungen, hedonistischen Werten und postmaterialistischen Bedürfnissen (gesunde Ernährung, weniger Fleischverbrauch, neue Naturverbundenheit etc.). Diese werden flankiert von einem Bedürfnis nach Überwindung ,,historisch überholter'' Herrschafts- und Autoritätsstrukturen. Selbsthilfegruppen, Eingaben, Leserbriefe und andere Aktivitäten sind Ausdruck einer gesteigerten Bereitschaft zu Partizipation und Emanzipation und konfrontieren den Partei- und Staatsapparat mit einem bislang unbekannten Phänomen.

Reaktionen des politischen Systems

Die Bedeutung dieses Wertewandels wird in der DDR jedoch bis auf weiteres durch den zuwiderlaufenden, unabgeschlossenen Prozeß der Herausbildung einer materialistischen Wertordnung relativiert, die sich materiell und politisch im wesentlichen erst seit dem Beginn der Honecker-Ära konstituieren kann. Die ungebrochene obrigkeitsstaatliche Tradition und das Fehlen einer kulturrevolutionären Gegenbewegung wie die Studentenbewegung der späten sechziger Jahre wirken zudem stark restriktiv auf die Entstehung emanzipatorischer Bestrebungen. Die verspätet entstandene und legitimierte materialistische Wertordnung verbindet sich in der DDR mit kollektivistischen, provinzialistischen, kleinbürgerlichen, traditionalistischen und nationalistischen Elementen zu einem von der traditionellen Politik geförderten und repräsentierten Mehrheits-Bewußtsein, das die postmaterialistischen Orientierungen in ein doppeltes, nämlich staatliches und gesellschaftliches Ghetto sperrt.

Trotz aller Besonderheiten und Einschränkungen bilden die ökonomischen und sozialen Modernisierungsprozesse in hochentwickelten Industriegesellschaften auch in der DDR den Hintergrund für die zunehmende Bereitschaft zur Bildung von Gruppen, die denen der NSB im Westen ähneln. Die monopolisierte Struktur des politischen Systems führt allerdings dazu, daß die Bewegungen unter sozialistischen Bedingungen spezifische Formen annehmen müssen, die durch eine niedrige Stufe der Bewegungsdynamik und eine starke Tendenz zur Institutionalisierung gekennzeichnet sind, was mit dem traditionellen Übergewicht des Staates gegenüber der zivilen Gesellschaft in Osteuropa korrespondiert. Der Zwang zu Kompromissen mit der Machtelite und der Mangel eines ideologischen Pluralismus prägen auch die Vorstellungen dieser Bewegungen und schließen radikalisierte Aktionsformen, wie sie für westliche Staaten typisch sind, aus.

Der westliche Typus der **offenen Bewegung** hat in der DDR deshalb bislang keine Existenzmöglichkeiten. Stattdessen werden die neuen Ambitionen in der DDR in den abgezirkelten Rahmen der Evangelischen Kirchen verschoben, was dem Bedürfnis der Träger nach Legalität und institutioneller Absicherung entgegenkommt. Dieser Typus der **halb-autonomen Bewegung** ist zu Selbstbegrenzung gezwungen und stark geprägt vom Eigengewicht der ,,Mutter-Institution''. Die neuen Bewußtseinslagen vermischen sich dabei mit religiösen Gefühlen, verfügen aber im Schutzraum der Kirchen über eine relative organisatorische und ideologische Autonomie. Die SED erhofft sich von diese Politik, den Dissenz von der Gesamtgesellschaft isolieren zu können, ohne ihn ganz unterdrücken zu müssen, sieht sich jetzt aber mit einer stärker werdenden politischen Kraft konfrontiert, die sich außerhalb des politischen Systems formiert.

Während in den reformorientierten Ländern die Parteiführung die gewachsenen Partizipationsansprüche zunehmend anerkannt und nunmehr nach offiziellen Kanälen dafür suchen, hat die DDR-Führung ihre Organisationen (FDJ, Parteien, Massenorganisationen) nahezu vollständig gegenüber diesen Impulsen abgeschottet. Zwar lassen sich auch hier Versuche einer Institutionalisierung beobachten z.B. durch die Gründung der ,,Gesellschaft für Natur und Umwelt'', doch diese sind weitgehend formal und deshalb erfolglos geblieben. Vorübergehende Ansätze einer Öffnung der traditionellen politischen Organisationen gegenüber anderen Kräften, wie sie etwa bei dem Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987 sichtbar wurden, sind von der Führung rasch wieder zurückgewonnen und für ,,gescheitert'' erklärt worden.

Weil die gegenwärtige DDR-Führung zu einer politischen Modernisierung, die integrative und partizipatorische Elemente stärker in den Vordergrung stellte, nicht bereit ist, verstärken sich die innenpolitischen Spannungen, die nun vor allem auf dem Rücken der Kirche ausgetragen werden. Die DDR-Führung stemmt sich damit — zusätzlich verunsichert durch die Auswirkungen des sowjetischen Reformprozesses — den politischen Folgen des selbst eingeleiteten und forcierten ökonomischen und sozialen Modernisierungsprozesses entgegen. Ob diese Politik erfolgreich sein wird, ist allerdings zweifelhaft, denn auf Dauer dürfte der außen- und innerpolitische Schaden größer sein als die vordergründige politische ,,Stabilität'', die auf diese Weise erzeugt wird.*

ANDREAS BURO

Westeuropäisches Großmachtstreben blockiert europäische Abrüstung

Die Rede Gorbatschows Anfang Dezember vor den Vereinten Nationen hat die Herausforderung der UdSSR an den Westen, den hingeworfenen Handschuh der Abrüstung nun endlich aufzunehmen, noch einmal und mit weltweitem Echo verstärkt. Denn hier wurde nicht erneut dieser oder jener Plan für Abrüstungsverhandlungen angeboten, sondern ein bedeutender Schritt einseitiger Abrüstung angekündigt.

Das abzurüstende Militärpotential liegt in der Größenordnung der Bundeswehr (ohne Marine). Der Abrüstungsschritt ist nicht allein quantitativ zu gewichten, er setzt auch qualitative Akzente, indem mit ihm eine Umstrukturierung zu einer Verringerung der Offensivkapazitäten verbunden ist. Obwohl angemessene Reaktionen des Westens bisher ausblieben, setzt die UdSSR ihre Politik einseitiger Schritte konsequent fort. Die jüngste Erklärung von Außenminister Schewardnardse in Paris, die UdSSR werde ihre chemischen Waffen vernichten, zeigte dies eindrucksvoll.

Die einseitige sowjetische Abrüstung ist ein Teil des Versuches, die bürokratische Gesellschaft der UdSSR mit ihrer etatistischen Produktionsweise durch eine alle Bereiche erfassende Reform zu modernisieren, um damit die tiefgreifende Krise dieser Gesellschaftsformation zu überwinden. Dieses Vorhaben muß als langfristige Grundorientierung verstanden werden, die sich aus den Reproduktionsformen der bürokratischen Gesellschaft ergibt. Das sowjetische Bemühen um Reformen ist also keine Gorbatschowsche Eintagsfliege, auch wenn sich — wie ich erwarte — der Reformverlauf als ein Wechsel zwischen Modernisierungs- und Repressionsphasen darstellen wird. Dem Reformvorhaben ist eine welthistorische Bedeutung beizumessen, die mit den Bemühungen der bürgerlich-kapitalistischen Staaten und Gesellschaften, in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre ihr Reproduktionssystem zu stabilisieren und bürgerliche Herrschaft abzusichern, durchaus zu vergleichen ist.

Der Kern des sowjetischen Reformvorhabens ist denn auch die ökonomische Modernisierung zur Sicherung bürokratischer Herrschaft und der Weltmachtposition der UdSSR. Beides ist nicht ohne gesellschaftliche und politische Modernisierung zu erreichen und erfordert aus der Sicht der Reformer eine Kooperation insbesondere mit den westeuropäischen Staaten. Dazu und zur Entlastung der Investitionsfonds ist die mittlerweile weitgehend dysfunktionale militärische Konfrontation in Europa abzubauen, die sich weit hinaus über jede „Hinlänglichkeit" zur Kontrolle des WVO-Raumes in den vielen Jahren des Wettrüstens entwickelt hat. Dies bedeutet jedoch keineswegs eine grundsätzliche Demilitarisierung der sowjetischen Politik, da der militärische Faktor für die Weltmachtpostition der UdSSR — damit ist keineswegs Weltherrschaftsbestrebung gemeint — nach wie vor unverzichtbar ist, zumindest so lange die USA und die anderen kapitalistischen Industriestaaten nicht zu entsprechender Abrüstung bereit sind. Auch in der Ideologie des ‚Neuen Denkens' wird, soweit ich sehen kann, die strategische Parität zu den USA kaum in Frage gestellt.

Dem widerspricht keineswegs die Bereitschaft der UdSSR zu großen Abrüstungsschritten im strategischen Bereich gegenüber den USA. Zweifellos ist in diesem Verhältnis viel an Abschreckungsballast abzuwerfen, was Belastungen reduzieren würde, ohne zu einer grundsätzlichen Änderung zu führen. Daß selbst das unter dem Kalkül der Militärstrategen zur Kriegsführungsabschreckung schwierig ist, zeigen die immer wieder stockenden START-Verhandlungen zwischen den beiden Großmächten. Ob aber aus solchen Ansätzen eine Überwindung des Abschreckungssystems und nicht nur eine neue Runde zu seiner Modernisierung durch Umstrukturierung der Potentiale wird, ist mehr als fraglich, wohl nicht einmal wahrscheinlich, wenn man die Versuche der USA zur Sicherung ihrer hegemonialen Position durch Aufrüstung mit in Betracht zieht.

Chance für Abrüstung

Auch die offensichtliche Bereitschaft der Sowjetunion zur Beendigung perspektivlosen militärischen Engagements in Ländern der ‚Dritten Welt' (z.B. Afghanistan, Angola, Kampuchea — aber leider noch nicht Äthiopien/Eritrea!) kann nicht als ein Rückzug der UdSSR aus der Weltpolitik interpretiert werden. Sie dient auch der eigenen Entlastung in politischer und finanzieller Hinsicht. Solches Disengagement wird erleichtert durch die Einsicht in die enormen Schwierigkeiten der Steuerung von Konflikten in diesen Ländern über militärische Mittel der Großmächte.

Die Reformpolitik der UdSSR führt — so meine These — auf lange Zeit zu einer sowjetischen Sicherheits- und Außenpolitik die janusköpfig ist. Der Bereitschaft zu weitgehender Abrüstung und Kooperation in Europa steht eine Weltmacht Sowjetunion entgegen, die nach wie vor an die von den USA

vorangetriebene, qualitative Aufrüstung gebunden ist und dadurch selbst den strategischen Aufrüstungsprozeß weiter vorantreiben wird. Waren bisher strategische und europäische Aufrüstung auf das engste miteinander verbunden, und zwar auch im sicherheits- und militärpolitischen Denken in der UdSSR, so wird durch die neue sowjetische Außen- und Sicherheitspolitik, die Frage nach den Möglichkeiten einer regionalen europäischen Abrüstung und Kooperation weit über den sicherheitspolitischen Bereich hinaus aufgeworfen. Ich will es pointierter formulieren: In Europa bietet sich die Chance für die Etablierung von positivem Frieden, der auf politischer Zusammenarbeit beruht und die militärische Konfrontation des West-Ost-Konfliktes überwindet. Das ist die eigentliche Herausforderung der sowjetischen Reformpolitik. Wie antwortet darauf die Integrationsgemeinschaft der westeuropäischen NATO-Staaten?

In der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit gibt es zwei extreme Antworten auf die Frage nach der westeuropäischen Abrüstungsbereitschaft. Die eine lautet, wir Westeuropäer seien selbstverständlich zu Abrüstung bereit, wenn uns der Osten nur nicht mehr bedrohe. Diese Naivität gegenüber der eigenen Militär- und Gewaltorientierung ist weit verbreitet bis hinein in die Friedensbewegung. Sie ist, so könnte man wohl sagen, das gute Gewissen, das die Aufrüstung des Westens bislang noch immer getragen hat. An sie wird nach wie vor appelliert — jüngst wieder Helmut Schmidt auf der Nordatlantischen Versammlung der NATO-Parlamentarier — indem die langfristige Abrüstungs- und Friedensbereitschaft der UdSSR in Frage gestellt wird. Diese Naivität ist jedoch auch eine Produktivkraft für die Friedensbewegung, wenn die Bedrohungsängste vor dem ‚Osten' schwinden, wie es gegenwärtig der Fall ist. Dann kann von dieser Position aus eine Abrüstung des Westens eingeklagt werden.

Aufrüstungstendenzen

Die viel weniger verbreitete andere extreme Position geht von einer grundsätzlichen Abrüstungsunfähigkeit der kapitalistischen Staaten aus und unterstreicht deren militaristischen Charakter. In dieser Position werden gewichtige historische Erfahrungen verabsolutiert und damit die Fragen nach den Interessen kapitalistischer Reproduktion in einer konkreten historischen Situation verschüttet. Diesen Fragen aber ist gerade nachzugehen, um Ansatzpunkte für friedenspolitische Arbeit zu gewinnen.

Die westeuropäischen Antworten von Regierungspolitikern auf die sowjetischen Abrüstungsinitiativen — Schritte in die richtige Richtung, aber nicht ausreichend — verweisen ebenso wie die westdeutschen Beschwörungen des Wehrwillens der Bevölkerung auf die Widersprüchlichkeit und Ungeklärtheit der in sich keineswegs einheitlichen, herrschenden westeuropäischen Interessenlagen gegenüber der sowjetischen Herausforderung. Im folgenden versuche ich, den allen gemeinsamen Widerspruch zu umreißen, der sich zwischen der Dysfunktionalität einer Weiterführung der militärischen Hochkonfrontation in Europa und der Perspektive einer durchaus auch militärisch gedachten Weltmacht Westeuropa ergibt.

Auch für die herrschenden Kräfte in Westeuropa dürfte klar sein, daß es weder wünschenswert noch möglich ist, die Verhältnisse in Europa militärisch zu verändern. Aber auch die andere Einsicht weitet sich aus, daß eine sowjetische Invasion nach Westeuropa aus politischen Gründen auszuschließen ist. Somit ist die gegenwärtige militärische Hochkonfrontation auch für Westeuropa dysfunktional, zumal jeder militärische Konflikt die Basis für die hier akkumulierenden Kapitale und für ihre Konkurrenzfähigkeit zerstören würde. Auch andere Gründe sprechen gegen weiteres Aufrüsten in Europa. Seine destabilisierenden Auswirkungen erhöhen die militärische Abhängigkeit von dem ökonomischen Konkurrenten USA und beschneiden somit die westeuropäische außenpolitische Manövrierfähigkeit. Hochrüstung und Spannung in Europa fördert nämlich die Möglichkeit der USA, Westeuropa als Element globaler Strategie zu funktionalisieren und damit dessen Autonomie erheblich zu vermindern. Konfrontation und Spannung in Europa verschlechtern ferner die ökonomischen Expansionsmöglichkeiten in die etatistischen Gesellschaften. Sie würden zudem dort die Reformlinie zugunsten de repressiv-zentralistischen Bürokratie schwächen. Dies würde nicht nur Elemente von Kaltem Krieg und weiterer Spannung begünstigen, sondern auch die ökonomische Konkurrenzfähigkeit Westeuropas gegenüber den anderen großen kapitalistischen Wirtschaftsblöcken durch Einengung des osteuropäischen und sowjetischen Marktes beeinträchtigen.

Diese immanenten Argumente sprechen sehr dafür, das sowjetische Angebot für regionale europäische Abrüstung und Kooperation aufzugreifen und den friedlichen Wettbewerb der Systeme voranzutreiben. Freilich enthält diese Möglichkeit aus westlicher Interessensicht immer auch die expansive ökonomische Komponente, den Rückstand der etatistischen Ökonomien und ihre Labilität in der Phase der Perestroika destabilisierend auszunutzen. Schon geht es um die politischen Bedingungen für eine möglichst freie Verwertung des Kapitals. Dazu dienen ökonomische Belohnungen und Vorenthaltungen als wichtige Instrumente, um in Osteuropa ‚unabhängige Außenpolitik', wirtschaftliche Liberalisierung und ideologische und konsumptive Muster durchzusetzen und damit auch zunehmend die politische Kontrolle über den Produktions- und Reproduktionsprozeß aufzuheben. Dieser Vorgang an sich, aber gerade auch sein unter innerkapitalistischer Konkurrenz unkontrollierter Verlauf kann viel zur Unterminierung von Reformpolitik in Osteuropa und zur Reduzierung von Demokratie- und Freiheitsansätzen beitragen. Eine politisch-bewußte westeuropäische Reformpolitik müßte dem entgegenzuwirken suchen.

Energischen Schritten der Abrüstung durch die westeuropäischen Staaten und ei-

nem Ausscheren aus dem weltweiten Wettrüsten der Militärblöcke steht jedoch eine Tendenz zu verstärkter Aufrüstung entgegen. Im westeuropäischen Integrationsprozeß geht es zunehmend auch um die Gewinnung politischer und militärischer Kompetenz und Potenz mit dem Fernziel der Wiedergewinnung der westeuropäischen Weltmachtkontrolle und damit von Ebenbürtigkeit bei der Sicherung von Globalinteressen. Dazu gehört offensichtlich im herrschenden westeuropäischen Selbstverständnis auch die Fähigkeit zu strategischer Abschreckung samt allen erforderlichen Voraussetzungen. Solche Zielbestimmung gerät notwendig in Widerspruch zu dem auch aus immanenten Gründen sinnvollen Abbau der militärischen Konfrontation in Europa. Denn eine etwaige rüstungskontrollpolitische Stabilität in Europa würde immer wieder durch strategische Modernisierungen unterlaufen werden. Optionen für flexiblere Antworten würden erforderlich, denen bekanntlich Tendenzen zu Kriegsführungsabschreckungsoptionen innewohnen. Diese Abrüstung begrenzende Widersprüchlichkeit wird zweifach verstärkt. Die angestrebte out-of-area Interventionsfähigkeit erfordert offensive Kapazitäten. Auch die Tendenz zu immer mehr Rüstungsexport als Mittel der Zahlungsbilanzsanierung und verbesserter Kapitalverwertung verstärkt den Druck zur Produktion offensiver Waffensysteme. Man wird sich doch nicht das Panzer- und Flugzeuggeschäft entgehen lassen!

Emanzipation von den USA

Für die Strategen der westeuropäischen Großmachtintegration ergibt sich ein weiterer Widerspruch, der ihr Handeln beeinflussen dürfte. Die gegenwärtige Entspannungstendenz angesichts des INF-Vertrages und der weitgehenden sowjetischen Angebote erweist sich als besonders günstig für die sicherheitspolitische Verselbständigung Westeuropas, ist man doch in dieser Situation nicht so sehr auf den Nuklearschirm der USA unter jeder Bedingung angewiesen und sind doch auch die Ängste in der Bevölkerung soweit zurückgegangen, daß eine Emanzipation vom Großen Bruder in Übersee ohne die Gefahr eines Einbruches bei den Wählern gewagt werden kann. Die daraus resultierende Politik der westeuropäischen Aufrüstung müßte allerdings die Entspannungsbedingungen als Voraussetzung für eine Verselbständigung untergraben: Die UdSSR würde daraus eine Ablehnung ihrer Vorschläge für eine europäische Abrüstung herauslesen und die Bürger sähen sich enttäuscht, da statt Abrüstung und einer sozialen Verwendung der frei werdenden Mittel, das Militär mehr Mittel und Rüstung als vorher benötigte.

In diese widersprüchlichen Situation können die westeuropäischen Politiker keine Hilfe von den USA erwarten. Für diese bedeutet die tendenzielle Verselbständigung Westeuropas zwar einerseits eine militärstrategische und auf längere Sicht auch eine finanzielle Entlastung, was der angestrebten militärischen Umstrukturierung, Modernisierung und der Sanierung des Staatshaushaltes zugute kommen könnte. Andererseits verringern sich dadurch die Kontrollmöglichkeiten gegenüber dem wirtschaftlichen Konkurrenten Westeuropa. Eine Antwort der USA auf diese ambivalente Tendenz könnte eine weitere Verstärkung der qualitativen Hochrüstung sein, die das Weltmachtniveau für die UdSSR immer neu bestimmen würde und von den Westeuropäern nicht leicht einzuholen wäre. Von einer Demilitarisierung seitens der USA wäre also nicht die Rede.

Eine Auflösung des skizzierten Widerspruches zugunsten europäischer Abrüstung ist gegenwärtig nicht erkennbar. Vielmehr spielen die westeuropäischen NATO-Staaten auf Zeit und suchen nach neuer Legitimation für weitere Aufrüstung. Dazu dienen folgende Wege:

1. Relativ lautlos werden militärpolitische Kooperation, industrielle Rüstungskonzentration, Forschungsvorhaben mit militärischen Zielsetzungen, langfristige Rüstungsvorhaben usw. vorangetrieben. Freilich ist der Weg zu einer Großmacht Westeuropa noch weit und mit vielen Hindernissen gepflastert.

2. Statt dem Beispiel der UdSSR zu folgen und einseitig einschneidende Abrüstungschritte zu tun, setzt man auf sich lang hinziehende Rüstungskontrollverhandlungen mit offensichtlich sehr dürftigen Abrüstungszielen. Bei den erwarteten Gesprächen über konventionelle Abrüstung geht es um eine Absenkung auf 95 % des jetzigen westlichen Bestandes! Dabei werden voraussichtlich vor allem Forderungen an die andere Seite gerichtet, um ihr letztlich den Schwarzen Peter für Unergiebigkeit und/oder das Scheitern der Gespräche zuschieben zu können. Bei diese Strategie ist, wie bisher auch immer wieder, mit schiefen und die Bürger leicht täuschenden Vergleichen und mit der Abrüstung veralteter Waffen zu rechnen. Durch diese Verhaltensstrategie sollen die Hoffnung der BürgerInnen auf Abrüstung und das Vertrauen, die Regierungen würden sich hierum bemühen, erhalten werden. Dem liegt vermutlich die Erwartung zugrunde, die sowjetischen Reformen würden zu Situationen (Repressionsphasen?) führen in denen dann westliche Abrüstung leichter legitimierbar sei.

3. Dem offensichtlichen Feindbildverfall im Bewußtsein der Menschen im Westen wird entgegengearbeitet. Dazu wird immer wieder auf die Unberechenbarkeit des östlichen Reformprozesses verwiesen. Auch die kritische Aufarbeitung der eigenen Militärgeschichte in der UdSSR im Zeichen von Glasnost interpretiert man als friedenspolitische Unzuverlässigkeit. Schließlich kann immer wieder auf die weitere Aufrüstung der UdSSR im strategischen Verhältnis zu den USA (Weltmachtkontrolle!) verwiesen werden.

4. Da die Bindung der Aufrüstungslegitimation an das Feindbild aus dem West-Ost-Konflikt jedoch immer fraglich bleiben muß, besonders wenn die doch erwünschte wirtschaftliche Kooperation wachsen sollte, geht es nun darum, Westeuropa als die potentielle ‚vernünftige' Weltordnungsmacht darzustellen und demgemäß ein ideologisches Sendungsbewußtsein (‚Euro-Nationalismus'?) zu entwickeln. Unter dieser Perspektive muß Westeuropa dann auch ohne Bedrohung stark sein, um seine Rolle spielen zu können.

Militarisierung Westeuropas

Die dargelegten Einschätzungen und Argumente führen mich zu der Schlußfolgerung, in der westeuropäischen Militärpolitik, wie sie sich allmählich herauszuschälen beginnt, geht es tendenziell gar nicht mehr vorrangig um die Organisierung der Verteidigung im Rahmen der NATO gegen die WVO-Staaten. Im Mittelpunkt steht vielmehr und zunehmend die Option auf die Schaffung eines militärischen Großmachtstatus für Westeuropa. Damit wird die bisher so im Vordergrund der Legitimierung von Aufrüstung stehende Korrelation zwischen Bedrohung und Rüstung grundsätzlich in Frage gestellt. Die vorgebliche Bereitschaft zu eigener Abrüstung löst sich damit in gefährlicher Weise von tatsächlichen Abrüstungsschritten und von Abrüstungsbereitschaften des Ostens (Macht die ökonomische Weltmacht Japan nicht gegenwärtig einen ähnlichen Prozeß durch?).

Mit der Schwächung der duopolistischen Herrschaftsstrukturen im Weltmaßstab (Hegemonie-Schwund) und der Tendenz zu oligopolistischen Strukturen wird militärische Macht in der Form von nuklearen Abschreckungs- und Kriegsführungsabschreckungskapazitäten im herrschenden Verständnis der Eliten in den großen Wirtschaftsblöcken zur Eintrittskarte für die Teilhabe an der Gestaltung der ‚Weltordnung' und zum ‚natürlichen' Statussymbol einer global bedeutsamen Großmachtposition. Sie bedarf scheinbar keiner Legitimierung mehr.

Gegenüber dieser Tendenz westeuropäischer Militarisierung ist dieseits aller pazifistischen Positionen Abrüstung angesichts und unter Förderung sich vermindernder Bedrohung einzuklagen. Dazu ist — entgegen der Formel des Kalten Krieges von der Unteilbarkeit des Friedens (Wann hätte es das schon jemals gegeben!) — auf der Entfaltung einer Politik des positiven Friedens im regionalen Bereich Europa zu bestehen. D.h. für den militärischen Bereich: Aufgabe des Abschreckungssystems, substantielle Abrüstung und Ausscheiden aus dem Wettrüsten für die westeuropäischen NATO- und die osteuropäischen WVO-Staaten. Damit ist gleichzeitig und gleichrangig eine militärisch unbewehrte, also eine grundsätzlich ‚zivile' Weltpolitik Westeuropas zu fordern.

Manchen genügt ein Blick auf den Markt Wird der „Vorwärts" gekillt?

Der Versuch, die sozialdemokratische Wochenzeitung „Vorwärts" einzustellen, ist eine politische Entscheidung und keine ökonomische. Die politische Absicht, Diskussionen um die Politik der SPD zu verhindern, versteckt sich hinter der ideologischen Verabsolutierung der „Marktgesetze" — sie muß dies tun: würde sie offen sagen, worum es wirklich geht, hätte sie wieder ein Stück der Diskussion, die sie nicht will.

Vorschläge, wie das Defizit der Zeitschrift auf eine für die Partei tragbare Größenordnung zu reduzieren wäre, lagen und liegen auf dem Tisch, sie wurden jedoch vom Parteivorstand nicht in Erwägung gezogen. Insofern ist auch das Bonmot, der „Vorwärts" habe zwar die Sozialistengesetze und den Nationalsozialismus überlebt, nicht aber den Markt, nur halb richtig. Richtiger wäre es zu sagen, daß die Partei bis in ihre Spitzen hinauf sich gegen Sozialistengesetze und Nationalsozialismus behaupten wollte, den Marktgesetzen aber will sie sich hingeben.

In der SPD ist die Stunde der Schatzmeister angebrochen. Einer von ihnen, Klose, hat es deutlich gesagt: Subventionierung des „Vorwärts" nur mit der Perspektive, daß das Blatt „über mittlere Frist aus der Verlustzone herauszuführen" ist, und an diese Perspektive glaubt der Kassierer, vielleicht durchaus zu Recht, nicht mehr. Also: weg damit. Lafontaine: „Kein Markt da". Politik als Management, Parteibonzen als Unternehmer.

Auch die Krokodilstränen über den Verlust der einstmals höheren Auflageziffern sind nur Ablenkungsmanöver. Zur Debatte steht, ob die SPD-Führung heute für die vorhandenen 45.000 Abonnenten eine Zeitung will oder wenigstens duldet, die die Politik der Partei zur Debatte stellt — als Diskussionsforum für parteiinterne Strömungen und als Diskussionsangebot nach außen an die politisch interessierte Öffentlichkeit. Die Parteimanager sagen dazu klar nein, denn: die Rekrutierung der Wählerstimmen sollen die Werbebüros besorgen und inhaltliche Festlegungen, gar fortwährender Diskussionsdruck, sind nur hinderlich, ist man einmal an der Macht. Die Partei als moderner, bürokratischer Staatsapparat braucht zwar Anhänger, Mitglieder wie Wähler, aber sie braucht sie als amorphe, passive Masse. Einfacher gesagt: Sie organisiert systematisch und für teures Geld die Verdummung des Volkes, auf die sie sich dann bedauernd oder mit klammheimliche Freude berufen kann.

Wer, wie die Frankfurter SPD, die Dreistigkeit besitzt, für ihren Oberbürgermeisterkandidaten mit dem Spruch „manchmal genügt auch heute noch der Blick ins Gesicht" zu werben, der kann freilich selbst den „Vorwärts" nicht gebrauchen.

Zu Überheblichkeit oder heimlicher Freude sehe ich keinen Anlaß. Sicher, es fällt nicht schwer, den „Vorwärts" inhaltlich zu kritisieren. Und erst die linke Kritik an der SPD — ein alter Hut. Deswegen also Achselzucken, „wir haben es ja immer gesagt" oder gar: „recht geschieht ihnen"? Derlei sträflicher Leichtsinn befördert die Tendenzen, die er ablehnt. Selbst eine so feinsinnige und nicht falsche Kritik wie die in der taz, der „Vorwärts" sei am Widerspruch zwischen der sozialdemokratischen Provinzmentalität mancher seiner Leser und den Anforderungen einer offenen, intellektuellen Diskussion gescheitert, krankt — vergleichbar der Argumentation von Klose — an der Verabsolutierung objektiver Gegebenheiten. In Wirklichkeit liegt aber ein politischer Konflikt mit Akteuren auf beiden Seiten vor. Die Redaktion kämpft ja weiter, und sie steht nicht ganz allein. Wer an politischer Öffentlichkeit in der BRD interessiert ist, muß da Position beziehen: Für den „Vorwärts", gegen seine Einstellung.

Felix Schneider

Erklärung des Kongresses „Freiheit stirbt mit Sicherheit"

Immer mehr werden zentrale demokratische Grundrechte einer freiheitsfeindlichen „Staatssicherheit" und obrigkeitsstaatlichen Werten untergeordnet. Wirksamer Opposition wird vorgebeugt, indem Bürgerinnen und Bürger zu „gläsernen Menschen" gemacht werden, die politischer und wirtschaftlicher Macht ausgeliefert sind. Eine neue Stufe dieser Entwicklung sind die von der Bundesregierung geplanten neuen Sicherheitsgesetze.

Im Interesse von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fordern wir die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, die Gesetzentwürfe zurückzuweisen und die Aufhebung der sogenannten „Anti-Terror-Gesetze" der 70er und der „Sicherheits"gesetze der 80er Jahre zu beschließen.

Die Risiken der Atom- und Gentechnologie sowie die Strukturveränderungen der Gesellschaft durch die rein profitorientierte Einführung von Informations- und Kommunikationstechniken schaffen Risikozonen, in denen Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, um für nicht beherrschbare Techniken scheinbare „Sicherheit" zu schaffen. Diese Zonen eingeschränkter Grundrechte breiten sich immer weiter über die Gesellschaft aus.

Wir fordern:

1. Die Einführung des Prinzips der Informationsfreiheit für alle BürgerInnen gegenüber Staat und Verwaltung ähnlich dem amerikanischen „Freedom of Information Act".

2. Das Recht der BürgerInnen auf Eigentum an den Daten und Informationen über seine Person, den Schutz vor ungewollter Erfassung und Verwendung seiner Daten und die Kontrolle, wohin und zu welchem Zweck Daten fließen.

3. Die Abschaffung des Verfassungs-„schutzes" des Bundes und der Länder, der, wie das jüngste Beispiel Berlin sowie „Celler Loch" und andere Übergriffe in die Illegalität gezeigt haben, nicht mehr kontrollierbar ist.

4. Die Bürgerinitiativen, Organisationen, Parteien und Einzelpersonen, die das „Manifest der BürgerInnen-Rechtsbewegung" als ErstaufruferInnen unterstützen, fordern dazu auf, mit einer bundesweiten Unterschriftensammlung gegen die „Sicherheits"gesetze zu protestieren und werden in den nächsten Monaten Unterschriften sammeln.

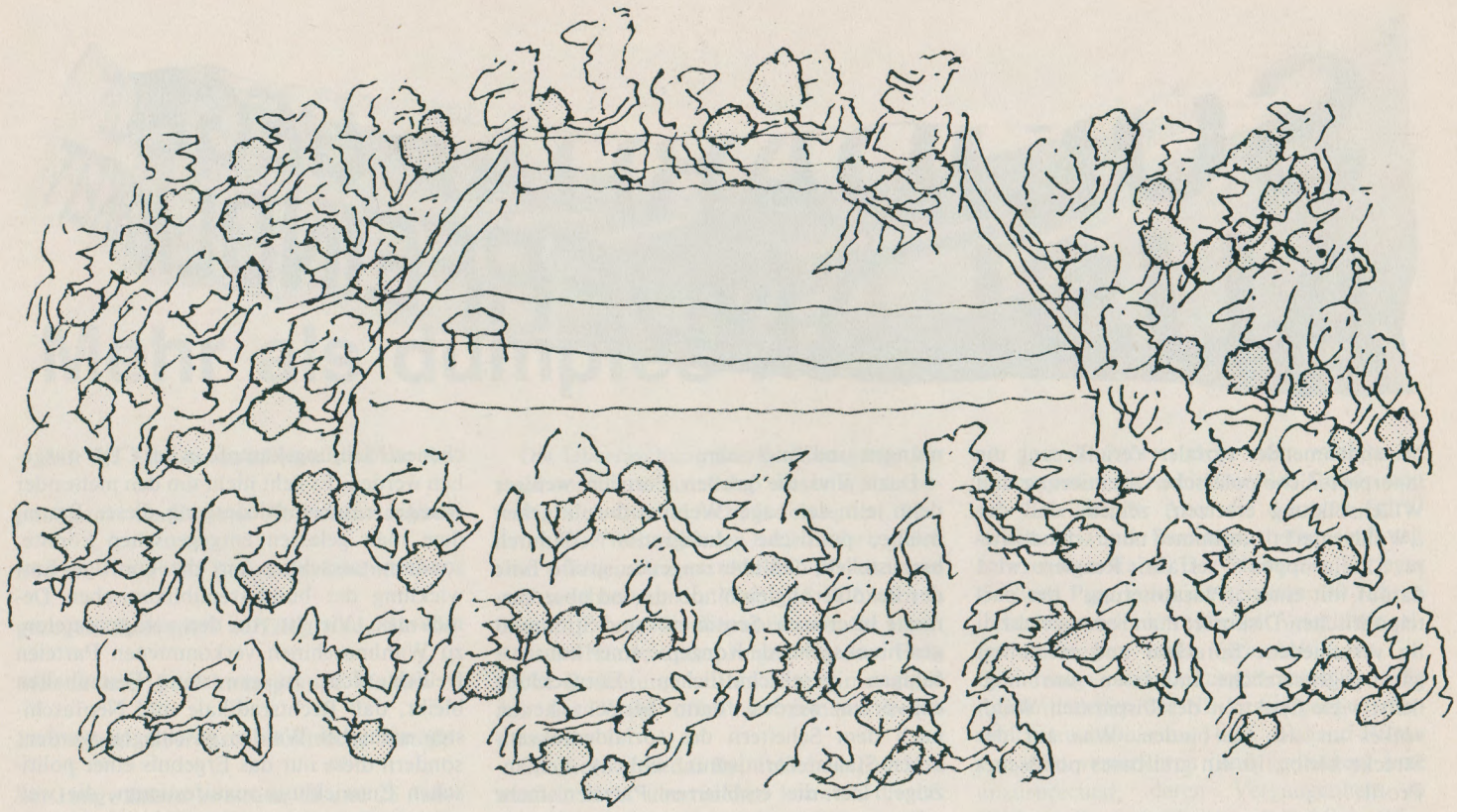
5. Wir rufen auf, anläßlich des 40. Jahrestages des Grundgesetzes am 23.5.89 eine Blockadedemonstration vor dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln in Form einer friedlichen, gewaltfreien Aktion durchzuführen.

6. Wir fordern die Erweiterung der demokratischen Mitbestimmungsrechte auf allen Ebenen, sowie die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden.

Verabschiedet von 240 TeilnehmerInnen des Kongresses in Köln, zu dem neben den Grünen im Bundestag u.a. die Deutsche Vereinigung für Datenschutz, die Humanistische Union, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Deutsche Jungdemokraten, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, die Vereinigung demokratischer Juristen, das „Forum Informatiker für den Frieden" und das Sozialistische Büro eingeladen hatten.

Köln, den 10.12.1988 (Auszüge)

Rückfragen bitte an: Roland Appel, Die Grünen im Bundestag, Tel. Bonn 16 93 57 oder 63 41 66.



„Statt des Kampfes um die Mitte geht es nun um die Integration der Ränder"

JOACHIM HIRSCH

Es bröckelt nicht mehr nur am Rand

Der Erfolg der „Republikaner" in Berlin bedeutet für sich genommen keinen Rechtsrutsch im gesellschaftlichen Spektrum. Das wie immer latent vorhandene rechtsradikale Potential in der westdeutschen Bevölkerung ist sicher noch erheblich größer, als es die Stimmprozente zeigen. Bislang konnte diese dumpfe Szene von den etablierten Parteien, vor allem von CDU und CSU bei Wahlen in der Regel für sich gewonnen werden. Die Frage ist, warum diese „Integration" nicht mehr gelingt.

Nachdem das Aufkommen der neuen Protestbewegungen die Wählerschaft der SPD gespalten und diese um ihre Regierungsfähigkeit gebracht hat, zeigt sich nun auch auf der „rechten" Seite ein Erosionsprozeß, der zwar ganz andere politische Dimensionen hat, die Unionsparteien aber in ein vergleichbares Dilemma stürzt.

Mit den heftigen ökonomisch-sozialen Umwälzungen der letzten Jahre sind die etablierten „Volksparteien" offenkundig in die Krise geraten: die großen und stabilen gesellschaftlichen Blöcke, auf die sie sich gestützt hatten, zerfallen in den „postfordistischen" Pluralisierungs- und Individualisierungsschüben, für reformistisch-taktische Umverteilungspolitik fehlen die finanziellen Mittel, und die sozialpartnerschaftlich-korporativen Deals, die sie so trefflich arrangieren konnten, werden vom Kapital nicht mehr akzeptiert. Was im postmodernen Soziologendeutsch „Pluralisierung der Lebensstile" genannt wird, heißt etwas genauer betrachtet vor allem Vergrößerung der sozialen Ungleichheiten, Arbeitslosigkeit, die Ausdehnung peripherer Arbeitsverhältnisse, Lockerung des „sozialen Netzes", Wohnungsnot in den neuen metropolitanen Ballungszentren, verstärkte Yuppifizierungs- und Ghettoisierungsprozesse in den Städten. Wenn „Flexibilisierungs-"Politik darauf zielt, auch den Arbeitsmarkt wieder voll den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten zu unterwerfen, dann wachsen eben Konkurrenz und Angst, nicht zuletzt gegenüber Aussiedlern und Ausländern, die das Kapital zwecks Auffüllung seiner Arbeitskraftreserven gleichzeitig dringend braucht. Die Gesellschaft wird allemal bunter, aber damit nehmen auch die Interessengegensätze und Spaltungen zu. Für die Parteien wird es immer schwieriger, sich auf übergreifende und relativ homogene gesellschaftliche Interessenlagen zu beziehen.

Pluralisierung des Wählermarktes

Für bürokratische Maschinen, für die vorrangiges Ziel die Gewinnung von Wählermehrheiten ist, hat dies fatale Folgen: Ihre einst sichere Wählerbasis zerbröckelt, der Anteil der loyalen „Stammwähler" nimmt dramatisch ab, das Wahlverhalten wird immer unkalkulierbarer — sofern überhaupt noch gewählt wird. Seit Beginn der achtziger Jahre gehen die Stimmanteile der großen Parteien deutlich zurück, und die Mitgliederzahlen auch. Meinungsbefragungen, die

Die sich abzeichnende relative organisatorische Stärke des Rechtsextremismus wird von zwei Seiten begünstigt. Auf der einen wurden im Rahmen einer Re-Ideologisierung Themen wie ,,nationale Identität", deutsche Frage, Neutralismus oder Anti-Imperialismus aufgegriffen und von Theoriezirkeln so ausformuliert, daß der frühere, um Rassismus und Reichsidee zentrierte reaktionäre Kern der ,,alten Rechten" heute in einem moderaten Gewand erscheint. Richard Stöss hat diese Wandlung bereits 1978 prognostiziert (in: Ästhetik und Kommunikation 32/1978). Auf der anderen Seite erwies sich die Annahme als falsch, Rechtsextremismus sei eine Angelegenheit von Außenseitern und ,,Ewig-Gestrigen". Das Vorurteil, die Rechtsaußen-Szene bestehe aus dumpfdröhnenden Biertisch-Strategen oder verelendeten Skinheads, hat sich gleichwohl zählebig gehalten, obwohl tatsächlich mittlerweile intellektuelle Programmatiker vom Schlage eines Alain de Benoist ideologisch richtungsweisend sind. Hinzu kommt, daß der relative Zulauf Jugendlicher Ende der siebziger Jahre einsetzte und bislang nicht abgeschlossen ist.

In diesem Kräftefeld —ideologisch und organisatorisch konsolidierter Rechtsextremismus und konstantes Wählerpotential — verfügen die Republikaner über zwei Vorteile: Sie gelten als neue, unverbrauchte Kraft (noch) ohne das NS-Stigma und sie haben es bislang geschafft, in populistischer Weise dieses Stigma zu umgehen. Die große Resonanz auf Schönhuber-Veranstaltungen vor allem in Bayern zeigt, daß es sich hier im Kern um eine populistische Rechte handelt. Sie bietet sich deshalb als rechte Protest-Alternative an, weil sie sich bedroht fühlende Bauern, Kleinbürger, Jugendliche, unmittelbar anspricht unter Betonung der Distanz zum NS-Stigma der alten NPD wie auch der CDU/CSU. Ihre weitere Mobilisierungsfähigkeit hängt perspektivisch von zwei Faktoren ab: Gelingt die ,,Gratwanderung" zwischen beiden Polen, kann sie das ,,Umfallen" nach der einen oder anderen Seite vermeiden und kommt ein Arrangement mit dem Konkurrenten DVU/Frey zustande, dann kann sich die Renaissance der radikalen Rechten auf parlamentarischer Ebene durchaus fortsetzen. Sie würde zu einer Polarisierung des politischen und ideologischen Richtungsspektrums führen und zur Neu-Formierung der politisch-parlamentarischen Kräfteverhältnisse.

Die Union, der Rechtsextremismus und die Wende

Die gesellschaftspolitischen Debatten der achtziger Jahre haben, so scheint es, bei allem Gerede über Wertwandel, Postmaterialismus und neue Mittelschichten übersehen, daß der ,,Widerstreit zwischen Aufklärung und Vorurteil" (Robert Leicht) noch lange nicht ausgefochten ist. Die Einsicht, daß tatsächliche oder angenommene soziale Deklassierungen rechte Protestpotentiale freisetzen, ist keineswegs überholt. Soziale Marginalisierung, Fraktionierungen und die Spaltung der Gesellschaft in rational kaum begründbaren, abgestuften Zugang zu materiellen Gütern und Einflußpositionen, die Erhaltung und der Ausbau des Wohlstands von zwei Dritteln auf Kosten der übrigen, ist für das politische System nur dann risikoarm, wenn die politische Integrationsfunktion der ,,Mitte" aufrechterhalten werden kann. Nicht erst seit der Berliner Wahl mehren sich die Anzeichen, daß diese Voraussetzung nicht mehr ohne weiteres gegeben ist: die Lockerung der Partei-Bindungen, die offensichtliche Korrumpierbarkeit der Mächtigen, die Auflösung sozialer Milieus, steigende Probleme jugendlicher Identitätsbildung (Beck, Heitmeyer) begründen eine relative Offenheit politischer Orientierung. In diesem Zusammenhang ist danach zu fragen, ob und wie die Union unter solchen Voraussetzungen die Integrationsfunktion nach rechts aufrechterhalten kann.

Bei partiellen inhaltlichen Übereinstimmungen, aber großen strategisch-taktischen Unterschieden bieten sich zwei Modelle an. Bis Anfang der sechziger Jahre wurden durch sozialpolitische Zugeständnisse an die rechte Klientel (Vertriebene, Deutschnationale, Ex-Nazis, sozial Deklassierte) unter Bedingungen ökonomischer Prosperität und bescheidener materieller Anspruchsniveaus die unliebsamen, aber parlamentarisch bedeutsamen Rechts-Konkurrenten integriert: die Bayernpartei, der Block der Heimatvertriebenen (BHE), die niedersächsisch-welfische Deutsche Partei (DP), die bayerische Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV) und die national-neutralistische Deutsche Gemeinschaft (DG) verschwanden aus den Parlamenten. Zehn Jahre später, allerdings unter Bedingungen parlamentarischer Opposition, gelang die Re-Integration des NPD-Potentials durch Themen-Besetzung: Die Opposition gegen die Brandt-Scheel-Ostpolitik stand in Inhalt und Diktion dem NPD-Revanchismus kaum nach.

Das Dilemma der Union heute besteht darin, daß beide Strategien höchst problematisch sind. Die Themenbesetzung funktionierte nur in der Opposition mit einem Franz-Josef Strauß als rechter Integrationsfigur. Als Koalitionspartner riskiert die Union den Bruch mit der FDP und innerparteiliche Widerstände des ,,aufgeklärten" Konservatismus (v. Weizsäcker, Süßmuth) und der Sozialausschüsse. Der bloße Appell an Nationastolz, die Forderung nach nationaler Identitätsbildung garantieren in den achtziger Jahren keine Integration der rechten Opposition. Im Gegenteil. Dadurch werden erst Brücken nach rechts gebaut und zementiert, rechtsaußen-Positionen hoffähig gemacht. Im ,,Historikerstreit" sind von konservativer Seite Positionen einer ,,Entsorgung der Vergangenheit", Geschichtsrevisionismus und Relativierungen vorgenommen worden, wie sie bis dahin nur aus der rechtsextremen Subkultur vernommen wurden. Umgekehrt setzen wirksame sozialpolitische Zugeständnisse im Wohnungsbau, in der Gesundheits- und (vor allem) in der Arbeitsmarktpolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen von ökonomisch-ökologischer Strukturkrise und hoher materieller Anspruchsniveaus einen entschiedenen Bruch mit der bisherigen Ideologie der ,,Wende" voraus. Eliten-, Leistungs- und Opfer-Parolen, Duldung und Forcierung einer konsumorientierten, hedonistischen ,,Zwei-Drittel-Gesellschaft" und nicht zuletzt die restriktive Finanzpolitik und die kategorische Abweisung aktiver Arbeitsmarktpolitik — diese Eckpfeiler der ,,Wende" stünden dann zur Disposition. Eine derartige ,,Wende" aber kann die Union aus sich selbst heraus nicht vollziehen. Was ihr bleibt, ist rigide Ordnungspolitik, Politik der inneren Sicherheit. Aber: Ist das nicht eine Verbeugung vor den Republikanern, Eingeständnis der Legitimität rechtsradikaler Anliegen?

Rechtsradikale in deutschen Parlamenten — das provoziert eine ideologische und programmatische Polarisierung, eine Neuordnung des Themen-, Deutungs- und Problemhaushaltes. Darin liegt die ,,modernistische" Bedeutung des Republikaner-Wahlerfolgs. Der Ausgang ist offen. *

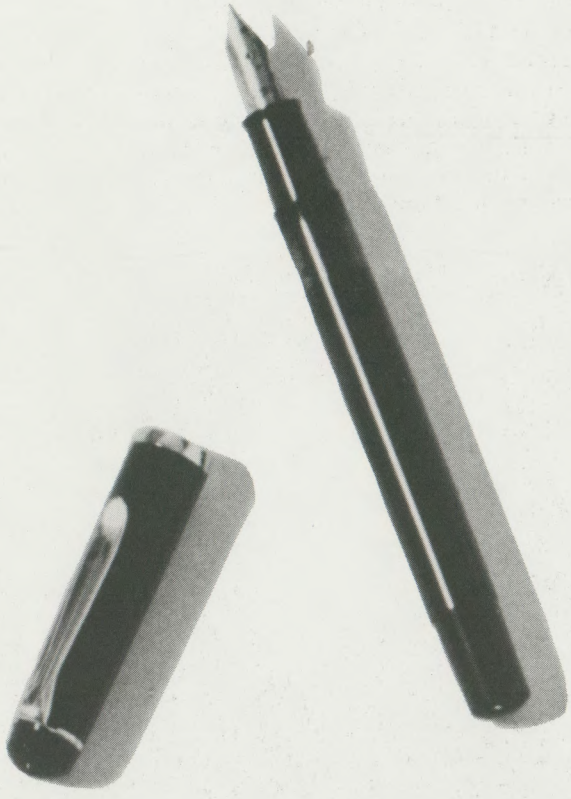
NEUE LINKE

ABONNEMENTS

WIDERSPRÜCHE

LINKS

EXPRESS



Grafische Formgebung: Burkardt, Glomm, Zimmermann Foto: Norbert Miguletz

links
Die ,,links'' erscheint bereits seit 1969. In der ,,links'' werden jeden Monat Kommentare, Analysen, aktuelle Informationen sowie Interviews, Debatten und theoretische Beiträge zu politischen Ereignissen und Entwicklungen insbesondere auch der ,,Dritten Welt'', und zur Theoriediskussion veröffentlicht.
Damit ist sie auch eine der meistgelesenen linken Monatszeitschriften geblieben! Die ,,links'' ist eine Zeitschrift zum Mitdenken. Engagierte Autoren wie Elmar Altvater, Lothar Baier, Eva Demski, Iring Fetscher, André Gorz, Jürgen Habermas, Claus Leggewie, Oskar Negt tragen zusammen mit rd. 400 weiteren AutorInnen dazu bei, daß die ,,links'' den Ansprüchen ihrer LeserInnen gerecht werden und ihre argumentative Vielfalt und linke Pluralität wahren kann.

express
Der ,,express'' bringt Monat für Monat im Zeitungsformat: Aktionen, Konflikte in Betrieben, Niederlagen, Erfolge, Nachrichten, Kommentare, Analysen zur Tarifpolitik, Entwicklung der Gewerkschaften, Repression im Betrieb, zum Arbeitsrecht, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Gewerkschaftsbewegung international, Technologie-Entwicklung, Ansätze von Gegenwehr, Perspektiven und Strategien, Ökologie und Arbeitsplätze, Arbeitszeitverkürzung, Solidarität mit Ausländern und vieles mehr. Der ,,express'' ist kein Parteiblatt — wir bringen Erfahrungen, Diskussionen, Analysen ohne Scheuklappen und falsche Rücksichtnahmen. Und wir bringen LeserInnen zusammen: durch Tagungen, Konferenzen und Redaktionssitzungen. — Und wir sind unabhängig.

Widersprüche
Die Widersprüche sind eine Vierteljahreszeitung und wenden sich an ReproduktionsarbeiterInnen. Die Widersprüche stehen in der Tradition der Arbeitsfeldmaterialien des SB und begreifen sich als kritisches Forum gegen restriktive Politik im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich, gegen konservative Tendenzwende und gegen moderne technokratische Befriedung gesellschaftlicher Krisenherde.
Die Widersprüche sind mit aktuellen Analysen und fundierter Diskussion zum Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereich ein unverzichtbares Organ für alle, die der Blickverengung auf den eigenen Tellerrand energisch widersprechen wollen.

. . . ZUM KENNENLERNEN

Bitte schicken sie mir kostenlos zum kennnerlernen

- ◯ ***EXPRESS***
- ◯ ***LINKS***
- ◯ ***WIDERSPRÜCHE***
- ◯ ***INFORMATIONEN ÜBER DIE INITIATIVE LEBENDIGE ARBEIT — FREIE ZEIT***
- ◯ ***INFORMATIONEN ÜBER DAS SOZIALISTISCHE BÜRO***

. . . ZUM BESTELLEN UND ABONNIEREN

Ich bestelle gegen Rechnung ein

- ◯ ***EXPRESS***-ABONNEMENT ab:
- ◯ ***LINKS***-ABONNEMENT ab:
- ◯ ***WIDERSPRÜCHE***-ABONNEMENT ab:

Adresse

1. Datum/Bestellunterschrift

2. Datum/Bestätigungsunterschrift

Die Kündigung des Abonnements muß spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Ich bestätige mit meiner 2.Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

SOZIALISTISCHES BÜRO
DIE NEUE LINKE

Das Sozialistische Büro
Es war von jeher das Projekt der Linken, nicht allein fürs Überleben, sondern in jeder Hinsicht für ein besseres Leben einzutreten. Wenn heute Überlebensfragen die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik weitgehend bestimmen, so ist die Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen gleichwohl für das SB keine Mode von gestern, sondern Motiv und Ziel politischer Anstrengung geblieben.
Natürlich können wir keine Rezepte oder gar Programme anbieten (und wollen es auch nicht). In unseren Publikationen („links", „express", „Widersprüche", Informationsrundbrief), in Diskussionen (Arbeitsgruppen), Veranstaltungen und Tagungen wollen wir wohl aber Elemente eine Gesellschaftstheorie und -kritik entwickeln, die für die Orientierung der Linken heute wichtig sind. Das sind Arbeitszusammenhänge, die in produktiver Weise Positionen erarbeiten und Einfluß auf die politische Diskussion ausüben wollen.
An den Debatten, Analysen und Konzepten, die in den Zusammenhängen des SB entstehen, kommt nach wie vor niemand vorbei.

Mitarbeiten: Das SB ist offen für Interessenten und interessiert an Mitarbeit. In einer Reihe von Städten gibt es lokale Gruppen und Leserkreise, bei denen Mensch mitmachen kann. Darüber hinaus ist die Mitarbeit in den Redaktionen von „links", „express" und „Widersprüche", bei i der Vorbereitung und Durchführung von Tagungen oder in den ad hoc- und längerfristigen Arbeits- und Projektgruppen (z.B. Lebendige Arbeit — Freie Zeit) jederzeit willkommen. Weitere Informationen können im Offenbacher Büro angefordert werden.

Fördern: Genauso, wie wir aktive Mitarbeit brauchen, haben wir finanzielle Unterstützung nötig und sind angewiesen auf Spenden, auf kontinuierliche, uneigennützige finanzielle Unterstützung. Viele unserer Projekte sind Zuschußbetriebe, die nichts „einbringen" und doch wichtig sind. Ohne eine große Gruppe von fördernden Mitgliedern wäre vieles nicht möglich.
Für ihren Beitrag (mindestens DM 15,— monatlich) bekommen Mitglieder „links" sowie zusätzlich entweder „express" oder die „Widersprüche" zugeschickt. Außerdem erhalten sie den SB-Informationsrundbrief, der mehrmals jährlich erscheint und Infos von lokalen Gruppen.

Absender:

Antwortkarte

Nicht freimachen, Gebühr bezahlt Empfänger

SB Verlag 2000
Bleichstraße 5–7
Postfach 10 20 62

D–6050 Offenbach am Main 1

Ich habe eine(n) Abonnenten-in geworben und erhalte als Prämie einen Buchgutschein im Wert von 20,— DM.

Adresse und Unterschriften des(r) neue(n) Abonnenten-in

_____

_____

_____

_____
1. Datum/Bestellunterschrift

_____
2. Datum/Bestätigungsunterschrift
Ich bestätige mit meiner 2. Unterschrift, daß ich diese Bestellung innerhalb 14 Tagen widerrufen kann.

◯ ***express*** ◯ ***links*** ◯ ***Widersprüche***

_____
Meine Adresse:

_____

_____

Antwortkarte

Nicht freimachen, Gebühr bezahlt Empfänger

SB Verlag 2000
Bleichstraße 5–7
Postfach 10 20 62

D–6050 Offenbach am Main 1

CARL-WILHELM MACKE

„Guten Morgen, Deutschland".

Wie soll man zum Beispiel Franz Schönhuber politisch etikettieren? Ist er ganz einfach ein alter Nazi oder ein Neo-Nazi, ein ,,demagogischer Rattenfänger", ein ,,rechter Populist", ein ,,radikaler Wertkonservativer" oder ein ,,demokratisch geläuterter Patriot", wie er sich selbst zu nennen pflegt? Wäre er nur als ein verstockter alter Nazi anzusehen, könnte man es sich mit einem analysierenden Portrait einfach machen.

Die wichtigste sozialisierende Prägung war für Schönhuber zweifellos die Mitgliedschaft in der Waffen-SS. Niemals hat er dies geleugnet und gegenüber den Lübkes, Globkes, Kiesingers, Filbingers in der westdeutschen Nachkriegspolitik macht ihn diese Ehrlichkeit beinahe schon sympathisch. Frank und frei bekennt er sich bis heute zu seiner Nazi-Vergangenheit. Da weiß man jedenfalls, mit wem man es zu tun hat. ,,Ich war dabei" lautet dann folgerichtig der Titel eines Buchs über die Zeit bei der SS, das ihm den Posten des stellvertretenden Chefredakteurs beim Bayerischen Rundfunk und eines in Bayern überaus beliebten Rundfunkmoderators (Titel der Sendung ,,Jetzt red i") gekostet hat. Bis heute hat er diesen Rausschmiß durch seine ehemaligen Freunde von der CSU nicht vergessen. Redet er über die Medien, neben der Ausländerpolitik ein weiterer zentraler Themenbereich in seiner Mobilisierungskampagne, dann schwingen dabei immer Momente von persönlicher Abrechnung mit den ,,schwarzen Meinungsterroristen im Bayerischen Rundfunk" (Schönhuber) mit. Schönhuber kennt sich als Profijournalist bestens aus in dem Geschäft der Massenmedien. Er weiß, wie man es schafft, in die Schlagzeilen zu kommen, und wie sehr der Alltag der Massen heute durch die Medien bestimmt wird. An diese Erfahrung knüpft er ständig an und findet so schnell den Kontakt zum Publikum. ,,Wir deutschen Fernsehzuschauer wollen deutsche Filme, deutsche Musik und deutsche Themen auf dem Bildschirm. . . Heimat und Träumen — Millionen finden dies wunderschön".

Wenn die Münchener Boulevardpresse Passagen wie diese zitiert, um den neuen Buhmann Schönhuber zu karikieren, wird eine Station seiner Karriere geflissentlich ausgeklammert: lange Zeit war er nämlich einer der Starkolumnisten bei der linksliberalen AZ und später Chefredakteur bei der konservativliberalen tz. Mit vielen Journalisten dieser und anderer in München einflußreicher Medien ist Schönhuber bis heute noch in alter Männerfreundschaft verbunden. Ähnliches gilt übrigens auch für CSU-Politiker, die ihm allenfalls die Gründung seiner eigenen Partei verübeln, aber an seinen Parolen wenig auszusetzen haben. Erstaunlich gut kennt der Mann einer ehemaligen SPD-Stadträtin auch die Stimmungen in sozialdemokratischen Milieus. In der Zeit der harten innerparteilichen Flügelkämpfe der Münchener SPD Anfang der siebziger Jahre gab er mit seinen Zeitungskommentaren den Jusos Flankenschutz in ihren Attacken auf den von Schönhuber bis heute bekämpften Hans Jochen Vogel. Diese publizistischen und persönlichen Erfahrungen, verbunden mit dem Wissen um die soziale Herkunft eines großen Teiles der **Republikaner**, motiviert Schönhuber stets zu überraschend differenzierten Polemiken gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. ,,Besonders nahe stehen mir die Schumacher-Sozialdemokraten, die national denken und sozial fühlen". Viel aggressiver greift er demgegenüber die Politiker und Strategen im Umkreis der Unionsparteien an. Als ehemaliger enger Spezi von Franz Josef Strauß kennt er die neuralgischen Punkte der CSU ganz genau: ihren Kompromißzwang innerhalb des konservativ-liberalen Lagers, die Entfremdung der Parteifunktionäre von ihren Anhängern und Mitgliedern, die enge Verfilzung von Partei- und Staatsapparat.

Männertreue, Deutschland, Vaterland, Ordnung, Stärke, Mut, Tapferkeit, das sind die zentralen Begriffe, die Schönhuber in immer neuen Variationen bei seinen Reden in den stets überfüllten Biersälen zwischen Würzburg und Passau, Ansbach und Cham durchbuchstabiert. Die Beifallsstürme in den Sälen zeigen, wie sehr Schönhuber mit diesem markigen deutschen Vokabular einen Nerv des Publikums trifft. ,,Ich spreche aus", hat Schönhuber einmal in einem Zeitungsinterview gesagt, ,,was die Mehrheit der Deutschen heimlich denkt." Und diese Mehrheit will keine ,,deutschen Bußtage" mehr, sondern ist wieder ,,stolz auf unser deutsches Vaterland". Zur Einstimmung in diesen teutonischen Taumel dröhnt zu Beginn der Veranstaltungen der **Republikaner** aus den Lautsprechern deren inoffizielle Parteihymne ,,Hallo, guten Morgen Deutschland". Schwarz-rot-gold ist der Saal ausgeschmückt, Schwarz-Rot-Gold sind auch die Parteifarben. Schwarz-rot-gold sind die Bierseidel verziert, die am — natürlich schwarz-rot-gold gschmückten — Verkaufsstand feilgeboten werden. Man ist deutsch bis in die Knochen, aber mit den ideologischen Nachbarn der rechten Szene, den radikaleren Neo-Nazis, wollen die um jeden Preis seriös erscheinenden **Republikaner** nichts zu tun haben. Ununterbrochen distanziert sich deshalb Schönhuber von den nazistischen Rechten, um dann mit den zweiten und dritten Sätzen genau in deren Sinne Stimmung zu machen. ,,Wer bei den Republikanern als Antisemit auftritt, bekommt es mit mir persönlich zu tun — aber so allmählich hat man ja als Deutscher den Eindruck, der Zentralrat der Juden ist die 5. Besatzungsmacht auf deutschem Boden". Zum Thema Ausländer verblüfft er die Zuhörer zunächst immer damit, daß seine Frau fließend türkisch sprechen würde. ,,Die Familienmoral der Türken ist vorbildlich — aber jeder frei werdende Arbeitsplatz muß bei uns erst einmal mit einem deutschen Arbeitslosen besetzt werden. . . Wir sind nicht das Sozialamt der Mittelmeerländer." Natürlich, darauf legt Schönhuber besonderen Wert, würden die **Republikaner** die Opfer des Nationalsozialismus ehren. ,,Das waren schlimme Jahre, die wir nie vergessen dürfen — aber wo bleiben die Plätze der Vertriebenen, der gefallenen Soldaten, der Opfer des Kommunismus?"

Als ein CDU-Funktionär ihn und seine **Republikaner** einmal als ,,Schrott" bezeichnete, erwiderte Schönhuber, daß ihn diese Sprache ,,fatal an die Zeit von 1933 und 1945 erinnert". Im gleichen Atemzug tituliert er jedoch die Grünen als die Todesschwadrone unserer Zeit" und reiht sie ein neben Rauschgifthändler und professionelle Verbrecher.

Andererseits gibt es durchaus Affinitäten zu klassischem grünen Gedankengut. Auch Schönhuber greift die ,,Autowahngesellschaft" an, bekennt sich als Gegner von Atomenergie, Tiefflugterror, Massentierhaltung und fordert eine Ausweitung der plebiszitären Demokratie. Schönhubers Äquidistanz zu beiden Supermächten und den ,,Besatzungsmächten unseres Deutschlands" hat ihre Entsprechung in ähnlichen Positionen, wie sie in Teilen der Friedensbewegung und der grünen Partei gedacht oder vertreten werden. Selber nur sprüchevoll und programmleer, plündert Schönhuber wild in dem Reservoir aller derzeit populären Themen.

Erst bei den kommenden Wahlen wird sich zeigen, wie stabil das politische Lager tatsächlich ist, das sich um Schönhuber sammelt. Aber immerhin hat er einen seiner Träume aus der Zeit, als er selbst in Bayern nur als großmäuliger Depp abgetan wurde, schon verwirklichen können: Seit den Erfolgen bei der Bayerischen Landtags- und der Berliner Senatswahl ist Franz Schönhuber eindeutig der neue Bierzeltstar in der Bayerischen Provinz. *

BENNO HAFENEGER

Europäisierung der extremen Rechten

„Europa" ist für die exteme Rechte zum neuen Aktionsfeld geworden. Trotz unterschiedlicher Traditionen, trotz organisatorischer Zersplitterung und ideologischer Gegensätze entstehen gegenwärtig neue bzw. werden alte Netzwerke und Bündnisse (re-)aktiviert. Ziel dieser Aktivitäten ist es, eine neue „Europäische Rechte" als „Bewegung" zu formieren und als politische Kraft zu etablieren.

Ideologisch geht es um eine Integration von Nationalismus, Regionalismus und Euronationalismus, mit der nationale Bornierungen überwunden und durch einen missionarischen „Euro-Chauvinismus" ersetzt werden sollen. Dieser reibunsvolle und konflikthafte Prozeß innerhalb des rechtsextremen Lagers (in Auseinandersetzung mit den altmodischeren National-Chauvinisten) zielt als Konzeption auf eine „Europäisierung Europas" und impliziert einen aggressiven „Selbstbehauptungswillen Europas", der in der Vorstellung einer Supermacht kulminiert.

Eurorechte

Die Eurorechte ist ein Zusammenschluß der drei rechtsextremen Parteien, die in den EG-Gremien unter der Bezeichnung „Groupe des droites européennes" vertreten sind: der „Front National" (FN) (die bei der Europawahl 1984 in Frankreich 11 % der Stimmen erhielt), der „Movimento Sociale Italiano/-Destra nationale" (MSI-DN) und der „Union für nationale Politik" (EPEN) in Griechenland. Mit ihren 17 Mitgliedern im europäischen Parlament in Straßburg proklamiert sie einen „europäischen Patriotismus brüderlicher Staaten" mit „europäischer Identität", der die „nationale Identität wahrt und unabhängig von der außereuropäischen Welt wird". Eine zentrale gemeinsame Denkfigur ist die von der „kulturellen Wiedergeburt".

Die Eurorechte wird vor allem von der FN getragen, an deren Modernisierung namentlich Bruno Megret als Generalbevollmächtigter arbeitet. Europa ist für ihn das Mittel, Frankreich seine verlorene Stärke wieder zurückzugeben. Die politisch-praktisch vorrangigen Aufgaben sieht er in der Auseinandersetzung mit „Einwanderung, Wertekrise, Arbeitslosigkeit und Kriminalität" (Nation Europa, Heft 11/12 1988, S. 44). So richten sich tagespolitische parlamentarische (im Europaparlament) und außerparlamentarische Aktivitäten gegen Einwanderung und „Überfremdung", die „Schmarotzer des sozialen Netzes", Geburtenschwund, „Volksseuche" Aids, „Untergrabung " der Verteidigungsbereitschaft, „kommunistische Unterminierung", Terrorismus.

Kontakte

Die Eurorechte stand auch im Mittelpunkt des 4. Frankreichtreffens der FN am 2. Oktoberwochenende 1986. Neben hochrangigen Führern aus Frankreich, Italien und Griechenland wurden an ihrem Stand u.a. auch libanesische Falangisten begrüßt.

Nachdem die rechtsradikalen Republikaner bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in West-Berlin im Januar 1989 7,5 % der Wählerstimmen erhielten, hat die FN durch ihren Generalsekretär Carl Lang politische Gespräche angeboten. Lang und Megret streben bei einem Wahlerfolg der Republikaner bei der Europawahl eine Zusammenarbeit in der „Fraktion der europäischen Rechten" in Fragen wie „Arbeitslosigkeit,

Kriminalität, Ausländer, Verteidigung nationaler Identitäten, Härte gegenüber dem Osten" an. Kontakte auf höchster Ebene gibt es auch zwischen den Republikanern und der FPÖ (Haider und Schönhuber trafen sich z.B. 1988 in Nordrhein-Westfalen, REP-Bundesvorstandsmitglied Boris Rupp nahm als Beobachter am FPÖ-Bundesparteitag 1988 teil).

Aber es gibt darüberhinaus eine Reihe von Hinweisen über weitere Kontakte zwischen rechtsextremen Parteien und Gruppen in Westeuropa: z.B. hat die niederländische ,,Centrumspartij-86" Beziehungen zur NPD und zum ,,Vlaams Blok" (die flämisch-nationalistische Partei ist mit 10 Abgeordneten drittstärkste Fraktion im Rat von Antwerpen). Ebenso werden der verbotenen Privatmiliz ,,Vlaams militanten Orde" Kontakte zur deutschen Wiking-Jugend nachgesagt. Die flandrischen Nationalisten propagieren die Gründung eines unabhängigen Flanderns sowie ein autoritär geführtes Großeuropa unter Vorherrschaft der weißen Rasse. An der DVU-(Deutsche ,,Volksunion")Gründungsversammlung in Nordrhein-Westfalen im November 1988 nahmen mehrere Vertreter des Vlaams Blok teil. Mehr oder weniger ausgeprägte Kontakte unterhalten auch rechtsextremistische Gruppierungen aus Österreich, deren Hauptziel der ,,Anschluß an ein Großdeutschland" und ein ,,Europa der Nationalstaaten" ist, mit vergleichbaren Organisationen in der BRD, der Schweiz und in Spanien, beispielsweise ,,Frente Nacional" (FN). Die FN wurde 1986 nach der Selbstauflösung der ,,Fuerza Nueva" (1982) gegründet und versteht sich als Schwesterpartei der FN von Le Pen in Frankreich.

Über die Eurorechte hinaus gibt es Verbindungen zwischen militanz- und gewaltorientierten, nationalrevolutinären Gruppen z.B. der ,,Movimento des Accao National" /MAN (Bewegung der Nationalen Aktion) in Portugal, die national-revolutionär orientiert ist, zu ,,Troisieme Voie" (Frankreich), zur ,,National Front" (Großbritannien) und spanischen Nationalrevolutionären in ,,Basista Nacional Revolcionario Espanol" und CENR. Im neonazistischen Organisationsbereich organisiert die ,,Europäische Bewegung" (EB) über das sog. ,,Führerthing" Verbindungen von NS-Aktivisten aus der Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, Dänemark und den Niederlanden; an dem von Belgien ausgehenden ,,Euroring" sind darüberhinaus Neonazis aus Großbritannien beteiligt. Weitere Vernetzungs-Initiativen gehen von Österreich, der Schweiz (,,Europäische Neu-Ordnung"/ENO) und Spanien (,,Circulo Espanol de Amigos de Europa"/CEDADE) aus. Die rechtextreme britische Zeitschrift ,,The Scorpion" und die Organisation IONA veranstalteten am 28. Januar 1989 in London ein gemeinsames Treffen zum Thema ,,Europe: Above Materialism"; an der Podiumsdiskussion nahm u.a. Alain de Benoist von der französischen Neuen Rechten teil. Es ist zu vermuten, daß es auch Kontakte von rechtsextremen Parteien zu der 1985 gegründeten ,,Nationalbewegung" in Luxemburg sowie den Fortschrittsparteien in Dänemark und Norwegen gibt. Diese kalkulieren mit unzufriedenen bürgerlichen Wählern bei den finanziellen, rassistischen und ökologischen Themen: Steuern, Fremde, Flüchtlingspolitik, Ausländerrecht, Überfremdung, Umweltschutz.

Europs: eine rechtsextreme Vision

Die Parteien, Gruppen und Zirkel der extremen Rechten haben in den jeweiligen Ländern die angedeutet diffusen, meist spezifisch nationalistisch und rassistisch dominierten Europa-Ideen (z.B. die DVU-Liste D: ,,Erst Deutschland — dann Europa"). Trotz dieser unterschiedlichen nationalen Ausprägungen und Akzentuierungen sind jedoch — als neue Synthese — gemeinsame Europa-Orientierungen zu erkennen:

Erstens: Es geht um die Gründung einer dritten Kraft, eines dritten Weges, Gründung eines neuen europäischen Imperiums, Aufrüstung zur Hegemonialmacht. Die Neustrukturierung der Landkarte nach ethnopluralistischen Kriterien ist eine modernisierte Form des Sozialdarwinismus. In den Denkzirkeln und Publikationen der westeuropäischen Neuen Rechten rückt im ,,Kampf um die Hegemonie" Europa (aufgeladen mit Großmachtphantasien) ins ideologische Zentrum, versehen mit den Konstrukten ,,Ethnopluralismus" (Eichberg), ,,Befreiungsnationalismus" (Strauss) bzw. europäischer Nationalismus als Revolutionstheorie und ,,Dritter Weg" zwischen den Machtblöcken.

Zweitens: Europa wird als Biotop verstanden (d.h. Arten-, Lebensraumschutz) mit biokulturellen Eigenarten. Bei gewachsenen Arten, Lebensgemeinschaften und Lebensräumen darf es nach rassistischer Logik folglich keine Vermischung und (afro-asiatische) Einwanderung geben, will sich Volk, Rasse und Nation nicht selbst zerstören. Nation, Vaterland, Volk und Rasse werden naturalisiert. Die völkische Neuordnung der Welt mit einem (wirtschaftlichen) Großraum Europa (Ethnopluralismus) ist die rechtsextreme imperiale Vision. D.h.: Rassentrennung und dichtmachen der Grenzen; schüren von Angst vor ,,Kulturüberfremdung" einer multikulturellen Gesellschaft.

Drittens: Der rechtsextreme Europa-Gedanke will die Spaltung Europas durch ein ,,Europa der Volksgemeinschaften" überwinden. Dies richtet sich mit einem wiedervereinten Gesamtdeutschland gegen die Supermächte und vor allem gegen die Sowjetunion, gegen Nato und Warschauer Pakt, wird antikapitalistisch und antikommunistisch begründet und setzt auf die eigene militärische und wirtschaftliche Stärke. Mit der Ideologie der ,,geographischen Mittellage" im ,,Herzen von Europa" wird Deutschland eine welthistorische Bestimmung und Mission zugeschrieben.

Viertens: Le Pen spricht von einem Europa der Krämer und Bürokraten, daß er durch ein Europa brüderlicher Staaten ablösen will, die ihre Identität wahren und sich nach außen verteidigen. Ein europäischer Patriotismus wird verlangt, ein Europa, das sich als unabhängig von der außereuropäischen Welt erweist (Lettre de JMLP, Nr. 42). Wirtschaftlich wird an einen Regionalismus gedacht, der die Wirtschaftsräume Europa, Asien und Nordamerika als Großräume — mit einem politischen und wirtschaftlichen Großraum Europa — kennt. Dabei ist die deutsch-französische Achse die Basis eines ,,befreiten Europas", als Weltmacht Europa mit europäischem ,,Ostraum".

Fünftens: Propagandistische Stereotype sind Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit bzw. -haß (Xenophobie) gegenüber Einwanderern, Flüchtlingen, Asylanten. Dabei versucht die extreme Rechte einen xenophoben Eurodiskurs, in dem regionale, nationale und völkische Egoismen in das ,,Gemeinsame Haus Europas" integriert werden. Fremdenfeindlichkeit ist die zentrale Klammer der ,,rassistischen Internationale". Die Erringung der kulturellen Hegemonie wird dabei als Voraussetzung für weitere Erfolge angesehen, ebenso das Aufbrechen von Blockaden gegenüber biologistischem Denken.

Als rechte Antwort auf den in seinen Auswirkungen widersprüchlichen gesellschaftlichen und sozialen Strukturwandel und ökonomischen Modernisierungsprozeß wird ,,**geistige Erneuerung**" gesetzt und populistisch zur ,,Rettung" aufgeladen.

Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß und Antisemitismus sind die rassistischen Denkfiguren, die einen neuen Eurochauvinismus speisen. 200 Jahre nach der französischen Revolution und 44 Jahre nach der Niederlage des Faschismus ist zu fürchten, daß die Europadiskussion durch die neue europäische Rechte erneut eine quasi ontologisierende Sichtweise ,,als Schicksal, Volk und geschichtliche Existenz" aufgezwungen bekommt. *

THORSTEN BROMMER

Das Beispiel Langen

In Frankfurt und Langen, einer 30.000-Einwohner-Stadt im Süden der Main-Metropole, waren die formalen Bedingungen erfüllt. Die Kandidaten der Liste ,,Ausländer raus/Nationale Sammlung'' standen fest, die Unterstützungsunterschriften für die Kommunalwahl am 12. März waren zusammen, als das Verbot und die Auflösung der ,,N.S.'' in der zweiten Februar-Woche zumindest vorübergehend dem Treiben der militanten Neonazis um ihre Galionsfigur Michael Kühnen ein Ende setzte.

Die Verbotsverfügung war bereits zwei Tage vor der Berliner Wahl erlassen worden. Da bis zu ihrer Umsetzung allerdings noch zwei Wochen vergingen, liegt die Vermutung nahe, daß der Entscheidung aus dem Hause Zimmermann auch parteipolitisches Kalkül zugrunde lag. Denn wie das Berliner Lehrstück zeigt, droht der CDU nicht zuletzt durch die Stimmenerosion am rechten Flügel der Machtverlust auch in der bundesdeutschen Finanzmetropole. Und für zwei Prozent wäre die ,,Nationale Sammlung'' nach Berlin sicherlich ,,gut'' gewesen. Anlaß zum Verbot der ,,N.S.'', die im Juli 1988 aus der Taufe gehoben worden war, hätte es bereits früher gegeben, was ebenfalls für die ,,Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei'' (FAP) gilt, die personell teilweise identisch mit der ,,Nationalen Sammlung'' ist. Andererseits muß klar sein, daß der organisierte und militante Rechtsextremismus nicht allein ein polizeiliches oder juristisches Problem darstellt. Selbst nach dem Verbot der ,,N.S.'' existieren weiterhin latente und offene Ausländerfeindlichkeit, rechtsradikale Weltbilder und Führerfixierung in der Bevölkerung. Und die Aktivisten um Michael Kühnen organisieren sich nun in einer ,,Initiative Volkswille''. Inhaltlich wird sich da nicht viel ändern. Hier bleibt die ,,Nationale Sammlung'' programmatischer Ausgangspunkt.

Die Programmatik der ,,N.S.''

Im Gegensatz zu den Republikanern, der NPD und der DVU bekennt sich die militante Rechte unverblümt zur direkten Nachfolge der NSDAP, ganz gleich, ob sie als ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten'' (1983 verboten) oder ,,Nationale Sammlung'' auftritt. Insofern überhaupt von Programmatik gesprochen werden kann, reduziert sie sich nach außen auf einen Punkt: Ausländerfeindlichkeit, die mal grobschlächtig, mal subtil, mal infam variiert wird.

,,Langen soll die erste ausländerfreie Stadt Deutschlands werden'' und ,,Ausländerhaß vermeiden — Ausländer raus'' sind die propagandistischen Klammern, mit denen die ,,N.S.'' von hinlänglich bekannten Ressentiments zu profitieren versuchte. In den Publikationen der ,,N.S.'' werden alle denkbaren Klischees aufgegriffen, selbst wenn sie noch so absurd und dumm erscheinen: Die ,,Asylflut'' komme, mit ihr ,,Rebellen und Revoluzzer, Drogen- und Mädchenhändler'', die den Deutschen alles raubten: ,,Brot, unsere Arbeitsplätze, unsere Frauen und unser ganzes Hab und Gut''.

Weder in diesen Formulierungen noch in der Forderung ,,Ausländer raus!'' konnte die Darmstädter Staatsanwaltschaft übrigens den Tatbestand der Volksverhetzung erkennen. Für Aktivisten der ,,Nationalen Sammlung'' sind ,,Mischehen Verbrechen an der deutschen Rasse''. Die ausländerfeindliche Suada wird garniert mit populistischen Themen, die an jedem Stammtisch zuhause sind und vom ,,fehlenden Friedensvertrag'' über die ,,Büßer-Rolle Deutschlands'' bis hin zu Korruption, Amtsmißbrauch und Sparsamkeit in der Verwaltung reichen.

Zielgruppe Aussiedler

Primäre Zielgruppe der ,,N.S.''-Wahlwerbung waren in Langen Aussiedler aus der DDR und anderen osteuropäischen Staaten. Die Hinweise auf Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel (,,Eine Schande, daß jeder Ausländer eher eine Sozialwohnung hat als diese deutschen Volkgenossen'') zeitigten prompt Erfolg. Zwischen 60 und 70 Prozent der 104 gesammelten Unterstützungsunterschriften für die Zulassung zur Kommunalwahl stammten, so die Schätzung einer Sozialarbeiterin im Langener Landesflüchtlingslager, von den dort wohnenden Aussiedlern.

Je stärker der Widerstand in Langen wurde — Arbeitskreise von LehrerInnen, ein Bürgerkomitee aus Deutschen und Ausländern bildeten sich, das Antifa-Komitee intensivierte seine Arbeit, alle Parteien im Stadtparlament verabschiedeten eine Erklärung gegen Neonazismus — desto moderatere Töne schlugen die Nazis an. Doch daß diese mit der Realität nichts zu tun haben, mußten ausländische MitbürgerInnen am eigenen Leib erfahren. So wurde ein eritreischer Jugendlicher von Neonazis mit Tränengas besprüht, ein italienisches und ein jugoslawisches Mädchen zusammengeschlagen, gegenüber deutschen und türkischen Jugendlichen fuchtelten Kühnen-Leute mit Pistolen rum. Dadurch gelang es einem Dutzend militanter Neonazis, ein Klima der Angst zu verbreiten. Sie treiben allerdings nicht erst seit ein paar Monaten in Langen ihr Unwesen. Bis 1982 reichen ihre Aktivitäten zurück. Von einschlägig bekannten Neonazis wurden in Langen Waffen- und Sprengstoffflager angelegt, permanent Klebe- und Sprühaktionen im Stadtgebiet veranstaltet, ein Raubüberfall durchgeführt.

Mit all diesen Aktionen ist auch in Zukunft zu rechnen. Und da auch die militante Rechte vor allem ein Gewaltpotential darstellt, das für Einwanderer und soziale Minderheit eine Bedrohung darstellen kann, gibt es keinen Anlaß, sie auf die leichte Schulter zu nehmen. *

SOVIETICUS

Moskau spaltet die deutsche Rechte!

Die Erfolgsaussichten der sowjetischen Reformer, die sich die titanische Aufgabe vorgenommen haben, die marode Basis einer fragilen zweiten Weltmacht zu modernisieren, sind nach wie vor ungewiß. Doch gleichsam im Vorübergehen und gewiß ohne böse Absicht haben sie es geschafft, westliche Konservative und Reaktionäre in tiefe Zweifel zu stürzen, und zudem noch die heimischen Politkabaretts zu bereichern.

Kein Zweifel — die Rechte (West) ist in zwei Lager gespalten. Es geht, jedenfalls vordergründig, um die Einschätzung von Mischa („Mann des Jahres" 1988) und der Veränderungen im Sowjetreich. Die eine Fraktion, die „Altgläubigen" (West), halten daran fest, was der Rechten lange teuer war: im Osten nichts Neues, weil das gar nicht geht. Michael Stürmer, FAZ-Kommentator und nebenbei Leiter der „Stiftung Wissenschaft und Politik" in Ebenhausen, gibt gern den Kammerton vor. Zwar erkennt der ehemalige Historiker einen inneren Wandel von „revolutionärer Dramatik", aber sonst tue sich nichts, weil die Sowjetunion „militärisch. . . in Europa nichts abbaut und das ‚neue Denken' das alte bleibt" (FAZ, 1.12.1988). Die tiefe analytische Kraft des Autors, dessen Institut die Bundesregierung sicherheitspolitisch berät, erhellt auch daraus, daß keine Woche später die ganze Trägheit der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik in New York erneut vorgeführt wurde: mit der geplanten Reduzierung der roten Streitkräfte um eine lächerliche halbe Million, das ist knapp mehr als die demographisch geplagte Bundeswehr noch gerade in die Stiefel bringt.

Ähnlich sieht das die bei dem weltläufigen Flügel der westlichen Sanso-Linken so beliebte *Neue Züricher Zeitung*, die dem Chef in Moskau zwar „vertrauenserweckende Kraft seiner Persönlichkeit" und „Dialogfähigkeit" attestiert, aber letztlich doch nicht zu übersehen vermag, daß dem positiven Vertreterimage als „negativer Kontrast das totalitäre System" gegenübersteht, „als dessen Exponent Gorbatschow agiert" (NZZ, 13.6.1988). Diese Darlegung verdient ein vielstimmiges *Bravo*, hat doch das Schweizer Weltblatt in „der Züricher Zeitung 209. Jahrgang" wie gewohnt und erwartet nicht davon abgelassen, die totalitären Umtriebe jenseits von Appenzell bedächtig abzukanzeln. Dabei entzieht es sich auch keineswegs der Aufgabe, neuerlich die rechte Sicht der Schweizer Neutralität zu verkünden, indem es uns wissen läßt, daß die „Teilverständigungen in der Rüstungskontrolle" oberhalb der Armbrust nicht „plötzlichem Wohlwollen Moskaus" zu danken sind (wer von den geneigten Lesern hätte das auch vermutet), sondern „die Frucht einer entschlossenen *sicherheitspolitischen Konfrontation* seitens Amerikas und der Nato" waren. Ein klares Wort, das erfreut, und es bringt dem Herrn Bühler nicht mal einen Nadis-Eintrag.

Die andere Fraktion, nennen wir sie die der „historischen Sieger", hat sich demgegenüber einer entgegengesetzten Sicht verschrieben. Ihr zufolge hat dem Kommunismus nun die letzte Glocke geläutet, sodaß wir endlich mit Moskauer Siegel wissen, wer im Systemwettbewerb den anderen vom Brett gespielt hat. Die Trennlinie der zwei Lager verläuft — hört, hört — mitten durch die gepflegten Spalten des Frankfurter Weltblatts. Mitherausgeber Johann Georg Reißmüller, ein gefürchteter K.u.K.-Spezi, der auf den Fährten des versunkenen Mitteleuropa immer wieder zwischen Triest, Belgrad und Prag wieselt und sich gelegentlich auf die düsteren Flure der Via delle botteghe oscure verirrt, wo der PCI auf der Suche nach der Zukunft dämmert, Johann Georg also wußte schon Mitte 1988, daß der „Kommunismus zerrinnt" (FAZ, 11.6.1988). Und zwar nicht nur im Land des Oktober: „Mit dem Kommunismus im östlichen Europa verfällt auch der im westlichen." Und ganz global: „Überall auf der Welt neigt sich die Zeit des Kommunismus. . . dem Ende zu."

Diese Vorstellung begeistert die Fraktion der „historischen Sieger" so sehr, daß sie sie in der Jahres-Chronik der Silvesterausgabe wieder gemein machten. Das „wichtigste Ereignis des Jahres 1988" war, oh Leser, das „manifeste Eingeständnis Gorbatschows und anderer kommunistischer Führer, daß der Kommunismus als Wirtschaftssystem . . . versagt". Denn: „Die östlichen Volkswirtschaften sind bankrott. Mehr noch: daß der Kommunismus auch politisch gescheitert ist." Vorhang.

Doch halt. Selbst ein auf den Hund gekommener „Kommunismus" hat noch seinen Nutzen. Hat man Jahrzehnte auf die Farbsättigung eines stabilen Antikommunismus verwandt („alle Wege führen nach Moskau"), so wird man ihn auch im Niedergang nicht leichtfertig aus der Hand geben. Es hat sich gezeigt, daß die „Perestroika" ein brauchbarer Schlagmichtot für allerlei Schlenker und Ränke auf der Bonner Bühne ist. Dort selbst erscheinen Markt und Rechtsstaat, und auch das neue Denken drängelt am Diensteingang. Das Personal ist bekannt, die Themen wechseln (Bedeutung fehlt).

So wird über die Verlängerung des westdeutschen Wehrdienstes gehandelt, ein kreuzlangweiliges Stück, dem Absetzung wegen mangelnder Aktualität droht (siehe oben). Da erreicht eine soufflierende Stimme aus dem Wildbad Kreuth das Bundestheater: eine Verlängerung des Wehrdienstes gerade jetzt sei nach Ost und West das „richtige Signal". So wird's beschlossen. Das hat Klasse! Wo die Regionalkonflikte scheinbar verglimmen und die Rüstungen sich etwas lichten, da zeigt die Wehrmacht Schneid, und das nicht nur im tiefgezogenen Kampfangriff auf friesische Flecken.

Oder die SPD, die den Moskauern Umbauern doch die neue Weltsicht liefert. Die Genossen kabbeln sich über ein neues Grundsatzprogramm — ein Vorgang von fast sympathischer Belanglosigkeit. Doch gibt's da eine orthodoxe Fronde um den bärtigen Peter aus Hannover, die was von Staat und Planung daherredet. Dem Gernekanzler Oskar aus Saarbrücken fällt da ebenso recht wie vernichtend ein: die ganze Welt, Warschau und Budapest, Moskau und Beijing, hört auf zu planen, und ein paar Vogelscheuchen der deutschen Sozialdemokratie haben die Kurve nicht gekriegt. (Was den Lafontaine tatsächlich noch mehr stört: der Oertzen, der Hungerleider, hält sich keinen Koch).

Das Stück hat zahlreiche Akte, Fortsetzungen sind garantiert. Ach wenn doch nur 1989 so spannend wird wie das Vorjahr, wenn die Perestrojka sich voranquält und doch nichts dabei herauskommt, dann ist uns daheim mancherlei Kurzweil sicher. *

ERWIN RITTMEYER

6000 Morde und kein Ende

Sri Lanka sorgt immer wieder für Schlagzeilen in der Weltpresse und es sind Katastrophenmeldungen, die in letzter Zeit dominieren. Es besteht durchaus Veranlassung zu ernster Besorgnis; es ist aber fraglich, ob man im Ausland ausreichend über die tatsächliche Entwicklung informiert ist, zumal das ceylonesische Informationsministerium recht zurückhaltend agiert.

In der Regierungszeit der national orientierten ,,SRI LANKA FREEDOM PARTY" (SLFP) — zuletzt von 1970—77, gab es Korruption, Amtsvergehen, Hungersnöte mit katastrophalen Engpässen und eine verhängnisvolle Minderheitenpolitik gegenüber den Tamilen.

Das gab es auch mit anderen Akzenten von 1977 bis 1988 während der Regierung der ,,UNITED NATIONAL PARTY" (UNP) unter Präsident JR Jayawardene, der unter großen Schwierigkeiten seine Partei zu einer liberalen Formation etwa japanischen Zuschnitts weiterentwickelte mit dem Resultat vieler beschäftigungsrelevanter Entwicklungshilfeprojekte, der Elektrifizierung im großen Umfange, der Beseitigung der Hungersnöte, wobei es immer noch 7.Mio. Unterernährte gibt, und diverser Sozialmaßnahmen wie — auf der Basis eines sehr sozialen Mietkaufsystems — Steinhäuser, Fischerboote, Kleinstunternehmen und anderes für die Armen. Es gab aber nie eine hinreichend ausformulierte Jugend- und Ausbildungspolitik, die zu sozialen Verhaltensweisen mit Demokratieverständnis befähigt, und eine sehr gravierende Jugendarbeitslosigkeit. Besonders notleidend sind nach wie vor die Küstengebiete, wo durch Fischfang etwa 5 Monate lang Einkommenssicherung erzielt werden kann und 7 Monate Not herrscht: mit Alkoholismus, Kriminalität, Brutalität und zielloser Aggressivität bei der Mehrheit der recht jungen Bevölkerung. Es verwundert daher nicht, daß die Terroristen gerade in diesen Küstengebieten besonders stark vertreten sind und diese halbzivilisierten desillusionierten Menschen leicht aktivieren.

1971, 1977 und jetzt im Dezember 1988 ist es die singhalesische ,,Peoples Liberation Front" (JVP) mit ihrem militärischen Flügel ,,Patriotic Peoples Army" (DJV), die mit besonders verwerflichen Methoden sich anschickt, zur Macht zu greifen, mit Methoden, die hier etwas ausführlicher beschrieben werden sollen, da diese ,,Policy by Force" deutlich werden läßt, womit im Falle der Machtübernahme zu rechnen ist: mit kalkulierten Massenmorden und Unterentwicklung nach dem Vorbild Pol Pots.

Die JVP/DJV arbeitet mit — hauptsächlich — schriftlichen Todesdrohungen, die häufig auf besonders grausame Weise in den Wohnhäusern der Betroffenen versteckt werden: die ,,Verurteilten" werden entweder erschossen oder/und zu Tode gehackt oder erstochen, wenn sie die ,,revolutionären Anordnungen" per illegalen Aushang oder Brief nicht akzeptieren oder nicht ausreichend erfüllen. 6.000 Opfer in eineinhalb Jahren und kein Ende?

Es werden Streiks verfügt und Behördenschließungen etc. angeordnet, indem Leitern von Institutionen und Gewerkschaften direkte Todesdrohungen zugehen.

In letzter Zeit werden besonders das Post-, Transport- und Elektrizitätssystem gestört und teilweise mit Waffen direkt angegriffen, um das Funktionieren des Staatsapparates und der privaten Unternehmen zu beeinträchtigen bzw. zu verhindern.

Die Terroristen verlangen, daß jegliche politische und gewerkschaftliche Arbeit eingestellt wird. Politische Aktivisten der liberalen ,,UNP" und der linkssozialistisch-kommunistischen Alliance ,,USA" werden besonders grausam liquidiert, weil die Nationalisten sie für ,,Landesverräter" halten, da sie sich zum LANKA/INDIA-Peaceaccord bekennen, der erstmals im Wege der Dezentralisierung durch ,,province councils" nach Schweizer Vorbild autonome Rechte für die bisher offensichtlich benachteiligten Tamilen bringt. Daß dieser Accord von nahezu allen relevanten Staaten anerkannt und begrüßt wurde, interessiert diese Herrschaften überhaupt nicht, daß der Konflikt auch mit den Indern gesucht wird.

Zu den Wahlen am 19.12.88 hat man sich etwas besonderes einfallen lassen: es werden schriftliche Todesdrohungen an viele Privatwohnungen zugestellt, nicht zu wählen. Wahlversammlungen der Parteien wurden mit illegalen Ausgangssperren, bewaffneten Überfällen und Bomben behindert. Die sozialdemokratische ,,SLMP" hatte besonders darunter zu leiden: in vier öffentliche Wahlversammlungen wurde hineingeschossen und durch Wurfbomben wurden Parteiaktivisten der ,,USA" und Zuschauer liquidiert. Grund für diese besonders verwerflichen Aktionen: der SLMP-Präsidentschaftskandidat hatte zutreffend diese Bewegung als faschistisch und massenfeindlich bezeichnet und sieht es als sein oberstes Ziel an, diese Menschenverächter zu bekämpfen.

Diese Aktionen sind teuflisch, kurzfristig leider erfolgreich in einigen Gebieten, wo das öffentliche Leben zeitweise lahmgelegt ist —, aber selbst die arme Bevölkerung in den Dörfern ist nicht mehr bereit, diese kriminelle Politik zu unterstützen. Falls hinreichend Sicherheitskräfte gegen diese Mörder eingesetzt werden, sind sie erfahrungsgemäß bereit, die erforderlichen Informationen zu geben.

Aber die Sicherheitskräfte sind nicht nur schlecht auf den teilweise recht intelligent inszenierten Terror vorbereitet; sie sind auch erschreckend unflexibel. So waren tatsächlich zwischen dem 6. und 23.11 in den Dörfern keine Polizisten zu sehen und die Terroristen konnten ungehindert agieren, viele Menschen einschüchtern und ermorden. Es kam niemand, um ihnen zu helfen. Securityminister Lalith Athulathmudali sagte am 4.12. in einem ,,ISLAND"-Interview, daß zur Zeit landesweit 27.000 Polizisten und eine Polizeireserve von 15.000 zur Verfügung stünden, weiter 60.000 Armeesoldaten, Luft- und Seestreitkräfte etwa 8.000, was nicht gerade für einen Polizeistaat spricht und eher recht wenig ist, um überall den dringend erforderlichen Streifendienst zu gewährleisten, der praktisch fast überhaupt nicht existiert. Wie sollen sich die Menschen gegen die Todesdrohungen und nächtlichen Morde in ihren Häusern wehren?

AMNESTY INTERNATIONAL hat zurecht die Verletzung der Menschenrechte in einer Presseerklärung kritisiert, weil die Notstandsgesetze dem einfachen Polizeibeamten mit oft zweifelhafter Qualifikation zuviele Executivrechte einräumen, die nur teilweise mit den schwierigen Aktionen in großräumigen schwer zugänglichen ländlichen Gegenden erklärt werden können.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum sich in letzter Zeit Gegenkräfte organisieren, um diesen Individualterror zu bekämpfen. So hat die ,,Peoples Revolutionary Red Army" (PRA) offensichtlich nur die Aufgabe, Todeskommandos der DJV zu liquidieren. Die ,,PRA" rekrutiert sich aus Mitgliedern und Sympathisanten der ,,USA" und einer Sektion der trotzkristischen IV. Internationale, die in einigen Gegenden diesen Terror offenbar etwas reduzieren konnte. Eine andere Organisation kommt aus dem bürgerlichen Spektrum mit derselben Aufgabe. Sind aber solche Privatarmeen bei allem Verständnis für die besondere Situation der hilflosen Menschen hier im Lande vertretbar? Ich denke, das sehr schnell alles getan werden sollte — konzeptionell, logistisch und finanziell —, um diese faschistische Gefahr zu bannen und einen positiven Entwicklungsweg einzuleiten, mit mehr Liberalismus, sozialer Verantwortung und Sensibilität für die besonderen Probleme der desillusionierten jungen Leute. *

NORBERT NEUMANN

„Mafia Business“

Die linke Diskussion über die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes („links“ Nr. 222) und die damit verbundenen politischen und kulturellen Perspektiven vergißt oft die „Schattenseiten“ der Ökonomie, das heißt illegale Sektoren und Märkte innerhalb der Ökonomien einzelner europäischer Länder, die sich der öffentlichen Kontrolle weitgehend entziehen und demokratische Strukturen gefährden. Was damit gemeint ist, soll der folgende Blick auf die italienische Situation und die dortige Diskussion verdeutlichen.

Innerhalb der nicht-italienischen Linken überwiegen noch sehr stark Bilder von der traditionellen Mafia mit ihrem seltsamen Kult der Ehre und ihren Tötungspraktiken (die durch die Medien verbreitet worden sind). Sie wird als eine rein italienische bzw. süditalienische Erscheinung begriffen und mit der Stadt Palermo identifiziert. Die Mafiosi operieren demnach in den klientelaren Strukturen des Südens und sind Teil eines klar regionalisierten Problems der Unterentwicklung eines peripheren und überwiegend agrarischen Raums. Diese Vorstellungen werden in Italien seit Mitte der siebziger Jahre von verschiedenen demokratischen und linken Kräften kritisiert, die die Verwandlung der Mafia, Camorra und 'ndrangheta zu bedeutenden und mächtigen Wirtschaftskräften registriert und analysiert haben. Diese treten als organisatorische Kräfte in bestimmten Sektoren der Ökonomie auf und besetzen weite Teile der staatlichen Apparate in den süditalienischen Zentren und somit die Arbeitsplatz- und Auftragsvergabe, wodurch sie die Lebensbedingungen weiter Bevölkerungsteile bestimmen. Aber spektakulär in ihrer Entwicklung ist die Errichtung einer Drogenökonomie, insofern diese im Unterschied zu anderen wirtschaftlichen Sektoren, in denen mafiose Organisationen agieren (Bausektor, Tourismus, Immobilienspekulation, Modernisierung der Landwirtschaft im Rahmen der EG), eigene Gesetze der Produktion, des Marktes und der Lösung der Konflikte hat. Katalysator der Errichtung dieser Drogenökonomie waren in Italien die keynesianischen Staatsausgaben für die industriell nicht entwickelten Gebiete des **Mezzogiorno**. Teile der traditionellen Mafia fingen an, sich zu modernisieren, indem sie sich Zugang zu Schlüsselpositionen im sizilianischen Bankennetz verschafften oder neue Banken gründeten und die Verwendung der öffentlichen Gelder aus Rom kontrollierten. Durch eine geschickte Kreditpolitik begannen sie, in den weltweiten Drogenmarkt einzusteigen und eroberten bereits Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre Vormachtstellungen im Weltmarkt für Drogen.

Illegale Ökonomie

Dieser während der siebziger Jahren in den westlichen Industrieländern entstandene **Massenmarkt** hat eine internationale Teilung krimineller Arbeit (für Gewaltanwendung, Entführung, Erpressung) und illegaler Aktivitäten (vom Handel bis zur Geldwäscherei und Reinvestition der Gelder) hervorgerufen, die sich über den gesamten Globus erstreckt. Auf diese Weise hat ein Teil der italienischen Wirtschaft Eingang in die sogenannte **illegale Weltökonomie** gefunden (1981 liefen nach UNO-Schätzungen etwa 50 Prozent des weltweiten Heroinhandels über Italien). Gleichzeitig spezialisierten sich weitere „kriminelle Netze“ auf den illegalen, das heißt staatliche Kontrollgesetze umgehenden, weltweiten Kauf und Verkauf von Waffen, auf illegalen Menschen-

Ganze Regionen sind unter Kontrolle der Mafia. Warum machen wir es nicht wie die Palästinenser? Rufen wir zuerst die italienische Republik aus und dann wird das Territorium schon kommen.

schmuggel und auf internationale Prostitution.

Wenn man die Überkreuzungen und Vernetzungen dieser Märkte in organisatorischer Hinsicht (,,die organisierte Kriminalität'') oder in bezug auf die Finanztransfers und Investitionen in Betracht zieht, zeichnen sich die Umrisse einer illegalen Ökonomie ab. Bezeichnend für diese Art der Ökonomie ist ein Akkumulationstyp, der eine größtmögliche finanzielle Kontrolle mit flexiblen und austauschbaren Produktions- und Konsumtionseinheiten international organisiert. In bezug auf die Heroinökonomie wird das Rohprodukt beispielsweise im ,,Goldenen Dreieck'' von Kleinbauern erzeugt, danach in einem Labor in der Gegend von Palermo mit der Hilfe von Chemikern raffiniert und auf dem amerikanischen Markt verkauft. Die Rekonstruktion solcher Zusammenhänge gelang in Italien vor allem durch eine Reihe von Gerichtsprozessen, unter denen der im Dezember 1987 zu Ende gegangene ,,Maxiprocesso'' (ein Mammutprozeß von zwei Jahren Dauer) mit dem Mafia-Kronzeugen Buscetta der bisher bedeutendste gewesen ist. Diese Strafprozesse, eine Reihe von Skandalen sowie staatliche Ermittlungen brachten auch ans Licht, daß die norditalienische Finanzmetropole Mailand zu einer (heimlichen) Hauptstadt illegaler Gelder (der **narcolire**) geworden ist, die dort reingewaschen und in internationale Finanzkreisläufe eingespeist werden. So hat sich, wie der bekannte italienische Soziologe und Mafia-Experte **Pino Arlacchi** formuliert, mittlerweile eine ,,kriminelle Gesellschaft mit ihren Freunden'' gebildet, die aus einer Schicht von Aufsteigern besteht, die durch illegale Akkumulation schnell reich geworden ist. Er will damit weiter auf einen kapillaren Prozeß der Vernetzung illegaler und legaler Kräfte innerhalb des ökonomischen und gesellschaftlichen Systems Italiens hinweisen. Anhaltspunkte hierfür lieferten in Italien die Fälle zweier bedeutender Bankiers wie Michele Sindona und Roberto Calvi, die auf nationaler und internationaler Ebene die Geldwäscherei, d.h. den Transfer illegaler Gelder auf den kaum von nationaler Regierungsseite her zu kontrollierenden Eurodollarmarkt organisierten, indem sie ein ausgeklügeltes legales Finanznetzwerk errichteten (beide sind inzwischen tot).

Firma Mafia

Ein zweiter Typ von mafiosem Unternehmertum hat vor allem die sog. **Neue organisierte Camorra** in Neapel entwickelt. Sie investiert ihr ,,hot money'' über Strohmänner in den tertiären Sektor der Region. Sie hat ein Bankmodell entwickelt und gibt zinslose Darlehen für die Errichtung von lokalen Sendeanstalten, Restaurants, Diskotheken, Läden usw. Ihr Reichtum basiert u.a. auf dem sozialen Elend tausender **muschilli**, ,,kleiner Fliegen'' genannter Kinder, die Drogen im ,,Einzelhandel'' verkaufen, die ihre Eltern im Großhandel erwerben. Diese Unterschichten sind ein Teil der Rauschgiftindustrie, die alleine in der Region von Neapel mehr als 2 Milliarden DM im Jahr umsetzt. Diese Gelder stellen einen Liquiditätsfond und einen derartig schnellen Reichtum dar, daß die Kriminellen innerhalb der Camorra immer stärker die Hilfe von Maklern und Brokern beanspruchen, um ihren Besitz zu verwalten.

Staat und kriminelle Gesellschaft

Nach Schätzungen von Gino Martinoli betrug der Wert der illegalen Ökonomie allein in Italien für den Zeitraum von 1982 bis 1984 zwischen 150 und 200 Milliarden DM und verteilt sich auf eine ,,kriminelle'' Bevölkerung von einer halben bis eine Million Personen. (G. Martinoli, Dimensioni economiche dell' illecito in Italia, ind: Censis 4, 1985). Die Folgen dieses ,,Wirtschaftswunders'' der achtziger Jahre sind für die zivile Gesellschaft Italiens entsetzlich: im Süden bestimmen innermafiose Kriege um Marktanteile und territoriale Kontrolle, Entführungen von Personen zum Zweck der Erpressung von Geldern (allein 28 Millionen DM erhielt die Mafia nach der Aussage des Präsidenten des Apothekerverbandes durch die Entführung von 18 Apothekern in den letzten Jahren, **il manifesto** 15.11.88), die Ermordung von Richtern, Staatsanwälten und linken Gegnern das politische Geschehen und die Berichterstattungen. Eine Politik der Betonierung der Meeresküsten und der Drogenkonsum mit den schlimmen Folgen für Jugendliche sind weitere große Probleme. Andererseits entstehen auch Möglichkeiten zur schnellen Bereicherung, die arbeitslose Jugendliche, Studenten und Teile der Mittelklasse (u.a Rechtsanwälte, Verwaltungsangstellte) nutzen. Dazu kommt der immer stärker werdende Einfluß der mafiosen Lobby innerhalb der Staatsapparate selbst.

Nichts macht die erfolgreiche Umwandlung mafioser Organisationen in kriminelle Netzwerke deutlicher als die Zusammensetzung des 1988 zur staatlichen Bekämpfung der Mafia gebildeten Hochkommissariats unter der Leitung von Domenico Sica. Hier arbeiten Kriminologen zusammen mit Steuerfahndern, Volkswirtschaftlern, Bankexperten, Statistikern, Chemikern und Dialektforschern. Trotzdem konstatieren regierungskritische Mafia-Experten, daß staatliche Stellen wenig Initiative zeigen, die Strukturen der illegalen Ökonomie mit ihren Verzweigungen im politischen System zu erforschen, um konkrete Maßnahmen einzuleiten (etwa **Amato Lamberti** in der Zeitschrift **Osservatorio sulla camorra**, für die er zwischen 1987 und 1988 den Rauschgiftmarkt in Neapel untersuchte). Lieber führen namhafte Politiker eine Diskussion über den ,,Drogen-Notstand'' und warnen vor einem Italien mit ,,südamerikanischen Charakteristiken'' (wie der sozialistische Parteisekretär Ministerpräsident Craxi, CdS v. 25.10.88)

Die Entwicklung der ,,unternehmerischen Mafia'' (P. Arlacchi) hat nach der Ermordung des Generals Dalla Chiesa (in Palermo im September 1982) zur Verabschiedung eines Gesetzes im italienischen Parlament geführt, das u.a. die Beschlagnahme und Einziehung krimineller Vermögen vorsieht. Es handelt sich um das Anti-Mafia-Gesetz Rononi-La Torre (benannt nach dem sizilianischen Kopf des PCI-Mitglieds und Abgeordneten Pio La Torre, der 1982 in Palermo von der Mafia ermordet wurde), das innovativste Gesetz gegen die organisierte Kriminalität, das bisher in einem westlichen Land verabschiedet worden ist. Dasselbe Gesetz ist mittlerweile von der UNO angenommen und u.a. in die Gesetzgebung von Ländern wie Kanada, Australien, England eingegangen. (In der BRD wird zur Zeit ein ähnliches Gesetzesvorhaben nach einem Vorschlag des CDU-Bundestagsabgeordneten Gerster diskutiert.) Teile der Anti-Mafia-Bewegung hingegen glauben, daß der gegenwärtige italienische Staat aus sich heraus unfähig ist, die geeigneten Mittel zur Bekämpfung der Mafia zu entwickeln. Einerseits wird die **Guardia di Finanza** , die staatliche Zollbehörde, zur Ermittlung krimineller Vermögen oder Finanzkreisläufe (vor allem im Norden) nicht mehr in notwendigem Umfang eingesetzt und somit das Gesetz ,,La Torre'' kaum noch angewandt (hingegen wurden von 1983 bis 86 umgerechnet über 1,5 Milliarden DM beschlagnahmt). Andererseits zeigen die gegenwärtigen Regierungen die Tendenz, immer stärker Sicherheitsorgane und die Geheimdienste in die Bempfung der Mafia einzubeziehen (etwa beim Hochkommissariat Sica). Viele Regierungskritiker sehen hier eine heikle Zusammenballung staatlicher Macht und das Paradox, daß gerade diejenigen Spitzen zum Kampf gegen die illegale Ökonomie eingesetzt werden, die selbst unter der Anklage stehen, von Werten und Personen der illegalen Gesellschaft durchsetzt zu sein. Ein Teil der italienischen Linken zieht Vergleiche zu dem Londonderry der IRA und dem Baskenland, um den Charakter einer parallelen Macht und Herrschaft zu verdeutlichen und schreibt, angesichts der Mafia ,,von einer Gefahr (für die demokratischen Institutionen) zu sprechen, zeuge von einem gigantischen Euphemismus'' (so die Redaktion der den Sozialisten — **PSI** — und reformerischen Linken nahestehenden Zeitschrift **MicroMega** in ihrer neuesten Nummer 4/ 1988). Andere wiederum meinen, nichts sei unkluger als die vor allem in den italienischen Medien breitgetretene These zu vertreten, es handele sich um eine Gegenökonomie und einen ,,kriminellen Gegenstaat'' oder eine ,,unsichtbare Macht'', da die Gerichtsprozesse und Ermittlungen der letzten Jahre deutlich gezeigt hätten, daß die **Verbindungen** zu den legalen Teilen der Ökonomie bzw. der Gesellschaft und der Politik entscheidend für die Weiterentwicklung der illegalen Ökonomie sind und deshalb den Ansatzpunkt darstellen, diese Prozesse wirksam zu bekämpfen. *

PETRA BONAVITA-LINDLOFF

Frauen gegen die Mafia

Die Mafia macht immer wieder von sich reden. Palermo lebt in ständiger Alarmbereitschaft, in einem Wartezustand auf die nächsten Anschläge der absolut nicht mehr „ehrenwerten Gesellschaft". 1200 Tote schreiben Mafia, Camorra und n'drangheta 1988 auf ihr Konto — darunter sind 700 Mafiosi. Über die Wirksamkeit des Anti-Mafia-Kampfes wird gestritten und debattiert. Wirkliche Gegenwehr leisten nur wenige, auf keinen Fall der italienische Staat. Er reagiert meist zu spät und wenig effektiv. Dabei hat sich der „spirito mafioso" längst vom regionalen Phänomen zu einer internationalen Erscheinung verbreitet.

Aktiv sind in den letzten Jahren die sizilianischen Frauen geworden, obwohl der sizilianischen Frau doch eher die passive Rolle zugesprochen wird — so will es die Tradition und die patriarchale Gesellschaftsstruktur. Sie ist zwar oft „Herr im Hause", die Öffentlichkeit jedoch ist Domäne des Mannes; Frauen, die in die Politik gehen, sind eher verpönt.

Seit 1983 gibt es das Komitee „Associazione Donne Siciliane per la Lotta contro la Mafia" (Vereinigung sizilianischer Frauen im Kampf gegen die Mafia), die wirkungsvollste Gegenöffentlichkeit der letzten Jahre neben dem institutionellen Anti-Mafia-Kampf. Die Frauen organisieren Rechtsanwälte, machen Geldsammlungen, Aufklärungsarbeit an Schulen, beweisen Solidarität. . . Sie treten in Prozessen als Nebenklägerinnen auf bzw. helfen den Frauen von Mafia-Opfern, die diesen Schritt wagen.

Anfang der achtziger Jahre, als zwischen 1982 und 1983 allein in Palermo die Berichte über 500 Opfer der Mafia die Zeitungsseiten füllten, haben Frauen mit offenen Briefen an den Staatspräsidenten, an Minister ihre Wut rausgelassen. Wütend darüber, daß ihre Männer und Söhne als Staatsanwälte, Untersuchungsrichter, Carabinieri vom italienischen Staat verheizt, in einen ungleichen Kampf geschickt werden. Und wütend darüber, mit ansehen zu müssen, wie jeder Tote zwar eine Flut von Beileidsbekundungen hervorbringt, aber keine wirkungsvollen Gegenmaßnahmen. Im Komitee sind Frauen, von denen einige es aufgrund ihres gesellschaftlichen Status durchaus nicht nötig hätten, sich auf die Straße zu begeben, sich zu wehren und einer Gefahr auszusetzen, die immerhin ihren Männern den Tod gebracht hat. Denn die Mafia kann erschießen wann, wie und wen sie will. Daher ist dieser Schritt der sizilianischen Frauen, an die Öffentlichkeit zu gehen, um so mutiger. Sie brechen mit der strengen Tradition, daß die Sizilianerin nur für die häuslichen Angelegenheiten zuständig ist — für Kinder, Küche, Kirche. Eine Tradition, die auch noch heute auf dem Land volle Gültigkeit besitzt. Die Gründung des Komitees in Palermo ist ein erster Schritt. Die Anonymität und Offenheit der Großstadt helfen dabei.

Der ungeschriebene Ehrenkodex hat Frauen bisher immer ausgeschlossen aus der mafiosen Gesellschaft: Wer als Mann sich der „Ehrenwerten Gesellschaft" zurechnen wollte, mußte geordnete Familienverhältnisse vorweisen, eine Scheidung oder Trennung von der Frau, eine Schwester, die einem bestimmten Gewerbe nachginge, wären hinderlich gewesen. Die Frau wurde weder in mafiose Geschäfte noch in Auseinandersetzungen einbezogen. In Sizilien, wo die Frau und Mutter in die Nähe der Mutter Maria gerückt wird, ist sie heilig — ihre Ehre ist zu verteidigen. Frauen stehen außerhalb der Männergesellschaft.

Wie die Mafia auf das Engagement der Frauen reagiert, ist noch offen. Die sizilianischen Frauen beziehen dies als Kalkül und als Hoffnung — ob bewußt oder unbewußt — in ihre Aktivitäten mit ein. Ihre ersten Erfahrungen sind, daß sie verächtlich gemacht, denunziert, bedroht, allein gelassen werden. Sind die Familienbeziehungen auch noch so stark: „La Mafia ha sempre rotto le scatole ai cristiani" (Die Mafia hat nie die guten Menschen in Ruhe gelassen), sagt Felicia Bartolotta Impastato in einem Interview. Sie hat die Mörder ihres Sohnes (der

Versammlung der Frauenvereinigung gegen die Mafia

WIDER★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

POLITISCHE BILDUNG (Heft 29)
Hafeneger: Zwei Jahre nach der „Wende". Jugendpolitik in Hessen ● *Hurrle/Nejedlo:* Live im Seminar. Das Thema „Neue Medien" in der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit an der DGB-Bundesschule Hattingen ● *AG-Proper:* Zur Aktualität des Kopflangers. Vom Unsinn sich zwischen unpolitischer Bildung und ungebildeter Politik zu entscheiden ● *Gruschka:* Kritische Theorie und Pädagogik. Eine Begegnung und ihre Folgen ● *Ahlheim:* Das Recht älterer Erwachsener auf Bildung und das Elend mancher Pädagogik ● *Geiger:* Auf der Suche nach dem Ich. Ansätze einer feministischen Subjekttheorie ● *AG-Proper:* Denkmale. Zur Kritik des schlauen Realismus in der Bildungsarbeit ● *Schrader:* Jugend im Wandel
96 Seiten, DM 14,—

SOZIALE ARBEIT — (Heft 28)
AkteurInnen und Instanzen
Kunstreich: Umbau statt Ausbau. Die Zukunft der Sozialarbeit beginnt heute ● *Sorg:* Soziale Arbeit und Erziehung in einer gesellschaftlichen Umbruchperiode ● *Simmel-Joachim:* Frauen in der Sozialen Arbeit — eine Mehrheit als Minderheit ● *Kunstreich/Peters:* Die „heimlichen" Adressaten der Sozialarbeit. Ansatzpunkte zur Rückgewinnung des Politischen ● *Heinemann:* Ambulant betreutes Einzelwohnen. Mehr als nur ein Modell? ● *Peters:* Das mit der Weiterbildung ist so eine Sache. . . ● *Plum:* Wohnungslosigkeit in Hamburg und die Ambulantisierung des institutionellen Hilfesystems ● *Pirella:* Der Auftrag des Experten und die Frage seiner Bewertung. Aus der italienischen Psychiatriedebatte ● *Franck:* Anmerkungen zu „ökosozialistischer" Bildungspolitik.
108 Seiten, DM 14,—

BILDUNG LEBENSLÄNGLICH (Heft 27)
Strohmeier/Wölbert: Widersprüche gegenwärtiger Weiterbildung. Ein Klärungsversuch ● *Geißler:* Ökonomisierung der Subjektivität und planvolle Bewirtschaftung des Menschen. Die Weiterbildungsoffensive ● *Famulla/Witthaus:* Neue Berufe, Qualifikationen und Methoden. Zur Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe ● *Ciupke:* Das Allgemeine, das Ganze und die Bildung. Ein Rezensionsessay ● *Gamm:* Die Neufassung des Bildungsbegriffs und ihre Bedeutung für die pädagogische Praxis.
92 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen den ersten Jahrgang (Hefte 1—5) oder zwei Hefte Ihrer Wahl
Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

politisch für die Democrazia proletaria kandidierte und gegen die Mafia arbeitete) angeklagt, um ihren zweiten Sohn zu schützen, der diesen Schritt an ihrer Stelle getan hätte. Ihr Leben für sein Leben.

„In der Verpflichtung gegenüber ihren Kindern" hat Pierra Lo Verso ihre Entscheidung getroffen und vor Gericht ausgesagt. Ihr Metzgereigeschäft mußte sie anschließend zumachen; ihre Familie distanzierte sich von ihr; staatliche Unterstützung erhält sie keine. Ihr Mann ist bei einem Clan-Krieg ermordet worden und für die Justiz damit kein Mafia-Opfer. Sie kann seine Unschuld nicht beweisen. Aus Geldmangel sind ihre Söhne zu Drogenkurieren geworden, und da sie Anfänger waren — verhaftet worden.

Maria Benigno hat die Mörder ihres Mannes und ihres Bruders erkannt und angeklagt. Der Prozeß zog sich über Jahre hin, man versuchte, sie für verrückt zu erklären. Einer der Mörder wird schließlich mangels Beweisen freigesprochen, der andere erhält Zuchthaus. Auf die Frage, ob sie Angst vor dem Tod hat, sagt sie: „Ich bin sicher, daß der Mörder mich in ein paar Jahren an der Haustür abfangen wird." Nein, sie hat keine Angst. „Der Tod dauert nur einen Augenblick."

Sich mit der Mafia einzulassen, ist lebensgefährlich. Die Polizeisirenen in Palermo werden auch bei nichtigen Anlässen angeschaltet, um der Bevölkerung zu zeigen, wir sind aktiv — als psychologisches Moment, sagt man in Sizilien.

▶ Neue Frauenrolle ◀

Immer wieder muß man den alten Ehrenkodex der Mafia den neuen Entwicklungen gegenüberstellen: die Traditionen sind am Bröckeln. Heute sind auch die Frauen in den Dunstkreis der Mafiosi miteinbezogen, indem sie z.B. ihren Namen hergeben für die mafiosen Geschäfte ihrer Männer oder indem sie sich gegen den „spirito mafioso" engagieren. Diese neue Rolle der sizilianischen Frau wird heftig diskutiert: con e contra la Mafia (mit und gegen die Mafia).

Frauen und sogar 12- bis 13jährige Kinder arbeiten immer häufiger für mafiose Geschäftsleute, denn wie bekannt stellen Mafia und Camorra in Palermo und Neapel Hunderttausende von „Arbeitsplätzen" zur Verfügung. Mit dem Erwerb der Namen von Firmen unbescholtener Bürger wird versucht, schmutziges Geld (Drogengeld) in sauberes zu waschen. Als Drogenkuriere werden Frauen und Kinder gewonnen. Die Blauäugigkeit der Frauen, die vor Gericht ihren Herointransport als Waschmittel oder Körperpuder deklarieren, dient mehr dem eigenen Schutz und ist kaum noch auf Unkenntnis zurückzuführen. Wer 15 Millionen Lire für einen Herointransport in die Vereinigten Staaten kassiert, wird um den illegalen Warentransport wissen. Nur Wissen war in Sizilien schon immer gefährlich. Die Omertà ist das heftigste Druckmittel der Mafia. Diese Verschwiegenheit wird immer häufiger durchbrochen, unter anderem von Frauen bzw. Müttern, die ihr Engagement auf die Straße tragen. Mit dem Heroin, das die Mafia nicht nur ins Ausland exportierte, sondern auch vor der eigenen Haustür vertreibt, hat sie sich wohl auf die härteste Konfrontation eingelassen — mit der sizilianischen Familie. Und warum sind es eigentlich die Frauen und nicht die Männer, die sich engagieren?

Dazu bedarf es einiger Erklärungen, zur Rollenaufteilung von Mann und Frau in der Geschichte und Kultur Siziliens und des Mezzogiornos. Der Mann repräsentiert die Familie — nach außen —, sein Bereich ist die Piazza, Café oder Bar, die Politik, der Erwerb des Lebensunterhalts. Die Frau gehört ins Haus, ist für die Erziehung der Kinder zuständig, für den Erhalt von Traditionen und kulturellen Werten verantwortlich. Dieses duale System ist auch heute im groben noch präsent. Familienangelegenheiten werden von der Frau geregelt. Insbesondere die Emigrationswellen im Laufe des letzten Jahrhunderts haben diese Rollenzuweisungen immer wieder zementiert.

Die Frau ist die Bewahrerin der Familie, garantiert deren Zusammenhalt. Wird die Familie mit dem Drogenproblem konfrontiert, liegt es an ihr, das Problem zu lösen; wird ihr Mann arbeitslos oder verdient zu wenig, liegt es an ihrer Fähigkeit, die Familie durchzubringen. Ihre psychische Stärke, ihr gekonntes Lavieren der Familienangelegenheiten durch den widrigen sizilianischen Alltag ist ausschlaggebend für die Außenwahrnehmung der Familie. Eine Frau, die sich selbst als liberal und tolerant einschätzen würde, holt für die Familienmitglieder „die Krallen" raus, um etwas durchzusetzen, selbst wenn dies zum Schaden anderer geht. Die Familie gibt materielle und psychische Sicherheit: eine halbe Million Arbeitslose gibt es in Sizilien bei 5 Millionen Bewohnern; in der Millionenstadt Palermo und Umgebung sind es allein 100.000. 25- bis 30jährige leben noch in der Obhut der Familie, da sie weder die Kosten für ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten, noch eine eigene Wohnung finden können.

In der Mafia wird hier das Übel gesehen. Sie steht heute für Unterentwicklung, Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit. Sizilien gehört zu den ärmsten Regionen Italiens und wird es auch weiterhin bleiben. Bei einem statistischen Vergleich 1988 der Regionen Piemont und Sizilien ist das Familieneinkommen der Sizilianer um 30 % geringer. Dies bekommen die Frauen zu spüren. In den ärmeren Gegenden, auf dem Land, stehlen sich die Frauen morgens aus dem Hause, um auf dem Felde zu arbeiten, verschweigen, daß sie als Putzfrau Geld verdienen, um das eigene Haus zu finanzieren oder anderes. In der sozialen und kulturellen Entwicklung ist Sizilien ein Schlußlicht, näher an Afrika, wie man scherzhaft in Sizilien sagt, als an Europa. Für ihre Kinder wollen die sizilianischen Frauen ausscheren aus dem neuen Zirkel der Miseria. *

Volksaufstand oder Konterrevolution

Historische Selbsterkenntnis steht nicht nur in der Sowjetunion am Anfang der Auferstehung ,,als eine menschliche ziviliserte Gesellschaft'' (Juri Afanasjew in ,,links'', Nr. 225). In Ungarn, wo derzeit die Weichen für den weitestgehenden Umbruch in Osteuropa gestellt werden (Mehrparteiensystem, Gewerkschaftspluralismus, Marktwirtschaft, Recht auf Kriegsdienstverweigerung etc.) hat Staatsminister und Politbüromitglied Imre Pozsgay mit einem Rundfunkinterview die längst fällige Debatte um den ,,Ungarnaufstand'' 1956 ausgelöst. Wie wichtig die Aufarbeitung der Geschichte für den Prozeß der Demokratisierung ist, zeigt nicht allein die Tatsache, daß eigens aus diesem Anlaß eine Sitzung des Zentralkomitees der USAP einberufen wurde, sondern nachdrücklich auch die Ausweitung der Debatte zur Probe aufs Exempel einer pluralistischen Öffentlichkeit, die den Alleinvertretungsanspruch der Partei beendet. Reale Ansätze dazu lassen sich nicht zuletzt in der ,,Budapester Rundschau'' nachlesen, die sich vom langweiligen, offiziellen Parteiorgan zu einem lebhaften Diskussionsforum entwickelte, wo neuerdings etwa über das Streikrecht gestritten wird oder z.B. Zdenek Mlynar zu Wort kommt, der 1968 Parteisekretär der KP der CSSR und einer der Motoren der Reformpolitik von Dubcek war. In dieser Ausgabe vom 13. Februar dokumentiert die ,,Budapester Rundschau'' verschiedene Stellungnahmen zu Pozsgays Neubewertung der 56er Ereignisse, darunter auch Äußerungen von außerhalb der Partei unter dem Titel ,,Parteistandpunkt auch für Parteilose wichtig'':

,,Zwei gegensätzliche Foren der Alternativorganisationen nahmen dieser Tage in der Parteidiskussion zum Charakter der Ereignisse von 1956 Stellung.

Die Ferenc-Münnich-Gesellschaft, die als konservative — sozusagen ,,linke'' — Gruppierung gilt, brachte ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß im Zuge der sozialistischen Erneuerung bürgerliche, kleinbürgerliche Ideale laut würden, die im Endeffekt Bourgeois- und Restaurationsbestrebungen artikulieren. Sie ist nicht einverstanden mit der unausgereiften, vereinfachenden Stellungnahme, die die Geschehnisse von 1956 als Volksaufstand auszuweisen versucht.

Der Bund Freier Demokraten, dem vornehmlich urbane Alternative angehören, begrüßt dagegen die Einstufung als Volksaufstand und bezeichnet sie als einen Schritt voran, habe doch der demokratische Chrakter der Bewegung ,,für die Nation'' nie einem Zweifel unterlegen. Da die Stellungnahme der Partei sehr bedeutungsvoll für die Parteilosen sei, wolle der Bund vor dem gewichtigen ZK-Plenum am 10. Februar an die ,,historische Verantwortung'' der Körperschaft erinnern.

Wortgefecht und Machtkampf

In einem in der schweizer ,,Wochenzeitung'' veröffentlichten Kommentar nahm **György Dalos** Stellung zu der Geschichtsdebatte in Ungarn:
Die ungarische Parteiführung streitet seit zwei Wochen offen um die Einschätzung des Aufstandes von 1956. Dabei geht es nicht (mehr) um die mögliche Korrektur offizieller Geschichtsbilder, sondern um die Legitimation der ganzen Führung. Und um eine Reformpolitik, auf deren Ergebnisse die Menschen nicht mehr warten können und wollen.

Die heikle Debatte wurde von Politbüromitglied Imre Pozsgay öffentlich gemacht. In einem Rundfunkinterview bezeichnete er die Ereignisse des Oktobers 1956 als ,,Volksaufstand gegen eine oligarchische und die Nation erniedrigende Herrschaftsform''. Dies sei das Ergebnis einer Analyse, die eine von der Partei beauftragte wissenschaftliche Kommission erstellt habe.

Parteichef Károlyi Grósz, der zur Zeit des Interviews in Davos vor einer noblen Politikerrunde die Europazugehörigkeit seines Landes würdigte, reagierte schnell und irritiert. Noch auf dem Rückflug nach Budapest distanzierte er sich vor Journalisten von den Worten Pozsgays. ,,Vielleicht besitzt Pozsgay Dokumente'', sagte er, ,,auf denen seine Behauptung basiert, ich allerdings bin noch nie auf solche Dokumente gestoßen.''

Die blutigste Kollision der ungarischen Nachkriegsgeschichte wurde von Teilnehmern und Zeitzeugen in Anlehnung an die Tradition von 1848 als ,,Revolution'' oder ,,Freiheitskampf'' bezeichnet. Nach der Niederwerfung des Aufstandes durch sowjetische Truppen wurden diese Begriffe streng tabuisiert. Offiziell hießen die Ereignisse nun ,,Konterrevolution'', manchmal wurden sie ausweichend als ,,nationale Tragödie'' bezeichnet. Am liebsten schwieg sich die stabilitätsorientierte Führung unter János Kádár jedoch über die düstere Vergangenheit aus.

Nun sehen sich die Nachfolger Kádárs unter dem starken Druck der neu entstandenen Öffentlichkeit zunehmend gezwungen, das Schweigen zu brechen. Viele unabhängige Gruppen, darunter auch Reformkommunisten, fordern eine Neubewertung des Aufstandes sowie die Rehabilitierung des 1958 als ,,Konterrevolutionär'' hingerichteten Ministerpräsidenten Imre Nagy und seiner Kampfgefährten. Dieser Forderung wurde bereits scheinbar nachgegeben, als die Regierung die Beerdigung der damals zum Tode Verurteilten genehmigte. Die Beerdigungen sollen im März stattfinden. Damit wäre eine nur terminologische Debatte überholt.

Teile der Parteiöffentlichkeit fühlen sich jedoch beunruhigt. Wenn der Oktober 1956 ein Volksaufstand war, dann ist Imre Nagy nicht nur unschuldig, er geht aus dieser Debatte auch als historischer Sieger hervor. Was sind aber in diesem Fall diejenigen, die ihn seinerzeit henken ließen? Die Legitimationskrise ergreift den ganzen, nach 1956 arrivierten Partei- und Machtapparat.

Grósz vertraut nun sein politisches Schicksal dem Zentralkomitee an, dessen Plenum in diesen Tagen über die Neubewertung der Oktoberereignisse verhandelt. Der Parteichef meint, die ,,Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei'' werde außerhalb der Partei von ,,rechts'', innerhalb der eigenen Reihen jedoch von ,,links'' angegriffen. Den ,,linken'' Angriff führt das Politbüromitglied János Berecz, der seiner Partei öffentlich vorwirft, sie hätte jeglichen Einfluß auf innenpolitische Vorgänge verloren. Die Wortgefechte um 1956 erscheinen vor diesem Hintergrund als entscheidender Machtkampf, den der populistisch-reformistische Pozsgay und der nicht ungeschickte Hardliner Berecz womöglich auf Kosten von Grósz austragen werden.

Die eigentliche Explosionsgefahr liegt im sozialen Bereich. Die brutalen Preiserhöhungen können dazu führen, daß die Bevölkerung jede Hoffnung verliert, einmal in den versprochenen Genuß einer freien Marktwirtschaft zu kommen. Mit der Hoffnung schwindet auch die Geduld. Es gibt zur Zeit keine integrative Kraft — auch nicht in den neuen Gruppen und Parteien —, die auf einen solchen Konflikt vorbereitet wäre.

Im Oktober 1956 wurde übrigens die Revolution, die Konterrevolution oder der Volksaufstand durch eine ähnliche Konstellation provoziert. Ein Journalist der Tageszeitung ,,Magyar Nemzet'' formuliert daher die Frage nach den Ereignissen folgendermaßen: ,,Die Hauptfrage ist nicht, ob im Oktober 1956 eine Revolution oder eine Konterrevolution ausgebrochen war, sondern, wie und warum das geschah, was sich tatsächlich ereignete.''

György Dalos

(aus: ,,Die Wochenzeitung'' (WOZ), Nr. 6, 10.2.1989)

Ungarn 1956: Gräber von Aufständischen

DIETHARD BEHRENS / KORNELIA HAFNER

„Ist die Technik beherrschbar"?

Der erste Kongreß der Heinrich-Böll-Stiftung am 27. und 28.1.1989 demonstriert schon von seiner Organisationsform her ein gewandeltes Selbstverständnis grüner Politik. Waren vor ein paar Jahren noch alle aufgerufen, sich an einer disputierenden Selbstverständigung zu beteiligen, so präsentiert die neue grüne Stiftung jetzt ein pluralistisches Spektrum renommierter WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen in einer gedrängten Folge wenig aufeinander bezogener Kurzvorträge und Selbstdarstellungen, die es oft dem geduldigen Zuhörer überließen, inhaltliche Kontroversen zu rekonstruieren.

„Welche Technik wollen wir?" und „Wie wird eigentlich darüber entschieden?" waren die Leitfragen; Risiko und Verantwortung die Schlagworte, um die sich die Debatte zentrierte. In diesem Sinne demonstrierte der Kongreß ein angestrengtes Bemühen um die Frage, wie es überhaupt gelingen könne, Verantwortung zu übernehmen für eine wissenschaftlich-technische Dynamik, die sich den Veranstaltern als selbstverständigter, nicht zu bändigender Prozeß präsentiert, der die Menschen und ihr Zusammenleben in ungeheurem Maße von sich abhängig macht. In der Tat bekommt hier „die Frage nach der bewußten Gestaltung der eigenen Geschichte" „eine dramatische Aktualität" (Ankündigung), um so mehr als die aus dem 19. Jahrhundert übernommenen parlamentarisch-demokratischen Institutionen staatlicher Technikkontrolle in der „Risikogesellschaft" versagen.

Dabei scheinen die technischen Möglichkeiten der Technikbeherrschung doch vielversprechend. Das Großrisiko Atomwirtschaft, so Klaus Traube, erfordere lediglich ein Umdenken: Weg von einer versorgungsorientierten Energiepolitik, die Wohlstand blind mit hohem Energieverbrauch gleichsetze. Pragmatische Wege rationeller Energienutzung liegen auf der Hand und scheinen nur noch der Ratifizierung durch politische Entscheidungsträger zu bedürfen. Anders liegen offenbar die Probleme der Chemie (Uwe Lahl) und vor allem gentechnologischer Forschung und gentechnologischer Produktion (Regine Kollek). Die gefährdenden Potentiale einer demiurgisch in die Welt gesetzten künstlichen Natur sind nicht nur unabsehbar, was die ungeheure Anzahl der in ihren Wirkungen unbekannten chemischen Stoffe und die genmanipulierten Mikroorganismen betrifft, sondern sie haben auch im Bereich der Fortpflanzungstechnologie, genuin gesellschaftsverändernde Folgen (Elisabeth Beck-Gernsheim). Die Option für das optimal gestylte Wunschkind erscheint hier als technikinduzierter Zusammenhang.

Wenn der wissenschaftlich-technische Fortschritt selbst als das Problem angesehen wird, dann muß es darum gehen — und das ist ein altes Postulat der Ökologiebewegung — Alternativen in Wissenschaft und Technik zu entwickeln. In diesem Sinne fordert Christine von Weizsäcker (Heinrich-Böll-Stiftung) eine „fehlerfreundliche Wissenschaft". Fortschritt dürfe schon deswegen nicht sozialdarwinistisch gefaßt werden, weil das „eigentliche Kapital" die Menschen seien und „Fehler machen" eine generelle Eigenschaft des Menschen überhaupt sei, ja den Antrieb der Evolution darstelle und also auch der Wissenschaft. Die hier geforderte risikoarme Wissenschaft und Technik kann aber nur ein frommer Wunsch sein, wenn zutrifft, was die Psychoanalytikerinnen Christa Rohde-Dachser und Renée Meyer zur Capellen behaupten, daß die Wissenschaft, die wir haben, tiefenpsychologisch fundiert sei, kompensatorisches Produkt einer Ohnmachtserfahrung des männlichen Kindes gegenüber der mütterlichen Allmacht, umgesetzte Omnipotenzphantasie als männertypisches Verhalten. Während die Frau ihre Identität in der Übereinstimmung mit dem Geschlecht der Mutter finden könne, bedürfe der Mann der Ersatzobjekte. Der technische Fortschritt offenbare hier, als Fetisch des Mannes, seine tief irrationale Grundlage. Das Bild der Geschlechter verweise auf den Gegensatz von männlich-objektiver Rationalität und subjektiv ganzheitlicher Perspektive der Frauen.

Demgegenüber insistierte Ulrike Teubner auf der Einsicht, daß die Denkform der neuzeitlichen Wissenschaften — Quantifizierung, Geometrisierung, mechanisches Weltbild — und ihre Entgegensetzung zur Natur als ihrem Substrat, nicht anthropologisch verankert, auch nicht nur als Resultat männlicher Definitionsmacht zu begreifen sind, sondern im weiteren Sinne Resultat eines gesellschaftlichen, historischen Prozesses. Das duale Modell selbst nämlich erweise sich als Herrschaftsinstrument, der falsche Glanz des alten Bildes von Weiblichkeit als neues Schmiermittel alter Verhältnisse. Dagegen gelte es, Öffentlichkeit herzustellen über Interessen und Definitionsmacht.

Die Philosphenrepublik oder der aufgeklärte Absolutismus

Die verselbständigte Technik, um die es geht, ist aber allein über einen öffentlichen Diskurs nicht recht zu fassen. Denn insofern die Entscheidungen in den Wissenschaften und in der Forschung fallen, kommt die Kritik immer schon zu spät. In diesem Sinne fordert Egon Becker einen intervenierenden Diskurs mit den Wissenschaftlern in dem Bereich, in dem die Techniken entwickelt werden. Es gelte, an der wissenschaftlichen Produktion selbst anzusetzen, um so mehr als die gesellschaftliche Beziehung zur Natur in zunehmenden Maße durch Wissenschaft und Technik determiniert sei und der Satz nach wie vor bedingt richtig sei, daß über Wahrheitsfragen sich nicht mit Mehrheiten abstimmen lasse.

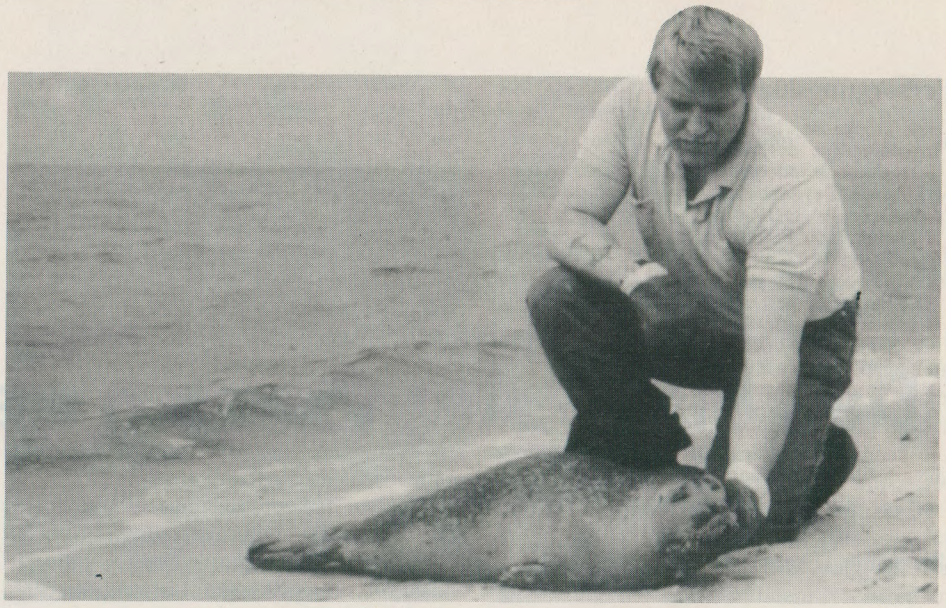
Die Bedingungen der Möglichkeit eines solchen Diskurses problematisierten Herbert Hönigsberger (Heidelberger Politologe) und Reinhard Überhorst (SPD-Mitglied der

Enquête Kommission zur Technikfolgenabschätzung) schon auf einer vorgelagerten Ebene. Die Schwierigkeiten begännen bereits in den Enquête-Kommissionen, wo man überhaupt nicht bereit sei, sich darauf zu einigen, was als Forschungsfrage und Forschungsgegenstand bestimmt werden soll, um allererst entscheidbar zu machen, worüber ,,demokratisch" entschieden werden soll. Dies ist nicht nur eine Frage politischer Optionen, sondern auch dem arbeitsteilig-instrumentellen Charakter der Wissenschaften geschuldet.

Die diskutierende Gemeinschaft fachlich Qualifizierter, jene Neukonstruktion einer Philosophenrepublik, die auf diesem Kongreß allenthalben beschworen wurde, wirft erneut das Demokratieproblem auf. Angesichts der mangelnden Sachkompetenz der Abgeordneten, ihrer Eingebundenheit in Verwaltungshandeln und der tendenziellen Käuflichkeit von Wissenschaftsberatung und der damit verbundenen Ohnmacht gegenüber der technischen Entwicklung stellt sich für Konrad Adam (Frankfurter Allgemeine Zeitung) die Frage, ob der Staat noch seinen Namen verdiene, also noch seinen von Hobbes definierten Zweck, Schutz und Frieden zu garantieren, erfüllen können, oder ob er seinen Bürgern nichts anderes mehr zubillige als den Status von unmündigen Fellachen. Adam hat auch eine Antwort parat auf diese Frage: eine dritte Kammer könne der angeschlagenen Souveränität wieder auf die Sprünge helfen. Adam verweist auf den jüngsten Reputationsgewinn des englischen Oberhauses und imaginiert ein Gremium, in das, etwa vergleichbar den Peers auf Lebenszeit, wahrhaft unabhängige Personen mit einem reichen Schatze an Lebenserfahrung zu berufen wären. Die Idee einer solchen Kammer als letzter Instanz einer weisen Politikfindung, als oligarchischer Erscheinungsform eines aufgeklärten Absolutismus der Wissenschafts- und Technologiepolitik wurde dankbar aufgegriffen.

Die Diskussion um die politische Kontrollierbarkeit und Steuerbarkeit von Wissenschaft und Technik sieht sich letztlich auf die beschränkten finanziellen Mittel staatlicher Forschungsförderung und gesetzgeberische Restriktionen verwiesen, die, Umweltverträglichkeitsprüfungen und Technikfolgenabschätzungen hin, Umweltgesetze her, letztlich versagen müssen, solange die Frage nach den ökonomischen Interessen ein Tabu bleibt. Applaus erhielt denn auch Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Biologe), als er statt der Metapher des Geistes aus der Flasche, den es wieder einzufangen gelte, die der ökonomischen Dampfwalze präsentierte. Motor dieser Maschine sei das Argument, wenn man diese oder jene Technik nicht benutze, werde es das Ausland ganz bestimmt tun und das Kapital die Produktion auslagern etc. Die alternative Marktsteuerung und staatliche Kontrolle halte nur den status quo fest.

Für Ulrich K. Preuss dagegen stellen nicht die begrenzten staatlichen Möglichkeiten



Der Medienwirksame BLick toter Robben. . .

das eigentliche Problem dar, sondern das traditionelle Bündnis von Wohlfahrtsstaat und Massendemokratie, von technischem Fortschritt und Wissenschaftsfreiheit (seit Marx, wie Preuss behauptet). Staatstheorie und der Begriff der Risikogesellschaft verlangten nach einem Ende des alten Gesellschaftsvertrages. So, wie der Staat sich nach den Religionskriegen des 16. und 17. Jhs. als neutrales Element erhoben habe, sei auch heute wieder eine neutrale Institution nötig. Der Stand der Wissenschaft bildet die Basis des neuen Gesellschaftsvertrages als Kriterium eines gesellschaftlichen Reflexionsvermögens. Die demokratische Akzeptanz dieses Programms wurde jedoch von Ernst-Ulrich Weizsäcker bezweifelt, weil ihm die ökonomische Dampfwalze ein und dasselbe ist mit einer ,,Wohlstandsdampfwalze", getragen von einem weltweiten Konsens.

Sisyphos oder die Grenzen der Politik

Also sieht man sich wieder zurückverwiesen auf die Spielräume, die der parlamentarische Staat bietet, und auf eine kritische Öffentlichkeit. Von der aber — so reklamiert Joschka Fischer — sei medienwirksam nur etwas zu erwarten, wenn gerade ein Seehund, dekorativ in die Kamera blickend, sein Leben aushauche. Man könne aber nicht jede Woche dem Publikum einen Kadaver auf den Tisch legen. Die Empörung versande schnell und mit ihr auch nur die Umsetzung von vorhandenen Umweltgesetzen. Hier zeigen sich die Grenzen einer Politik der Betroffenheit. Der Erfolg der Ökologiebewegung lag, und hier hat Fischer Recht, in der symbolischen Politik. Praktisch habe sie bisher wenig erreicht. Dies nicht zuletzt deshalb, weil jenseits aller antikapitalistischen Illusionen, sie immer noch an der Industrie scheitere. Wie solle man die Luft rein halten, wenn jeder 7. Arbeitsplatz von der Autoindustrie abhänge, wie Boden und Wasser, wenn die Großchemie den drittstärksten Industriefaktor darstelle und wie das gentechnische Risikogeschäft kontrollieren, wenn es im Ausland stattfinde: ,,Einigen Sie sich mal mit Bayer und Hoechst über Fehlerfreundlichkeit".

Das ist das Stichwort für Diskussionsbeiträge, die ihre Rhetorik soweit dem ökologischen Diskurs angepaßt haben, daß sie nur noch schwer der MG zuzuordnen sind. Aber allein schon der Hinweis auf den Profitmechanismus, der allerdings auch das Problem nur schlecht abstrakt zu fassen vermag, provoziert beim Publikum einen affektgeladenen Anti-Anti-Kapitalismus, der die allgemeine Verdrängungsbereitschaft gegenüber ökonomischen Zusammenhängen deutlich demonstriert. So beschwört auch Fischer seinen Einsichten in die Machtverhältnisse zum Trotz eine erfolgreiche Politik ,,im Auge des Hurrikans", die mittels Umwelthaftung und Technikbesteuerung die Unternehmer zwingen will, umweltschonender zu produzieren. Als Instrument einer solchen ,,Vision von Ordnungspolitik" bleibt allein die Gesetzgebung und die bleibt gebunden an die Mehrheitsfrage. Dies schlägt nicht nur allen Argumenten für eine demokratische oder überhaupt nur politische Kontrolle des ,,technischen Fortschritts", die auf diesem Kongreß vorgetragen wurden, ins Gesicht, sondern ignoriert auch in sträflicher Weise die mit der inhärenten Problematik wissenschaftlicher Entwicklung verbundenen Fragen, indem wieder nur ihre technischen Resultate zur Disposition gestellt werden. Vor allem aber handelt es sich um die Propaganda voluntaristischer Bemühungen, um einen politischen Diskurs und um parlamentarische Mehrheiten, in vollem Bewußtsein der Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens angesichts der Tatsache, daß unter den gesetzten Prämissen eine Umweltpolitik gegen die Industrie nicht möglich ist. Politik als Mittel zur Durchsetzung einer demokratisch gewollten Alternative zur ,,Risikotechnik" dankt ab und perpetuiert sich als Bemühung um die Legitimation der Diskursfähigkeit des Gegners. Wozu? *

HELMUT REINICKE

Das blaue Aetherreich der Deutschen

Eine Wiedergeburt der Luftschiffe, der Zeppeline, scheint bevorzustehen: nach Plänen des amerikanischen Küstenschutzes und der Marine sollen sie als fliegende elektronische Stationen die amerikanische Küste bewachen.

Doch auch in der BRD wird sich gern und mit Stolz an die herrliche Zeit der Zeppeline erinnert. So ist im vorigen Jahr anläßlich des 150. Geburtstags des Grafen Zeppelin in Zeppelinheim ein Zeppelinmuseum eingeweiht worden. Es hält die Erinnerung wach an die nationalen Begeisterungswellen, die besonders Anfang dieses Jahrhundert die Flugschiffe immer wieder in die Lüfte hob. Von Anfang an stand die Entwicklung der deutschen Luftschiffahrt unter dem Aspekt militärischer Verwertung. So formulierte 1908 ein Major von M. im ,,Hamburger Fremdenblatt'': ,,Nun geht's hinein in Feindesland, in eilendem Fluge, vorauf die Flotte der Kriegsluftschiffe.''

Daneben bediente sich Zeppelin auch der allgemeinen Technikbegeisterung, um — im Kontext von Deutschlands Größe — die Zivilisation im friedlichen Luftschiffwettbewerb voranzubringen. Aber dies sind Propagandastückchen, einem ungeheuren Krieg eingebettet. Denn der Krieg, der in der Luft liegt, dem Lufträume und sie durchschwimmende und durchschießende gigantische Maschinen Projektionen und Profite bieten, — dieser Krieg ist kein besonderer nationaler; es ist ein Krieg um die Suprematie von Kulturen, der Kultur überhaupt: ein imperialer Krieg schließlich der Kultur gegen die Natur. Major Groß, selbst Konstrukteur eines Militär-Luftschiffes, vermutete gelegentlich eines Vortrages über die Luftfahrt, Zeppelin hätte sein starres System vom Holzhändler David Schwarz übernommen. Der Name Schwarz fehlt im repräsentativen Luftfahrtsbuch von Peter Supf, ,,Das Buch der deutschen Fluggeschichte'', 1935, versehen mit einem Vorwort von Hermann Göring. Ebenso wird der jüdische Erfinder des starren Aluminiumluftschiffes von der Zeppelin-Begeisterung unterdrückt. Zeppelin selber hatte einer Auffahrt des Schwarzschen Luftschiffes beigewohnt. Den Vorwurf des Plagiats konterte nun der Graf, indem er Groß seine Sekundanten schickt. Freilich hatte Zeppelin mittlerweile das Interesse des Kriegsministeriums gefunden, zumal das des Kaisers. Das Duell mußte verhindert werden. Beide Herren, so der Kaiser, hätten im Kampfe um die Eroberung der Luft als Offiziere vor dem Feind zu gelten, — und vor dem Feinde gibt es kein Duell.

Die Okkupation des Luftraumes wird damals schon als Naturbeherrschung ausgewiesen, — ein klassenübergreifendes Unternehmen mit stets schöpferischem Feuer. So eint und begeistert ein gewaltiger Kampf alle Deutschen: Es ist ein Kampf gegen die Naturgewalten überhaupt und das muß ein Endsieg sein.

Mit ,,Heil Zeppelin'' auf der Titelseite feierte der ,,General-Anzeiger'' für Hamburg-Altona vom 6. August 1908 die ,,Vierundzwanzigstundenfahrt''. Der Leitartikel hebt an mit ,,Vom Fels zum Meer durchhallt Deutschland heute ungeheurer Jubel!'' — Am 7. August verkündet die Titelseite: ,,Zeppelins Luftschiff ein Raub der Flammen''. Es folgt der Leitartikel ,,Ein Tag nationaler Trauer''. Die Naturgewalten hatten am 5 . August in Echterdingen zugeschlagen; das Schiff war vom Wind weggetrieben worden und explodierte. 40.—50.000 Menschen waren zugegen gewesen. Der ,,General-Anzeiger'' für Hamburg-Altona am 7. August 1908: ,,Die Deutschen haben eine Bataille verloren, weil die Elemente sich dazwischen geworfen haben. Der Feldzug zur Eroberung der Höhe wird damit auf kurze Zeit unterbrochen, aufgehoben wird nicht eher, als nicht ein voller Sieg beschieden ist. . . Beim Neubau des fünften Luftschiffes muß ganz Deutschland mithelfen und ,,Deutschland'' muß der Name des neuen Fahrzeugs werden.'' Das Volk muß ,,wie ein Mann'' aufstehen, um in wenigen Tagen dem Grafen Zeppelin eine Summe zur Verfügung zu stellen, ,,groß, übergroß genug'', um den Bau eines Ballons zu sichern. ,,Nicht Staatshilfe, nein, Bruderhilfe fordern wir.''(. . .)

▶ Sieg über die Natur ◀

Die 24-Stundenfahrt war eine ,,nationale Feier'' (,,Hamburger Fremdenblatt'', 9. August 1908), deren schließliche Katastrophe zur ,,nationalen Pflicht'' nötigte. Sie wurde zum Fest des heroischen Opfers. Daß die Ökonomie auf dem Fuße folgt, kümmert niemanden. Neuforderungen für Heeres- und Flottenzwecke bedürfen neuer Steuerterrains. ,,Die Bereitschaft des deutschen Volkes — so das Hamburger Fremdenblatt, 9. August 1908 — in einer nationalen Frage nicht unbedeutende Gelder zu opfern, mag den Herren, die sich um die Reichsfinanzreform von Amts wegen abmühen müssen, ein Hoffungsschimmer sein, daß auch beim Erscheinen der neuen Steuervorlage sich eine ähnliche Opferwilligkeit am deutschen Volke zeigen werde.'' Mit dem Opferfest setzt zudem die unüberprüfte Bildung des Konzerns mittels Spenden ein; damit die Produktion von Kriegsmaschinen.

Zeppelin ist die Figur, das Luftschiff symbolisiert die materiell-technische Kultur dieses die Demokratie regressiv überholenden Populismus. Der Nationalheroismus um Zeppelin schleift nicht nur aktuelle soziale Auseinandersetzungen; das zurückgebliebene deutsche politische Elend erhält — was sonst nur bürgerliche Revolutionen vermochten — die Weihe einer Nation. Statt

der Symbole von Vernunft und Freiheit begeistert nunmehr ein Symbol der alten Mächte in technisch-fortschrittlichem Gewand. Das Opfer als Fest ersetzt die Feste der Revolution.

Die sozialdemokratische Presse stand dem zeppelinschen Unternehmen während der ersten Konstruktionsjahre ablehnend gegenüber mit dem Argument, die Schiffe dienten ausschließlich militärischen Rüstungszwecken; für Verkehrsvorhaben seien die Motoren zu schwach, die Tragfähigkeit viel zu gering. Das ,,Berliner Volksblatt", Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, faßt zusammen: ,,Das deutsche Proletariat hat also alle Ursache, den luftigen Veitstanz gewisser Elemente nicht mitzumachen! Das Proletariat hat wahrhaftig Grund genug, sich um seine Interessen, seine Rechte zu kümmern; der Luftmilitarismus wird schon dafür sorgen, daß Zeppelins Erfindung nicht verloren geht!"

Die Luftmilitaristen brauchten sich freilich darum nicht zu sorgen: das Volk zahlte. Auch das sozialdemokratische Bewußtsein lenkt zur Berlinfahrt Zeppelins ein. Das ,,Berliner Volksbatt" vom 29.8.1909 stimmt gänzlich in den allgemeinen Enthusiasmus ein; Zeppelin besitzt nunmehr ,,markige Tüchtigkeit", er ist ,,Wegweiser und Pfadfinder neuer Kulturentfaltung". Damit ist die Apologie vereinheitlicht; das ganze Volk steht hinter Zeppelin, auch die Sozialdemokratie. Deutschlands Größe ist nunmehr klassenübergreifend hergestellt.

Innerhalb eines Jahres hatte sich so die Strategie der Diskussion verkehrt. Argumente für den Luftschiffbau werden nun über die Kategorien von Fortschritt und Kultur, Technik und Lebensgenuß entwickelt. Die letzten hundert Jahre der ,,Menschheitsgeschichte", so rekonstruiert das ,,Berliner Volksblatt", ,,sind ja überreich an Triumphen der Technik." Da braust der Eilzug, ,,flinke Ozeanwindhunde", ,,schwimmende Paläste" durchfurchen die Weltmeere. ,,Und sollen wir erst von den eisernen Sklaven, den Maschinen reden, die der Menschengeist in den Dienst der Arbeit geschirrt hat? Noch fronen die eisernen Sklaven zwar erst im Dienste des Kapitalismus, statt in dem der Menschheit — allein die Existenz der modernen Arbeiterbewegung, eines starken internationalen Sozialismus und die Siegesgewißheit dieses Sozialismus ist doch nur der Entwicklung der modernen Technik, der Verbreitung der menschlichen Arbeitskraft sparenden Maschinen zu danken." Diese ,,märchenhaften Fortschritte" erhalten Subjektstatus in der Menschheitsgeschichte, man wundert sich, was die Arbeiterbewegung überhaupt noch soll. Sie verkleinert sich somit auch unumwunden in eine Verteilerorganisation von Luftfahrttickets und Fluggenuß. (. . .)

Der Militarismus, die soziale Frage, die deutsche Expansionspolitik — all dies wird überdeckt durch den größten deutschen Triumpf: Die Eroberung der Lüfte als Sieg über die Natur. In diesem Kampf verschwinden die Parteien. Technikbegeisterung ist Kompensat für die soziale Revolution. ,,Und welch höherer Genuß läßt sich denken, als der Flug durchs unendliche Äthermeer, als die Beherrschung des Ozeans der Luft! Als wie groß oder klein sich immer die soziale Bedeutung der Eroberung der Luft herausstellen mag — sinnfälliger hat sich noch nie ein Erfolg der Technik offenbart, mit höherem Stolze ist noch nie ein Triumpf des Menschengeistes empfunden worden! Die Eroberung der Luft ist das Wahrzeichen des Sieges über widerstrebende Naturgewalten, die Verheißung des endlichen Sieges der Vernunft und des ersten Menschenwillens über alle Hemmnisse!" (Berliner Volksblatt, 29 .August 1909) Damit ist die Technik-Argumentation des Grafen, zugleich das Phönix-Mythologem von Echterdingen, endlich auch sozialdemokratisch eingeholt. (. . .)

▶ Die große Vereinigung ◀

Wie in der Sage erweist sich der Held, indem er die Anschläge des Schicksals auf sich nimmt. Er steht für sein Volk, das sich um seine Standhaftigkeit sammelt. So kommt es, daß es plötzlich nur noch Volksgenossen gibt, oben und unten. Die große Vereinigung setzt ein. Der Graf und das Luftschiff sind Träger und Einiger alles Deutschen. ,,Gibt es einen Menschen in Deutschland, der unserm Zeppelin nicht im Geiste einen Freund- und Trostgruß zurufen möchte? Nein, denn alle Unterschiede des Alters und des Standes, der Konfession oder Bildung, des politischen Glaubensbekenntnisses existieren nicht hier, wo es sich in Wahrheit um eine nationale Angelegenheit, um die Teilnahme der Gesamtheit der Deutschen handelt. Der Kultur-Fortschritt eint! Graf Zeppelin als Überwinder jedes Haders und jedes Unterschiedes!" (Hamburger Fremdenblatt, 7. August 1908)

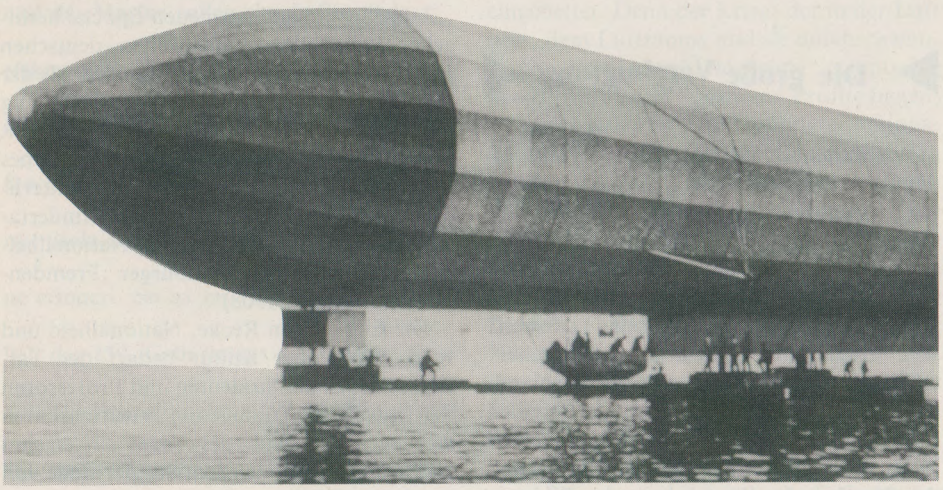
Einigung war nötig. Der Kaiser hatte innenpolitische Schwierigkeiten durch die Eulenburg-Affäre. Von diesem Skandal profitierte Zeppelin; Hugo Eckner erkennt in einem Artikel ,,Die Reichsaufgaben des Grafen Zeppelin" dessen kompensatorische Funktion: ,,Einen weiteren Vorzug des Zeppelinschen Luftschiffes haben wir schon im Juni und Juli unserem alten Bestande einverleiben müssen. Das in den Zeitungslesserseelen verfügbare Quantum von Interesse wurde damals durch die ,,Fernfahrt" in der Weise halbiert, daß für das über alle Maßen scheußliche Eulenburg-Schauspiel höchstens die kleinere Hälfte aufgewendet wurde. Der Volksmoral ist dadurch erheblich gedient worden." Eckner schließt: ,,So sind wir am Tage angelangt, wo wir als deutsche Reichsbürger im doppelten Sinn sagen können: ‚Der beste Lenkballon der Welt ist unser.' " (Hamburger Fremdenbatt, 5. August 1908)

So kittet Zeppelin neben sozialen Strukturkrisen die politischen Skandale gleich mit. Es mußte wundersam zugehen im Deutschen Kaiserreich, damit dieser Integrationsheroismus greifen konnte, aber so war es. Durch ein Wunder war er bei Echterdingen vorm sicheren Tode gerettet worden; die Nationalspende war ein Wunder. Auch schon das Leben des jungen Offiziers war wundersam. Verfolgt von den Kavalleristen der Südstaaten — Zeppelin war als Beobachter des amerikanischen Bürgerkriegs auf der Yankee-Seite — nutzte der Graf seine Geistesgegenwart. ,,Nur durch ein Wunder entging er der todbringenden Kugel oder der Gefangenschaft." (Vömel)

Übermenschliches liegt in der Luft. Die neue Zeit bedurfte eines Helden, um sie herauszubilden und zu formen. Zeppelin ist dieser Ideal-Akteur, bei dem sich Wunder auftun und der immer mit dem Höchsten im Bunde ist; — bei jeder Gelegenheit beruft er sich auf die Hilfe Gottes. Es ist die Idee ,,Zeppelin", die dieser neuen Epoche heroische Weihe gibt. ,,Im weiten deutschen Reich ist heute kein Name populärer als der des Grafen Zeppelin. Nicht seine Erfindung allein ist es, die ihn so volkstümlich gemacht hat. Seine Wesensart, sein gut deutsches Pflichtbewußtsein und sein unerschütterlicher Mut, gepaart mit genialem Erfindertalent, lassen ihn im Lichte eines Nationalhelden erscheinen." (Hamburger Fremdenblatt, 9. August 1908)

Die Einheit von Recke, Nationalheld und Idee, Geist oder Kultur bedarf der Tat. Beim Besuch der Studenten und Professoren der Universität Tübingen in Friedrichshafen war auch zur Feier des Tages ein eigenes Festlied gedichtet worden, das der Rede von Prof. Dr. Wislicenus folgte, ,,Du Schwert an meiner Linken!" Barbarossas Pferdescharren im Kyffhäuser eingedenk in ,,Empor! Graf Zeppelin gewidmet" hebt Gerhard Seeliger an: ,,Du, Deutschland schliefst viel hundert Jahre,/ Nun aber bist Du aufgewacht. . ." Nachdem Franzen und Briten abgeschlagen sind — ,,Jetzt rüste Dich zum höchsten Wagen,/ Jetzt waffne Dich zum letzten Streich;/ Wirf Dich mit mächt'gem Flügelschlagen,/ Empor ins blaue Ätherreich!" (Hamburger Fremdenblatt, 5. August 1908)

Am 4. September 1909 wurden in Friedrichshafen hundert Mitglieder des Reichstages und des Bundesrates — nach einem Lossystem ausgewählt — in die Lüfte gehoben. Die Reden bei dieser Einladungsfahrt feiern Zeppelin als Vereiniger des deutschen Volkes über alle Grenzen hinaus. Vom Arbeiter bis zum Kaiser stehen alle hinter Zeppelin. Hans Dominik faßt in „Die Eroberung der Luft" (1909) dieses „seltsame Schauspiel" zusammen: „Es war wie ein Fest des ganzen deutschen Volkes, das von seinen erwählten Vertretern gefeiert wurde. Es wurde dabei offen zum Ausdruck gebracht, daß Graf Zeppelin in den Deutschen mehr geworden sei als ein bloßer Erfinder, nämlich ein Heros und eine Idealgestalt. . ." Die Untertanen hatten beste Gelegenheit, sich mit der Unterdrückung zu identifizieren. Die symbolische Handlung — die Auffahrten des Luftschiffes — erfolgte als Fest. Es ist die Feier des status quo in aller Ungleichzeitigkeit. Die freiwillige Knechtschaft begeistert sich zum Fest und hebt sich damit zum Scheine selber auf. Weder der Sedantag noch der Erste Mai hatten dies leisten können.



„Gibt es einen Menschen in Deutschland, der unserem Zeppelin nicht im Geiste einen Freud- und Trostgruß zurufen möchte?"

Nicht die Möglichkeit, ein lenkbares Luftschiff bewundern zu können, war ausschlaggebend für die Zeppelinbegeisterung; vielmehr die Erwartung, daß ein gigantisches Konstrukt mit einem Schlage Deutschland an die Spitze der Luftfahrt setzen könnte. Frankreich behauptete immer noch den ersten Platz; die Lenkbarkeit hatte Santor-Dumont (1901) — besser als bei vorherigen französischen Erfolgen (Giffard 1852) — gelöst. Er landete inmitten von Paris, vor seiner Wohnung zum Nachmittagskaffee. Parseval hatte mit seinem unstarren System Erfolge erzielt. Dies waren gleichwohl nicht die Apparate an denen sich die Gefühle entzündeten. Das Zeppelinsche Luftschiff dagegen mit seinen Riesendimensionen war Ausdruck einer besonderen Mentalitätskonjunktur. Zum einen liegt dies in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts begründet, namentlich der kupierten bürgerlichen Revolution; dann im besonderen Verhältnis zu Frankreich und England. Frankreich hatte sich trotz des verlorenen Krieges die Vorherrschaft in der Luftfahrt behauptet; England wiederum behinderte eine deutsche Expansion durch die Oberherrschaft auf den Meeren; selbst die Anstrengungen im Flottenbau konnten diese in absehbarer Zeit nicht aufholen. Der Luftraum bot hier ein Kompensat, namentlich wenn es gelänge, mit neuen gewaltigen Maschinen den französischen Vorsprung einzuholen. Das Zeppelin-Luftschiff gewann in dieser Konjunktur den Nimbus einer deutschen Wunderwaffe.

Zudem beinhaltet der Luftmilitarismus eine enorme Akkumulationsmöglichkeit; sie wird sich sowohl im Zeppelinkonzern, wie in der aus dem Boden gestampften Flugzeugindustrie zeigen. Die Eroberung der Luft bedeutet aber nicht nur Geschäft, sie ist vorrangig eine Machtfrage, d.h. ein imperialer Status ist ihr eigen. Bisher dem Kapitalismus unzugängliche, extraterritoriale Räume wurden erfaßt und geformt, als Gebrauchswert produziert. So erschien der neu beschiffbare „Luftraum" als außerkapitalistisch. Hier liegt die Quelle von Ideologie: Die Luft, noch nicht kolonialisiert, wurde zum Raum für Hoffnungen auf Technik als kapitaltranszendente Entfaltung menschlicher Gattungskräfte; die Lufteroberung zur neuen Etappe in der völligen Eroberung der Welt und zugleich die „letzte" offen gebliebene Raumeroberung, welche die immer noch feudal und kapitalistisch unterdrückenden Verhältnisse überschreiten könnte. Dies ist ein noch lange bleibender Hintergrund für Aviatikbegeisterung geblieben.

Das Volk hatte in Zeppelin seine symbolisch-heldische Synthesis gefunden, — nicht in bürgerlich-revolutionären Werten und der Feier der Vernunft, sondern im Gepränge alter Herrschaft und kriegerischer Tugenden, zumal ungleichzeitiger Opferhandlungen als Fest. Eine Sammlung von Schwulst, Deutschtümelei und Klassenfreiheitsideologie als Technikbegeisterung. Es ist die in eine feudal-populistische Form pervertierte Revolution; die rettende Figur des Volkskaisers steckt dahinter, Barbarossa, Wilhelm I, Bismarck, Zeppelin, dann immer noch Hindenburg und der „Zeppelin"-Kapitän Eckner — der ebenfalls für das Amt des Reichspräsidenten erwogen wurde —, ein anachronistischer Populismus für alte Herrschaften.

An den ungleichzeitigen und gleichzeitigen Inhalten dieses Prozesses können sich aufgehaltene, verzerrte, verschüttete und abgedrängte Sehnsüchte und Hoffnungen festmachen. Dieser Identifikationsprozeß entlädt sich in Begeisterungsstürmen. Alle Revolutionen waren begründet und begleitet von sozialen Bewegungen. In Deutschland tritt nun der eigentümliche, retrograde Fall ein, daß eine nationale gesellschaftliche Bewegung die Forderungen sozialer und revolutionärer Bewegungen verdrängt, indem sie diese als Gesamtbewegung mittels einer imperialen Technikbegeisterung vereinnahmt. Hierin liegt die soziale Funktion der Zeppelineuphorie. Im nationalen Bekenntnis für Zeppelin verdrängt und konstituiert sich eine soziale Bewegung gleichermaßen; sozial deshalb, weil sozio-ökonomische Forderungen in einer nationalen Herrschaftsmentalität sich exponieren. Der Nazismus ist mentalitätsgeschichtlich zumal eine Reprise und Verdinglichung der Zeppelin-Bewegung.

Die bereits 1848 pervertierte Revolution vollzog sich noch einmal als Katastrophe: Echterdingen. Erst das nationale Unglück von Echterdingen sedimentiert den Kultus. Die Nationalspende dient als populistische Kompensation für bürgerliche und proletarische Revolution gleichermaßem. Abgedrängte Forderungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wie die von Sozialismus als technischem Fortschritt und der Übernahme der sechs Berliner Großbanken (Hilferding) finden ein eigenes pervertiertes Identifikationsmodell im kollektiven Opfer für Zeppelin. Ein ganzes Volk opfert sich; ein völkischer Potlach liefert die Trägerschaft für den „Zeppelin" und damit für den sich bildenden Konzern.

So setzt sich die Tradition der freiwilligen Knechtschaft, die zum Scheitern der deutschen Revolution beitrug, im Pathos des begeisterten Opferns fort. Die Probe auf die Kriegsbegeisterung ist freiwillig vollbracht. Das „Helm-ab-zum-Gebet" bedarf keines Kommandos. Entblößten Hauptes stimmen die Menschen das „Lied der Deutschen" an. Die Zeitwende fordert ihre Einlösung, das Deutschlandlied annonciert die Richtung und der „Zeppelin" symbolisiert die strategische Lösung. Wie in der bürgerlichen Revolution, deren Einlösung sich als ihre Niederlage darlegt, so in der Zeppelinschen Zeitwende, — freilich in gedrängter Verlaufsform. Sowohl die technische Überlegenheit des Flugzeuges wie die militärische Untauglichkeit des „Zeppelin" lassen diese Konjunktur zusammenbrechen. Die nationalistische Zeppelinbegeisterung ist die Vorstufe der Katastrophe. *

Die Zwänge der Erinnerung

William Totok gehörte zur ,,Aktionsgruppe Banat", jenem Zusammenschluß junger rumäniendeutscher Schriftsteller, die in den 70er Jahren die Realität des Sozialismus von links kritisierten und zugleich die rückwärtsgewandte Abkapselung der deutschen Minderheit angriffen. Aus seinem bewegenden und spannenden Buch erfahren wir mancherlei, was für uns von Belang ist; angefangen mit der lebensgeschichtlichen Prägung einer großen Gruppe von Menschen, die wir hierzulande als Aussiedler kennenlernen: die Siebenbürger Sachsen, die seit 800, und die Banater Schwaben, die seit 200 Jahren dort im Südwesten Europas leben und die sich durch eine beachtliche kulturelle Tradition (mit entwickelter Selbstverwaltung und einem hochstehenden Bildungswesen) doch nicht vor nationalem Hochmut gegen Rumänen und andere Völker bewahren ließen und schließlich der Hitlerarmee die einsatzfreudigsten Kämpfer lieferten (jeder zweite Waffen-SS-Mann war ein Rumäniendeutscher). Nachdem sie furchtbar dafür zu büßen hatte — 1945 wurden alle Frauen zwischen 18 und 30 und alle Männer zwischen 17 und 45 zur Wiederaufbauarbeit in die UdSSR abtransportiert; von den 75.000 kehrten 1949 knapp die Hälfte zurück —, blieb die deutsche Minderheit, ohne sich mit ihrer Vergangenheit ehrlich und gründlich auseinanderzusetzen, in schweig- und arbeitsamer Selbstbezogenheit in der ihr eingeräumten kulturellen Nische (aus der sie heute die wachsende Unerträglichkeit des Alltagslebens und die Drohung einer zwangsweisen Verschmelzung der Nationalitäten zur massenhaften Auswanderung treiben). Mit großer Sympathie lesen wir, wie in den 70er Jahren, in einer Phase relativer ‚Liberalität', eine junge Generation von Schriftstellern, inspiriert von Marx und Brecht und den weltweiten Emanzipationsbewegungen, diese Bornierungen durchbricht und sich wach und kritisch in die Wirklichkeit ihres Landes einmischt, dabei der ,,fünften deutschsprachigen Literatur" bedeutende Impulse verleihend; und ebenso deprimierend wie lehrreich erleben wir mit, wie Parteiideologen und Geheimdienstchargen im Zusammenwirken mit ein paar schäbigen Kleingeistern von gutachtenschreibenden Germanistikprofessoren den Mitgliedern der Gruppe wegen ,,staatsfeindlicher Literatur" den Prozeß machen. Totok, der mehrere Monate im Gefängnis saß, fügt einige aufschlußreiche Dokumente polizeilich-bürokratischen Vorgehens bei. Und schließlich wird uns einmal mehr vor Augen geführt, wie brutal dieses im Prinzip blühende Land von dem stalinistischen Regime eines balkanischen Möchtegern-Maotsetungs und seiner Familie (mit byzantinischem Personenkult, Registrierung sämtlicher Schreibmaschinen des Landes, Rationierung von Essen und Strom bis hin zum Gebärzwang für Frauen) immer weiter heruntergewirtschaftet wird. Es ist ein trauriges Privileg der Deutschen dort, daß sie, anders als ihre rumänischen Leidensgenossen, wenigstens die Möglichkeit haben, in die BRD zu emigrieren, wo jetzt auch Totok lebt.

William Totok:
,,Die Zwänge der Erinnerung. Aufzeichnungen aus Rumänien",
Junius Verlag, Hamburg 1988, 208 Seiten, DM 19,80

Politische Universität

Sie war schon etwas Besonderes, die Freie Universität Berlin: 1948, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den Status Berlins, sollte sie ein Gegenmodell sein zur ,,Universität Berlin", die bereits 1945 unter politischer Führung der Sowjetunion in Ost-Berlin errichtet worden war. Gleichzeitig sollte ihre innere demokratische Struktur mit der traditionellen Ordinarienuniversität brechen, die sich durch die weitgehende Unterstützung des deutschen Faschismus ,,ausgezeichnet" hatte.

Von daher war sie von Anfang an eine ,,politische" Universität, die bewußt in gesellschaftlichen Zusammenhängen stehend begriffen wurde. Die Geschichte dieser Universität beschreibt Bernd Rabehl in seinem Buch ,,Am Ende der Utopie", das mehr als eine Historiographie dieser Universität ist. Mit ungeheuer viel Material breitet Rabehl auf rund 400 Seiten eine Geschichte der Bildungspolitik in der BRD aus, immer die Zusammenhänge verdeutlichend. Das reicht von der Charakterisierung der Bedeutung der ,,Volksbildungs"-konzeptionen in der DDR 1945 ff bis zu den neuesten Entwicklungen der verstaatlichten Universitäten. Breiten Raum nehmen die Beschreibungen der Studentenrevolte '68 ein, die in ihren politischen und theoretischen Implikationen ausführlich dargestellt wird.

Für die weitere Entwicklung der Freien Universität wie auch alle anderen westdeutschen Hochschulen sieht er allerdings keine positive Perspektive; er schreibt in seinem Schlußwort: ,,Es ist zu erwarten, daß das ,,revolutionäre Prinzip" der kapitalistischen Entwicklung auch die Universitäten erfaßt. Die Verstaatlichungen, Bürokratisierungen, das Berufsbeamtentum und die politischen Cliquen bilden ein Hindernis. Sie sind die Grundelemente schlechter Ausbildungen und des Verschleißes der wissenschaftlichen Produktivkraft. Die Ideen der universitären Autonomie wurden in den sechziger und siebziger Jahren verschlissen. Es ist zu erwarten, daß Wirtschaft und Industrie darauf drängen werden, die Universitäten produktiver zu gestalten und neue Formen der Lehre und Forschung einzuführen. Ein neues Kapitel der Geschichte der ,,Freien Universität" wird von dieser Seite geschrieben."

Bernd Rabehl,
,,Am Ende der Utopie"
410 Seiten
Argon Verlag

Einrichten in autoritärer Bürokratie

Theo Pirker, kritischer Gewerkschafter und Sozialwissenschaftler, ist einer der wichtigsten Vordenker der westdeutschen Nachkriegslinken. Als Agitator gegen die Wiederbewaffnung und für eine politische Gewerkschaft, Opfer des Kalten Krieges, in dessen Gefolge er zusammen mit Victor Agartz aus DGB und SPD gedrängt wurde, setzte er schon in den 50er und frühen 60er Jahren die Themen der späteren ,,Neuen Linken": bürgerliche Demokratie- und Verfassungskritik, Kritik an SPD und Gewerkschaften sowie die Perspektiven außerparlamentarischer Oppositionsbewegungen.

Die ,,Monopolisierung der Politik durch bürokratische Parteiapparate", die ,,Kanzlerdemokratie" des Grundgesetzes, die ,,Gewerkschaften als Versicherungsbetrieb der Arbeitsplatzbesitzer", die ,,Einrichtung von SPD und Gewerkschaften in der autoritären Demokratie" und ,,das Ende der Arbeiterbewegung" sind nur einige seiner zentralen Thesen, die dann von den 68ern aufgegriffen wurden, ohne ihren Urheber zu nennen. Dies nimmt der dadurch nicht nur von SPD und Gewerkschaften sondern auch der APO Totgeschwiegene den Jüngeren bis heute übel und beschimpft die Studentenbewegung als ,,Kleinkleriker-Bewegung", die eine ,,Mickey-Mouse-Revolution" probte.

Ist Pirkers Auseinandersetzung mit SPD und Gewerkschaften, mit der stalinistischen Komintern, mit Marx, Weber und der Frankfurter Schule schon anregender Lesestoff genug, so erscheint aus der Sicht der nachgeborenen Linken ein zweiter, in dem biographischen Interview mehrfach auftauchender Strang von zentraler Bedeutung: das nationalistisch-kriegerische Gedankengut, dem diese ,,linke" Kritik an den bundesrepublikanischen Verhältnissen entsprungen ist. Pirker stellt sich immer wieder als überzeugter deutscher Soldat und Patriot dar, nennt Clausewitz, Carl Schmitt und Ernst Jünger als einflußreiche Denker und die Kriegskameradschaft im II. Weltkrieg, in dessen Verlauf er mehrmals schwer verwundet wurde, als entscheidende Erfahrung für seine Vorstellung von Solidarität. Politik ist für Pirker immer auch ,,nationale Sache", Opposition immer auch ,,nationale Opposition" mit volksgemeinschaftlichen Zügen, sei es die Politisierung der Gewerkschaften, damit die Arbeiterbewegung endlich die ,,Führung der Nation" übernehme, die Mobilisierung der ,,proletarischen Schicksalsgemeinschaft" gegen die Besatzungsmächte (die bei ihm nie ,,Befreier" hießen), und auch der Kampf gegen die Wiederbewaffnung kann danach als Opposition gegen die endgültige Festschreibung und Akzeptanz der Spaltung Deutschlands interpretiert werden. Sozialismus wurde dabei zur einzigen Chance, die deutsche Nation auf reiner, entschuldeter Basis wiederzugründen. Träger dieses Projektes sollte die Einheit der angeblich unbefleckten deutschen Arbeiterklasse sein, eine Idee, die auch heute wieder in sozialdemokratischen Kreisen populär zu werden droht und die sichtbare Annäherung zur SED weiter fördern könnte.

In der Pirker-Biographie liegt somit eine Menge Sprengstoff für das Selbstverständnis einer deutschen Linken, die ihre theoretischen und politischen Wurzeln einmal sehr viel genauer und selbstkritischer studieren sollte. Entsprechend formuliert Martin Jander am Ende seines aufschlußreichen Vorworts: ,,Diese Linke braucht eine Historikerkontroverse." **Holm-Detlev Köhler**

Martin Jander,
Theo Pirker über Pirker: Ein Gespräch
SP-Verlag, Marburg 1988, 148 Seiten, DM 28,—

AG SPAK

Die AG SPAK (Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise) will in Zukunft vermehrt ihre Arbeit nach außen darstellen. Dieser deutliche Schritt nach außen ist notwendig geworden, nachdem die AG SPAK in eine wirtschaftliche Zwangslage gekommen ist: Für 1989 wurde der AG SPAK durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit eine Kürzung der Fördermittel um 90.000,— DM angedroht. Dies umfaßt ca. 1/3 des Budgets der AG SPAK im Bundesjugendplan. Die Streichung hätte zur Folge, daß für das laufende Jahr die Projekt- und Arbeitsbereiche in der AG SPAK keine Seminare mehr durchführen könnten bzw. die Seminarkosten von den TeilnehmerInnen selbst bezahlt werden müßten.

Die AG SPAK wird die Kürzung, die ihre Fortsetzung auch für die Jahre 1990 und 1991 haben soll, nicht stillschweigend hinnehmen.

Im Rahmen der vermehrten Außendarstellung lädt die AG SPAK zu ihrer Jahrestagung vom 7. bis 9. April nach Frankfurt in die Fachhochschule ein. Diskutiert werden sollen dort die Bestrebungen der Sozialpolitik in Richtung auf Individualisierung von sozialen Problemen, von Behinderung und Krankheit. Vier Foren sind dafür vorgesehen:

— Kommunalisierung von Jugend- und Sozialhilfe
— Alte, Neue und ganz Neue Armut
— Zukunft der Selbstverwaltung, der Arbeit und der Subkulturen
— Aneignung der Selbsthilfeideen durch die Konservativen

Weitere Informationen bei:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2
Tel. 089/77 40 77

Kongreß
Jahrestagung der AG SPAK
7.—9. April
Frankfurt

Neugründung

Vom 10. bis 12. März 1989 wird in Minden (Westf.) der ,,Bund für Soziale Verteidigung" gegründet. Diese Gründungsversammlung ist die Weiterentwicklung von Ideen und Ergebnissen des Kongresses ,,Wege zur Sozialen Verteidigung", der im Juni des vergangenen Jahres in Minden stattfand und von über 1000 TeilnehmerInnen besucht wurde.

Die Gründung wird von einem Trägerkreis vorbereitet, dem neben vielen Organisationen aus der Friedensbewegung u.a. auch der Internationale Versöhnungsbund, Pax Christi, Ohne Rüstung Leben, die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen, die Gustav-Heinemann-Initiative, Die Grünen sowie Ortsvereine der SPD angehören.

Zu den Zielen des Bundes heißt es in der ,,Mindener Erklärung" u.a.:

,,Der Bund für Soziale Verteidigung setzt sich u.a. zum Ziel, das Militär abzuschaffen. Er will die Methoden des gewaltfreien Widerstandes so weiterentwickeln, daß dieses Ziel durchgesetzt werden kann und gleichzeitig die angestrebte entmilitarisierte Gesellschaft in die Lage versetzt wird, sich gegen gewaltsame Übergriffe von außen oder innen zu verteidigen."

Weitere Informationen bei:
Kongreßbüro
Alte Kirchstr. 1a
4950 Minden

Gründungsversammlung
Bund für soziale Verteidigung
10.—12. März
Minden

Positivismus als Philosophie

Mitten im Elend des Wissenschaftsbetriebes hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß Schopenhauer der Größte der toten und Popper der Größte der noch lebenden Philosophen ist. Als ob nicht der eine immer nur da vernünftig argumentiert hätte, wo er sich über die bezahlten Kopflanger amüsierte — und als ob nicht das bleibende Verdienst des anderen allein darin bestünde, Theorien aufgestellt zu haben, die mit einer Gründlichkeit, die ihresgleichen sucht, falsifiziert wurden. Bei soviel Masochismus verwundert es nicht, daß die moderne Philosophie ihr einstiges Lieblingsspielzeug, die analytische Wissenschaftstheorie, nur noch mit Unbehagen zur Kenntnis nimmt.

Zum Ausgleich befriedigt sich die Wissenschaft des Geistes nun am ,,Konkreten" und müht sich darin ab, die Banalitäten des ,,Common Sense" in bombastischen Worthülsen zu verpacken: das ,,Prinzip Verantwortung", der ,,Respekt vor dem Leben" und/oder der ,,Natur" etc. pp. sind gerade bei denen in Mode gekommen, die einmal darauf bestanden haben, materialistische Philosophie zu betreiben.

Diskussion
14.3.89, 20 Uhr
Buchladen Jos Fritz
Wilhelmstr. 15
7800 Freiburg

Freiheit und Glück

Der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann darf ungestraft Ernst Bloch zitieren, die bundesweit schlechtesten Fernsehreporter dröhnen ständig vom ,,Prinzip Hoffnung" und kaum jemand lacht herzlich, wenn die Gesamtschule in Oggersheim ,,Ernst-Bloch-Schule" heißt. Das alles zeigt an, daß ,,Diskussionsbedarf" zu Bloch und zu seiner Philosophie besteht.

Diesem Bedarf kommt das 8. überregionale Treffen der Bloch-Interessierten und Initiativen der Internationalen Bloch-Assoziation vom 17. bis 19.3 zum Thema: ,,Ernst Bloch und das Erbe der französischen Revolution" in Frankfurt nach. Es wird dort u.a. gesprochen werden über:

— Ernst Bloch und die französische Revolution
— Über die Hoffnung im Hoffnungslosen
— Illusion und Antizipation
— Das unheimliche Versprechen formaler Gesetze

Weitere Informationen bei:
Bloch-Initiative Berlin-West
Leberstr. 68
1000 Berlin 62
Tel. 030/781 41 27.

Treffen der Bloch-Interessierten
17.3.—19.3.89
Frankfurt

Großkundgebung gegen den THTR-Hamm

Zum Sonntag, den 30.4.89 ruft ein breites Bündnis von Bürgerinitiativen und Vereinen zu einer Großkundgebung am THTR-Hamm auf. Die Hochtemperaturreaktorlinie ist zum letzten Strohhalm der Atomindustrie geworden. HTR-Module sollen in der ganzen BRD gebaut und ins Ausland exportiert werden. Nachdem der THTR wegen schwerster technischer Pannen seit dem 29.9.88 außer Betrieb ist, soll der Widerstand die endgültige Stilllegung erzwingen. Phantasievolle Aktionen und ein Kulturprogramm ergänzen die Kundgebung.

Aufruf und Infos sind erhältlich bei:
BI Umweltschutz Hamm
Postfach 1242
4700 Hamm.

Großkundgebung
30.4.89
Hamm

Neues Wohnen

Der Wohnbund e.V. veranstaltet seinen 4. Kongreß zum Thema ,,Neue Wohnformen in Europa" vom 5. bis 9. April in Hamburg. Nach Meinung des Wohnbundes e.V. verdeutlichten die zahlreichen alternativen Wohnprojekte in der BRD und Westberlin, daß die herkömmlichen Formen des Wohnungsbaus und die üblichen Formen der Wohnungsverwaltung den Wünschen und Vorstellungen vieler Menschen nicht mehr entsprechen. Daher sei trotz der eklatanten Wohnungsnot in den Großstädten die Wohnungsfrage nicht auf quantitative Festsetzungen zu reduzieren.

Die mit diesem Thema zusammenhängenden Fragen sollen u.a. auf Foren wie:

— Neue Wohnformen: die sozialpolitische Innovation
— Neue Aufgaben der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft und der Genossenschaften
— Neue Wohnformen: Rechtliche und organisatorische Fragen
— Die Wohnungsnöte der 90er Jahre

diskutiert werden.

Weitere Informationen bei:
Wohnbund e.V.
Ploeniesstr. 18
6100 Darmstadt

Kongreß
Neue Wohnformen in Europa
5.—9. April
Hochschule für Bildende Künste
Lerchenfeld 2
2000 Hamburg

SZENARIUM

CARL-WILHELM MACKE

Weiter gegen den Zeitgeist

Wiener Tagebuch
Belvederegasse 10/1
A-1040 Wien
Tel: 5051952

Eine traurige und eine erfreuliche Nachricht erreichen uns aus Wien. Die traurige Nachricht zuerst: Eine in der Aufmachung überaus bescheidene kleine, aber sehr langlebige Publikation der international orientierten Linken im deutschsprachigen Raum wird es in Zukunft nicht mehr geben. Vielleicht sind es nur wenige, die überhaupt von der Existenz der in Wien seit Jahrzehnten zusammengestellten ,,Internationalen Presseschau'' (IPS) noch etwas wußten. Zu diesen wenigen gehörten in den letzten Jahren auf jeden Fall jedoch die ,,links'' und der **,,express''**, die fleißig die Dienste der Wiener ,,IPS'' genutzt haben.

Jahr für Jahr, Woche für Woche, Tag für Tag werteten Genossinnen und Genossen aus dem Umkreis des ,,Wiener Tagebuches'' die internationale Presse nach Artikeln und Meldungen über und für die ,,Internationale Arbeiterbewegung'' aus. Gelesen wurden die Zeitungen zumeist nicht am Schreibtisch oder in einer Institutsbibliothek, sondern wie es sich für Wiener gehört, im Kaffeehaus. Da konnte man denn schon mal ältere Damen im kleinbürgerlichen ,,Cafe Prückl'' oder sogar im mondänen ,,Imperial'' sehen, die sich bei einem ,,großen Schwarzen'', einem Butterkipferl und dezenter Pianomusik im Hintergrund, durch Berge von ,,il manifesto'', ,,L'Unita'', ,,El Pais'', ,,Le Monde'', ,,Times'', ,,Neue Züricher Zeitung'', ,,Guardian'' durcharbeiteten, die Artikel rot markierten und sofort ins Deutsche übersetzten.

Poldi Grünwald, mit Togliatti und Dimitroff noch Gast im legendären Moskauer ,,Hotel Lux'' während der antifaschistischen Kominternperiode, las für die ,,IPS'' regelmäßig osteuropäische Periodika, Poldi Spira die englischen und französischen Tageszeitungen. Die Genossinnen, oft ebenfalls um Generationen älter als wir ,,68er'', übersetzten mit einem bewundernswerten langen Atem aus anderen Sprachen die linke und bürgerliche Weltpresse. Jeder und jede von ihnen war mit den Jahren zu einem exzellenten Kenner der von ihm beobachteten politischen Szenerie in den jeweiligen Ländern geworden. Bei ihnen sammelte sich ein riesiger Wissensfundus an, den aber zuletzt kaum noch jemand zur Kenntnis nahm. Die neue Generation der Kaffeehausbesucher blättert lieber in den in Wien besonders üppig prosperierenden Zeitgeistmagazinen. Und auch in der deutschsprachigen Linken stoßen Meldungen aus der ,,internationalen Arbeiterbewegung'' immer weniger auf Interesse. Wir werden also in Zukunft auf die hektrographierten IPS-Blätter verzichten müssen. Da es Vergleichbares im deutschsprachigen Raum nicht gibt, müssen wir uns jetzt selber gegen die Provinzialisierung linker Diskussionen mit eigener Übersetzungsarbeit zur Wehr setzen. Was uns dazu fehlt, ist eigentlich nur das Ambiente der Wiener Kaffeehäuser. . .

Die erfreuliche Meldung: In neuer Aufmachung und mit veränderten redaktionellen Strukturen wird das mit der ,,links'' seit Jahren befreundete ,,Wiener Tagebuch'' auch weiterhin wacker dem frei flottierenden Zeitgeist zu widerstehen versuchen. Wer das ,,Wiener Tagebuch'' kennt und schätzt, kann es kaum fassen, daß diese Monatszeitschrift bisher nur von zwei Redakteuren redigiert wurde. Ohne eine große Kartei mit den Namen von journalistischen Zu- und Mitarbeitern wäre dieses traditionsreiche unabhängige Zeitschriftenprojekt schon längst nicht mehr überlebensfähig gewesen. Seit Dezember des letzten Jahres ist die Redaktion nun um vier Personen erweitert worden, die gleichzeitig auch einen Generationsenwechsel im ,,Wiener Tagebuch'' markieren. ,,Die ‚Alten' haben, im Guten wie im Bösen, Erfahrungen gemacht, die wir bestenfalls erahnen, aber nicht teilen können. Sie sind aufgrund ihres jahrzehntelangen politischen Kampfes ‚realpolitischer' und zugleich hoffnungsvoller, wir skeptischer und romantischer. Aber dieser Widerspruch ist, genau besehen, ein Glücksfall: das ‚Wiener Tagebuch' wird davon nur profitieren.'' (aus dem Editorial, Dezember '88)

Mit (berechtiger!) Arroganz wirbt das ,,Wiener Tagebuch'' jetzt neue LeserInnen: ,,Wo sonst kann man in Österreich etwas Gescheites, theoretisch Fundiertes lesen''. So ist es. Schwerpunkte der redaktionellen Arbeit werden auch in Zukunft die Kommentierung österreichischer Innenpolitik, Übersetzungsarbeit aus internationalen Periodika, Diskussion politischer und kultureller Entwicklungen insbesondere in den an Österreich angrenzenden Staaten sein. Wer wie das ,,Tagebuch'' eine über vierzigjährige Geschichte auf dem Rücken hat, muß eine Zukunft haben.

Lektion Afghanistan

RÜCKBLICK

Die Welt starrte auf den 15. Februar, und sie sah, daß die letzten Einheiten des ,,begrenzten Kontingents'' der sowjetischen Streitkräfte, das dort ,,vorübergehend'' seit dem 27. Dezember 1979 im Einsatz war, das Land verließen. Nun wird die internationale Aufmerksamkeit nachlassen, obgleich für das Land kaum etwas geregelt ist.

Die UdSSR hat sich aus ihrer elenden militärischen Verwicklung in einen der heftigsten ,,Regionalkonflikte'' gelöst und kann sich diese ,,blutende Wunde'' (Gorbatschow) nun verbinden. Der Westen hat einen seiner stärksten antisowjetischen Prügel verloren. Aber im Land wird weiter und womöglich nicht weniger heftig Krieg geführt als bisher. Die in den siebziger Jahren überstürzten, aber eigentlich notwendigen sozialökonomischen Veränderungen und politischen Reformen werden nicht umgesetzt werden können, weil die Kräfte, die sie wohl als einzige durchführen könnten, durch die Zusammenarbeit mit den Sowjets diskreditiert sind. Die Opposition ist mehrfach geteilt und heillos zerstritten. Verschiedene Moslemgruppen in Pakistan und im Iran sowie die militärischen Mujahidin-Führer in Afghanistan werden sich weder auf politische Programme noch auf breit getragenen politische Strukturen verständigen können. Die Einmischung regionaler Mächte wird ebenso anhalten wie die der Weltmächte. Das Land ist weithin zerstört. Die Versorgung bleibt kritisch. Die Flüchtlinge verharren in ihren Lagern jenseits der Grenzen. Was also verändert der 15. Februar?

Ob er für Afghanistan etwas zum Besseren wendet, kann bezweifelt werden. Andererseits kann es auch kaum viel schlimmer werden, als es ohnehin ist.

Für die Sowjetunion, die eine äußerst schwierige und länger andauernde Periode inneren Wandels durchlebt, ist es außenpolitisch und finanziell ein Gewinn, den schweren Fehler von 1979 im zehnten Jahr beendet zu haben. Doch im Innern

wird sie noch lange an ihm zu tragen haben — und hier gilt die neuerlich so oft (und meistens zu Recht) bestrittene Parallele zum Vietnam-Krieg der USA. Die sozialen, politischen, wirtschaftlichen Belastungen und Folgen werden den militärischen Rückzugsplan überdauern.

Es liegt nahe, für die damals wie heute zweite Weltmacht eine Art Bilanz anzustellen. Warum hat sie damals interveniert? Warum wurde die militärische Einmischung nun aufgegeben? Was sind die absehbaren Folgen dieser vielleicht letzten großen militärischen Expedition Moskaus?

Es ist bis heute nicht ganz klar, was die sowjetische Führung 1979 veranlaßt hat, entgegen dem Rat ziviler Berater und gegen die Haltung einiger Politbüromitglieder dem ,,Hilferuf'' einer Fraktion der Kabuler DVPA schließlich zu folgen. Sicher haben die in westlichen Spekulationslisten hoch rangierenden Motive ,,Drang zum Golf'' und ,,traditioneller russischer Expansionismus'' keine Rolle gespielt. Auch eine aktuelle Gefährdung der asiatischen Sowjetrepubliken durch den neuen Fundamentalismus jenseits der Südgrenzen war nicht gegeben.

Die Entscheidung fiel in einem politischen Umfeld, das sie zumindest erleichterte. Die sogenannte Entspannungspolitik war schon vor dem Dezember 1979 durch Anzeichen eines neuen kalten Krieges abgelöst worden. Bereits nach der Unterzeichnung des Salt 2-Vertrages im Juni war absehbar, daß das Dokument im US-Senat schwerlich eine Mehrheit finden würde. Die Revolution im Iran destabilisierte den ohnehin labilen ,,Krisenbogen'' (so der damalige US-Sicherheitsberater Brzezinski) über Afghanistan und Jemen bis nach Äthiopien weiter. Vor allem endogene Entwicklungen, aber auch äußere Einmischungen, nicht zuletzt durch die USA und ihre regionalen Verbündeten, trugen zur Krise der Region bei. Beiden Entwicklungen — den immer unkontrollierbarer werdenden Binnenverhältnissen der südlichen Nachbarn und der offensichtlichen Einmischung der USA, vor allem im Iran — sah sich die sowjetische Führung offensichtlich rat- und hilflos gegenüber.

Sie wußte dem wenig anderes entgegenzusetzen als das, was sich in unübersichtlichen, komplexen Situationen schon mehrfach ,,bewährt'' hatte: militärische Gewalt. In Polen 1939, in den baltischen Staaten und Bessarabien 1940, in Berlin 1953, in Budapest 1956, in Prag 1968 konnten krisenhafte Zuspitzungen durch die Rote Armee übersichtlich gemacht und, scheinbar, entspannt werden. Aus verschiedenen Gründen hatte die politische Führung der UdSSR seit den dreißiger Jahren, d.h. seit der Ablösung Litwinows, kein mehrstufiges, flexibles und phantasievolles diplomatisches Instrumentarium zur Verfügung. Und es schien der Breschnew-Führung 1979 (zu Recht), daß der afghanischen Partei die Kontrolle über das Land entglitt. Irgendetwas mußte geschehen, und angesichts der unklaren, aber sich von kooperativen Ost-West Strukturen wegbewegenden internationalen Beziehungen schien ein begrenztes militärisches Kontingent für eine gewisse Zeit eine passable Antwort. Daß sie sich als groteske Fehlkalkulation herausstellte, mit zahlreichen Folgen, die damals in der politischen Führung teils zu gering bewertet, teils gar nicht gesehen wurden, ist heute in Moskau weithin konsensfähig.

Auf seine Weise hat ,,Afghanistan'' dazu beigetragen, die innere und äußer Krise der zweiten Weltmacht zu Beginn der achtziger Jahre zuzuspitzen und den Systemwandel zu beschleunigen. Diese akuten Weltmachtfolgekosten waren der maroden Ökonomie nicht auf Dauer zuzumuten, und diese Kampfhubschrauberpolitik, hinter der viel Unsicherheit steckte, war international schließlich nicht durchzuhalten. So wurde ,,Afghanistan'' mit der Zeit zu einem Symbol der politischen Wende, hin zur inneren und äußeren Flurbereinigung, zur Entlastung und zum ,,neuen Denken''. So gesehen, hat die katastrophale Bilanz dieses neunjährigen Abenteuers schließlich noch ein paar positive Tupfer. Wer sich aus einem so langen Krieg löst, kann sich zudem auch öffentlichkeitswirksam ,,zivilisieren''.

Was bleibt noch? Sowjetische (und andere) Militärs werden den unübersichtlichen Krieg am Hindukusch als Lehrstück verbuchen. Für den Moskauer Generalstab war dort manches zu lernen. Die politische Führung nutzte diesen Konflikt, um die wachsende Nutzlosigkeit (nicht nur militärischer) Einwirkung der Weltmächte auf Regionalkonflikte zu lernen. Für die Bevölkerung wurde die ,,begrenzte Hilfeleistung'' immer deutlicher zu einem richtigen Krieg, mit allem, was der mit sich bringt: Angst und Särge, ,,Internationalismus'' und, immer mehr, Patriotismus, Veteranen als meist hohles, aber kraftvolles Gegenbild zur ansonsten orientierungslosen Jugend, Krüppel und Vigilanten. Vielen Jugendlichen, den afgancy und denen, denen es daheim schwer fiel, jung zu sein, war auch manche neue Erfahrung gemein: Rauschgift zählt dazu, und die Sehnsucht nach Sinn, und das Verschwinden alter Leitbilder. Auch da war viel zu lernen. Afghanistan als Lehrstück. . .

Kampfhubschrauberpolitik war nicht durchzuhalten

Als ich im Frühjahr 1987 in Peredelkino das Grab von Boris Pasternak suchte, stieß ich unweit davon auf ein abgegrenztes Areal mit einem hohen Grabstein, in den ein junges, hübsches Gesicht gemeißelt war. Auf der Einhegung saßen rote Sterne. Vor dem Stein ein Gebinde: ,,In Erfüllung der internationalistischen Pflicht. . .'' Eines Tages wird es, wie seit einigen Jahren in Washington, auch in Taschkent oder in Moskau eine lange Tafel geben mit vielen Namen, ohne Gesichter. Ob sie als Helden oder Opfer dargestellt werden, das wird uns etwas sagen über die Wirkung dieses Krieges und darüber, ob er einen kleinen Sinn hatte.

Klaus Segbers

OHNE SAMSTAG KEIN SONNTAG

Der Kampf um's freie Wochenende

Diskussionsveranstaltung mit Jürgen P. Rinderspacher
(Autor der IGM-Studie „Am Ende der Woche")

Samstag, den 18. März 1989, 14 Uhr,
Volksbildungsheim (Kleiner Saal)
Frankfurt

Die Medienschlachten zur „Verteidigung des freien Wochenendes" sind geschlagen: die Gewerkschaften haben, unterstützt von Kirchen und Verbänden, zugleich die gesellschaftliche Bedeutung des Wochenendes öffentlich bewußt gemacht, andererseits auch den Unternehmen Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Nun wird in aller Stille auf betrieblicher Ebene die Ware Arbeitskraft am Wochenende möglichst teuer verkauft, wo Unternehmen Interesse an der Ausweitung von Maschinenlaufzeiten anmelden. Derzeit werden etwa bei 2/3 der 165 Metallbetriebe in Frankfurt neue Betriebsvereinbarungen verhandelt. Die ersten Betriebsräte haben Wechselschichten am Wochenende bereits zugestimmt.

Inzwischen ist trotz widersprüchlicher Bewertung unter Gewerkschaften und Linken deutlich geworden:

- Der fundamentalistische Streit um den Sonntag hat symbolische Bedeutung: er soll weitgehend „frei" bleiben, wird aber auch von der flexibilisierten Produktion nicht völlig ausgeschlossen;
- Den Unternehmen geht es mehrheitlich um die Einbeziehung des Samstag in die Regelarbeitszeit. Um den Samstag kämpften die Gewerkschaften in den 50er Jahren und schufen erst das Wochenende. Wenn der Samstag fällt, kann auch vom „freien Wochenende" nicht mehr gesprochen werden.
- Konfrontiert mit dem vermeintlichen ökonomischen und technologischen Zwang, verlängerten Maschinenlaufzeiten und der neuen Konkurrenz des europäischen Binnenmarktes geben die Gewerkschaften eine Doppelstrategie aus: **generell** die 5-Tage-Woche von Montag bis Freitag (max. 8-Stunden-Tag) zu bewahren, **gleichzeitig** diejenigen Beschäftigten zu schützen und ihnen Ausgleich verschaffen, die wochenends arbeiten müssen und/oder sich dazu auch bereit erklären.
- Die medienwirksame Verteidigung des freien Wochenendes hat mit ihrem Verweisen auf „Sonntagsgebot", Grundgesetz und Biorhytmus verdeckt, was bei der kollektiv gemeinsamen arbeitsfreien Zeit des Wochenendes wirklich verteidigenswert ist: die Möglichkeit zu Sozialer Zeit.

Die Initiative **LEBENDIGE ARBEIT — FREIE ZEIT** lädt zu einer Diskussion über das freie Wochenende und den sich daraus ergebenden Fragen ein, die in der Medienschlacht verloren gingen:

- Wie zentral in den Bedürfnissen und Interessen der Beschäftigten ist die Erhaltung des freien Wochenendes wirklich? Ist die Forderung nach sozialer, kultureller Zeit angesichts jetzt schon herrschender Flexibilisierung — auch an Wochenenden — mit dem freien Samstag und Sonntag schon identisch? Gibt es neue Kriterien für Soziale Zeit — jenseits von Familien- und Sonntagsidylle —, die kollektiv eingeklagt werden können?
- Welche ökonomische und technologische Realität und „Sachzwänge" existieren wirklich hinter den Unternehmenswünschen nach weiterer Flexibilisierung? Oder sind es nicht vielmehr Einschüchterungs- und Ablenkmanöver, von denen Unternehmen in anderer Weise profitieren können: in der Ausweitung von Nacht- und Schichtarbeit und Überstunden?
- Wie soll die angestrebte gewerkschaftliche „Doppelstrategie" — Erhalt der 5-Tage-Woche und Schutz bei Wochenendarbeit — eigentlich durchgesetzt werden? Wie sieht die Bilanz von Vertrauensleuten und Betriebsräten im Rhein-Main-Gebiet angesichts von zig Betriebsvereinbarungen aus? In welchen Zwängen bewegt sich gegenwärtig Interessenvertretung im Betrieb? Welche Alternativen in den Forderungen sind denkbar, damit Soziale und Kulturelle Zeit nicht nur Abwehrargumente bleiben, sondern Wirklichkeit werden können?

Jürgen P. Rinderspacher, Autor einer IGM-Studie zum freien Wochenende, wird die Diskussion mit einem Referat einleiten. Anhand der genannten Fragen werden wir die Diskussion im weiteren mit Beiträgen von KollegInnen strukturieren.

Weitere Informationen:

Initiative LEBENDIGE ARBEIT — FREIE ZEIT
c/o Sozialistisches Büro
Postfach 10 20 62
6050 Offenbach
Tel. 069/88 50 06

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Winfried Münch

Leiden und Lust an der Schule

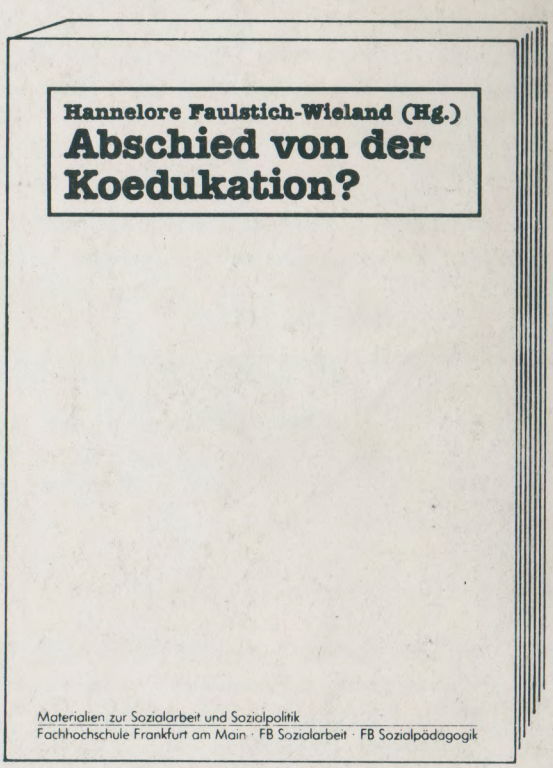
256 Seiten, DM 18,–

Der Autor beschreibt und interpretiert mit Hilfe der Psychoanalyse typische Lehrerkonflikte. Er zeigt, wie der einzelne Lehrer sich sein berufliches Handeln durch Ängste, Versagungen oder verdrängte Bedürfnisse erschwert und anderen immer wieder Konflikte aufdrängt. Dieses Buch weist einen erfolgversprechenden Weg für die Bewältigung solcher Konflikte: die Gruppensupervision in Lehrergruppen. Zahlreiche Beispiele über die Bearbeitung von Schulkonflikten in Supervisionsgruppen machen das Buch praxisnah und lebendig.

Herausgegeben von der Fachhochschule Frankfurt/M. · Fachbereich Sozialarbeit
Limescorso 5
6000 Frankfurt/M. 50
Bezug gegen DM 18,–
zuzügl. DM 1,50
Versandkostenpauschale
auf Sonderkonto
Schriftenreihe 1255-607
Postgiro Ffm.
BLZ 500 100 60

Koedukation – ein erledigtes Thema?

Koedukation ist selbstverständlich. Konnte man bis vor wenigen Jahren mit dieser Einschätzung auf allgemeine Zustimmung stoßen, so trifft man seit kurzem damit auf deutlichen Widerstand: Koedukation wird in Frage gestellt. Insbesondere von feministischer Seite kommt massive Kritik, werden negative Konsequenzen der Koedukation für Mädchen aufgezeigt. Was ist dran an dieser Kritik? Wie ist es überhaupt zur Koedukation gekommen? Wo liegen ihre Vor- und Nachteile? Und was sind die Perspektiven? Solchen Fragen wird in den Beiträgen des Buches nachgegangen.



Hannelore Faulstich-Wieland (Hg.)

Abschied von der Koedukation?

215 Seiten, DM 20,–

Herausgegeben von der Fachhochschule Frankfurt/M. · Fachbereich Sozialarbeit
Limescorso 5
6000 Frankfurt/M. 50
Bezug gegen DM 20,–
zuzügl. DM 1,50
Versandkostenpauschale
auf Sonderkonto
Schriftenreihe 1255-607
Postgiro Ffm.
BLZ 500 100 60